

StaWi

Staat und Wirtschaft in Hessen

STATISTIK HESSEN

68. Jahrgang 12|2013



Daten zur Wirtschaftslage

Fokus Natur: die Erfassung der nichtöffentlichen Wasserwirtschaft

Regionalstatistisches Datenangebot zur Fortschrittsmessung

Impressum

ISSN 0344 – 5550 (Print)
ISSN 1616 – 9867 (Digital)

Copyright:

Hessisches Statistisches
Landesamt, Wiesbaden, 2013

Vervielfältigung und Verbreitung, auch
auszugsweise, mit Quellenangabe
gestattet.

Herausgeber:

Hessisches Statistisches Landesamt,
Wiesbaden, Rheinstraße 35/37
Telefon: 0611 3802-0,
Telefax: 0611 3802-890
E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de
Internet: www.statistik-hessen.de

Schriftleitung:

Siegfried Bayer, Rheinstraße 35/37,
Wiesbaden, Telefon: 0611 3802-804

Haus-/Lieferanschrift:

Hessisches Statistisches Landesamt,
Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift:

Hessisches Statistisches Landesamt,
65175 Wiesbaden

Bezugspreis:

Print: Einzelheft 6,50 Euro
(Doppelheft 13,00 Euro),
Jahresabonnement 66,30 Euro
(jew. inkl. Versandkosten)
PDF-Datei als kostenloser Download im Internet.

Gesamtherstellung:

Hessisches Statistisches Landesamt

Bildnachweis:

Umschlag: © Gina Sanders - Fotolia.com, © ARTENS - Fotolia.com, © Heino Patschull - Fotolia.com; Inhalt (oben): © pressmaster - Fotolia.com, (unten): © Andreas F. - Fotolia.com; S. 380: © aleciccotelli - Fotolia.com; S. 381: © frank peters - Fotolia.com; S. 384: © Maxim_Kazmin - Fotolia.com; S. 387: © yanlev - Fotolia.com; S. 388: © momius - Fotolia.com; S. 390: © Gina Sanders - Fotolia.com; S. 399: © frank peters - Fotolia.com; S. 400: © mopsgrafik - Fotolia.com; S. 406: © Onypix - Fotolia.com; S. 421: Dreaming Andy - Fotolia.com.

Auskünfte und Informationen

aus allen Bereichen der hessischen
Landesstatistik erteilt die zentrale
Informationsstelle:
Telefon: 0611 3802-802 oder -807,
E-Mail: info@statistik-hessen.de

Zeichenerklärung

- = genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten.
- 0 = Zahlenwert ungleich Null, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit.
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.
- ... = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.
- () = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist.
- / = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll (oder bei Veränderungsraten ist die Ausgangszahl kleiner als 100).

D = Durchschnitt.

s = geschätzte Zahl.

p = vorläufige Zahl.

r = berichtigte Zahl.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur negative Veränderungsraten und Salden mit einem Vorzeichen versehen.

Positive Veränderungsraten und Salden sind ohne Vorzeichen.

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden.

Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.



Editorial



Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2013 neigt sich dem Ende zu. Aus ökonomischer Sicht war es ein durchwachsenes Jahr, doch bei der Betrachtung des dritten Quartals mehren sich die Zeichen für eine wirtschaftliche Belebung. Der Beitrag „Daten zur Wirtschaftslage“ in dieser Ausgabe von ***Staat und Wirtschaft in Hessen*** veranschaulicht die positive Entwicklung: Die Auftragseingänge und die Umsätze der Industrie stiegen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, im Bauhauptgewerbe nahmen die genehmigten Vorhaben zu, der Einzelhandel erholte sich, und die Erwerbstätigkeit entwickelte sich weiter positiv.

Die Erfassung der Wassergewinnung und -nutzung zählt zu den ältesten Statistiken in Deutschland. Im Bereich der nichtöffentlichen Wasserwirtschaft stehen die Nutzung natürlicher Wasserquellen und die Zurückleitung von Abwasser in die Natur durch Industrie, Wärmekraftwerke und Landwirtschaft im Vordergrund.

Die Messung des Fortschritts ist ein wichtiger und bereichsübergreifender Themenschwerpunkt der OECD. Unser Gastbeitrag untersucht auf der Grundlage des in „How's life“ vorgestellten Indikatorensets zur Fortschrittsmessung für die materiellen Lebensbedingungen, inwieweit eine teilsäumliche Betrachtung auf der Ebene der Kreise für Deutschland mithilfe der amtlichen Statistik möglich ist.

Ich wünsche Ihnen einen guten Start ins Jahr 2014.

Ihre

A handwritten signature in blue ink, which appears to read "Ch. Figgner".

Dr. Christel Figgner

Präsidentin des Hessischen Statistischen Landesamts

Ganz kurz	379	
Daten zur Wirtschaftslage	381	
Umwelt	393	
Fokus Natur: die Erfassung der nichtöffentlichen Wasserwirtschaft. Von Jacek Walsdorfer 393		
Allgemeines	399	
Regionalstatistisches Datenangebot zur Fortschrittsmessung. Zum Ansatz der OECD „How’s life – Measuring Well-Being“. Von Dr. Susanne Schnorr-Bäcker und Hartmut Bömermann 399		
Nachrichten aus der Statistik	424	
	Hessischer Zahlenspiegel	425
	Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Erwerbstätigkeit	425
	Soziales, Landwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung	426
	Handwerk, Baugewerbe, Baugenehmigungen, Großhandel	427
	Einzelhandel, Gastgewerbe, Außenhandel	428
	Tourismus, Verkehr	429
	Geld und Kredit, Gewerbeanzeigen, Preise, Steuern	430
	Verdienste	431
	Buchbesprechungen	432

Auswertung des Unternehmensregisters für Unternehmen und Betriebe

In Hessen waren im Jahr 2011 etwas mehr als 290 000 Unternehmen und gut 305 000 Betriebe ansässig. In diesen Unternehmen waren knapp 2,3 Mill. und in den Betrieben gut 2,13 Mill. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte tätig. Diese Ergebnisse basieren auf einer Auswertung des Unternehmensregisters zum Stand Mai 2013. Das Unternehmensregister deckt nahezu alle Wirtschaftsbereiche ab, insbesondere die Industrie- und Dienstleistungsbranchen, jedoch nicht die Land- und Forstwirtschaft sowie den öffentlichen Sektor. Dargestellt werden die Registereinheiten u. a. nach ihrem wirtschaftlichen Tätigkeitsfeld, nach der regionalen Zuordnung, der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und dem Umsatz von Unternehmen. Die Angaben der hessischen Unternehmen enthalten auch die Angaben der zugehörigen Betriebe, die ihren Sitz außerhalb Hessens haben. Die nachgewiesenen Betriebsergebnisse beinhalten auch die Angaben der hessischen Betriebe von Unternehmen, die ihren Sitz außerhalb von Hessen haben. Knapp die Hälfte der Unternehmen waren dem Bereich „Finanz- und andere Dienstleistungen“ zuzurechnen, gefolgt vom Bereich „Handel und Gastgewerbe“ mit 25 %. Dem Produzierenden Gewerbe gehörten nach der aktuellen Auswertung 17 % und dem Bereich „Information und Kommunikation“ gut 4 % der Unternehmen an. Die in diesen Unternehmen sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen waren ebenfalls überwiegend dem Bereich „Finanz- und anderen Dienstleistungen“ (42 %) zuzuordnen, gefolgt vom Produzierenden Gewerbe (26 %) und dem Bereich „Handel und Gastgewerbe“ (16 %). Die weitaus meisten Betriebe (208 000) waren im Regierungsbezirk Darmstadt ansässig. Die Regierungsbezirke Kassel (gut 51 000) und Gießen (knapp 46 000) wiesen zusammen weniger als die Hälfte der Betriebe des Regierungsbezirks Darmstadt auf. Auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise befand sich die größte Zahl an Betrieben (43 000) in Frankfurt am Main.

Der Werra-Meißner-Kreis, der Vogelsbergkreis, der Odenwaldkreis und der Landkreis Hersfeld-Rotenburg wiesen jeweils weniger als 5000 Betriebe aus. Erstmals werden für Hessen auch Daten zu auslandskontrollierten Unternehmen veröffentlicht. Demnach wurden im Jahr 2011 3500 hessische Unternehmen durch ausländische Einheiten kontrolliert. Davon entfielen 2200 auf das europäische Ausland und 780 auf Nord- und Mittelamerika. In den durch das Ausland kontrollierten hessischen Unternehmen waren knapp 400 000 Personen beschäftigt. Sie erzielten einen Umsatz in Höhe von gut 140 Mrd. Euro. Über 30 % der auslandskontrollierten Unternehmen in Hessen sind dem Bereich „Handel“ zuzuordnen.

Über 45 000 Studienberechtigte im Sommer 2013

Im Sommer 2013 verließen 45 100 Schülerinnen und Schüler in Hessen die allgemeinbildenden und beruflichen Schulen mit einer Hochschulzugangsberechtigung. Über 32 000 Frauen und Männer erwarben die allgemeine Hochschulreife und knapp 13 000 eine Fachhochschulreife. Damit entfielen 71 % der an hessischen Schulen erworbenen Hochschulzugangsberechtigungen auf die allgemeine Hochschulreife (Abitur). Mit Die allgemeine Hochschulreife wurde vorwiegend an allgemeinbildenden Schulen erworben (28 300 Schüler/-innen), weitere 3800 Schülerinnen und Schüler bestanden ihre Abiturprüfung an einem beruflichen Gymnasium. Der Erwerb der Fachhochschulreife erfolgte hingegen vor allem an beruflichen Schulen mit knapp 11 000 Abgängern, während die Zahl an den allgemeinbildenden Gymnasien und Gesamtschulen bei knapp 2000 lag. Die Zahl der Studienberechtigten steigt seit Jahren stark an und erreichte 2013 einen neuen Höchststand. Besonders hoch ist der Anstieg im Vergleich mit dem Vorjahr: Im Sommer 2012 verließen 37 700 Schülerinnen und Schüler die allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Hessen mit einer Hochschulzugangsberechtigung. Damit stieg die Zahl

innerhalb eines Jahres um 7400 oder knapp 20 %. Grund für den hohen Anstieg ist die Verkürzung der Gymnasialzeit auf 8 Jahre: Im Sommer 2013 verließen gleichzeitig Schüler aus den acht- und den neunjährigen gymnasialen Bildungsgängen mit dem Abitur die Schule. An den allgemeinbildenden Schulen können die allgemeine Hochschulreife und die Fachhochschulreife durch den Besuch einer Oberstufe an Gymnasien und Gesamtschulen sowie eines Abendgymnasiums oder Kollegs erworben werden. Im Bereich der beruflichen Schulen kann die allgemeine Hochschulreife am beruflichen Gymnasium erlangt werden. Die Fachhochschulreife kann in einer Vielzahl von Bildungsgängen an beruflichen Schulen erworben werden; meistens wird sie mit dem erfolgreichen Absolvieren der Fachoberschule vergeben. Zu den Abgängern mit Fachhochschulreife werden auch diejenigen gezählt, die aufgrund einer fehlenden beruflichen Erfahrung lediglich den schulischen Teil der Fachhochschulreife erworben haben. Das betrifft v. a. Dingen die Abgänger aus Gymnasien und Gesamtschulen.

Abfallaufkommen der privaten Haushalte

In den privaten Haushalten in Hessen fielen im Jahr 2012 insgesamt 2,85 Mill. t Abfälle an. Das waren 47 900 t oder 1,7 % weniger als im Vorjahr. Die Ursache hierfür waren vor allem niedrigere Mengen bei Hausmüll, Sperrmüll und Altpapier. Über die entsprechenden Sammelsysteme wurden 1,66 Mill. t (58 %) der Abfälle als Bioabfall oder Wertstoffe getrennt erfasst. Darüber hinaus fielen 1,01 Mill. t (35 %) Hausmüll und 181 600 t (6 %) Sperrmüll zur Entsorgung an. Jeder hes-

sische Einwohner erzeugte im Jahr 2012 rein rechnerisch durchschnittlich 474 kg Haushaltsabfälle. Das waren 10 kg weniger als 2011. Insgesamt fielen pro Kopf 168 kg Hausmüll (35 %) und 30 kg Sperrmüll (6 %) an; die Menge getrennt gesammelter Wertstoffe (insbesondere Papier, gemischte Verpackungen, und Glas) lag bei 140 kg (30 %) und diejenige der getrennt erfassten organischen Abfälle (Bioabfälle) bei 127 kg (27 %). Darüber hinaus fielen noch 8 kg Elektroaltgeräte (1,7 %) an. Den Berechnungen liegen die Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011 zugrunde. Insgesamt wurden von den Bürgern 1,01 Mill. t Hausmüll und 181 600 t Sperrmüll entsorgt. Der rückläufige Trend bei den Haus- und Sperrmüllmengen setzte sich auch 2012 fort. Die erfasste Altpapiermenge bewegte sich mit 476 900 t innerhalb des Schwankungsbereiches der vergangenen Jahre. Mit 765 700 t fiel annähernd die gleiche Menge Bioabfall wie im Vorjahr (- 0,5 %) an. Den überwiegenden Teil davon (498 300 t bzw. 65 %) entsorgten die Bürger über die Biotonne. Das entspricht einer Durchschnittsmenge von 83 kg je Einwohner. Damit liegt Hessen bei der Erfassung über die Biotonne im Bundesvergleich an erster Stelle. Für die anderen 35 % der Bioabfälle wurden die Sammelsysteme für Garten- und Parkabfälle genutzt. Zu dem guten Sammelergebnis bei der Biotonne steuerte der Landkreis Darmstadt-Dieburg mit über 8,6 % den mengenmäßig größten Anteil bei, gefolgt vom Landkreis Kassel (8,4 %) und dem Main-Kinzig-Kreis (8,2 %; ohne Stadt Maintal). Der Landkreis Kassel und der Schwalm-Eder-Kreis verzeichneten mit 207 bzw. 205 kg je Einwohner die höchsten Pro-Kopf-Aufkommen an den gesamten getrennt erfassten Bioabfällen. Von den 2,85 Mill. t Siedlungsabfällen wurden 43 % unmittelbar stofflich und 7,3 % energetisch verwertet. Weitere 10,2 % wurden nach einer mechanischen bzw. mechanisch-biologischen Aufbereitung größtenteils in Ersatzbrennstoffkraftwerken ebenfalls energetisch verwertet. Die Verpackungsabfälle mit einem Anteil von fast 14 % wurden über die Verwertungswege der Dualen Systeme entsorgt. Fast drei Viertel der Abfälle wurden somit vorrangig einer Verwertung zugeführt. 26 % der Siedlungsabfälle, überwiegend Hausmüll, wurden thermisch behandelt.



Daten zur Wirtschaftslage

Die Zeichen einer wirtschaftlich verbesserten Lage werden im dritten Quartal immer deutlicher: Die Auftragseingänge und die Umsätze der Industrie stiegen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, im Bauhauptgewerbe gab es mehr genehmigte Vorhaben, der Einzelhandel scheint sich zu erholen und die Erwerbstätigkeit nahm zu. Die Auftragseingänge der hessischen Industrie stiegen im dritten Quartal um 2,9 %, verglichen mit dem Vorjahresquartal. Erfreulich verlief ebenfalls die Umsatzentwicklung mit einem Zuwachs von 1,5 % im gleichen Zeitraum; auch die Beschäftigtenzahl legte im Vergleich zum dritten Quartal 2012 leicht zu. Das Bauhauptgewerbe stand bezüglich des Umsatzes, der Anzahl der Beschäftigten und des Auftragseingangs besser da als in den beiden vorherigen Quartalen. Die für den Neu- oder Umbau genehmigte Wohn- und Nutzfläche stieg im dritten Quartal deutlich. Außerdem wurden fast 50 % mehr Wohnungen als noch vor einem Jahr im dritten Quartal genehmigt. Die realen Umsatzrückgänge im Einzelhandel und im Kfz-Handel fielen im dritten Quartal geringer aus als noch in den Vorquartalen. Der Großhandel konnte seine realen Umsätze gegenüber dem dritten Quartal 2012 leicht steigern. Die Erwerbstätigkeit nahm in Hessen weiter zu, der Zuwachs gegenüber den Vorjahresquartalen fiel im zweiten Quartal 2013 jedoch geringer aus als zu den vorherigen Beobachtungszeitpunkten. Der Beschäftigungsaufbau wird vor allem vom Produzierenden Gewerbe getragen. Trotz der Zunahme der Erwerbstätigkeit nahm im dritten Quartal, verglichen mit dem gleichen Vorjahreszeitraum, auch die Arbeitslosigkeit zu. Die Unternehmensinsolvenzen waren im dritten Quartal gegenüber dem Vorquartal rückläufig, jedoch verglichen mit dem analogen Vorjahresquartal stiegen sie leicht an. Der Verbraucherpreisindex stieg im dritten Quartal leicht, verglichen mit dem Vorjahresquartal wie auch im Vergleich zum zweiten Quartal 2013. Gegenüber dem dritten Vierteljahr 2012 stiegen die Preise der Nahrungsmittel deutlich, während sie bei der Unterhaltungselektronik stark fielen.

Anhaltender Aufschwung für die hessische Industrie

Anknüpfend an die Erfolge des zweiten Quartals vermeldete die hessische Industrie im dritten Quartal einen preisbereinigten Zuwachs der Auftragseingänge von 2,9 % gegenüber dem Vergleichsquartal 2012. Ausschlaggebend für diese positive Bilanz war in erster Linie das Ausland mit einem zusätzlichen Auftragseingangsvolumen von 6,3 %. Dieses Plus kompensierte die rückläufige inländische Nachfrage, die 1,5 % unter dem Vorjahresniveau lag.

Analog verhielt sich die reale Umsatzentwicklung (ohne sonstige Umsätze, wie Handelsware etc.). Auch hier verdankte die hessische Industrie den 1,5%igen Zuwachs allein der um 4,7 % gestiegenen ausländischen Nachfrage, durch die der Nachfragerückgang von 1,8 % im Inland kompensiert wurde. Das Auftragseingangs- sowie das Umsatzplus wirkten sich ebenfalls positiv auf die Beschäftigung aus, die sich um 0,2 % leicht erhöhte.

Das Ausland erwies sich im dritten Quartal über nahezu alle großen Branchen hinweg als ver-

lässliches Zugpferd. Mit 14 % zusätzlichen Auftragseingängen aus dem Ausland profitierte besonders die Chemische Industrie von dieser Entwicklung. Aber auch das Inland steigerte die Nachfrage um 13 %, sodass die Branche insgesamt einen Auftragszuwachs von 14 % erzielte. Erfolgreich schlossen auch die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen das dritte Quartal ab. Insgesamt wies die Branche einen Anstieg von 7,9 % auf. Dieser muss aufgrund der gegenläufigen Entwicklung der Nachfrage aus dem In- und Ausland aber differenziert betrachtet werden, denn während die Auftragseingänge aus dem Ausland ein Wachstum von knapp 27 % aufwiesen, fiel die Auftragsvergabe im Inland um 8,9 % gegenüber dem Vorjahr. Die Hersteller von Metallerzeugnissen konnten einen Gesamtzuwachs von 4,4 % verbuchen (Ausland: + 12 %; Inland: + 1,3 %).



Reale Auftragseingänge der hessischen Industrie

Art der Angabe	2012		2013		
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Grundzahlen					
Volumenindex ¹⁾ des Auftragseingangs insgesamt	92,5	92,0	96,8	101,7	95,2
Inland	95,0	90,2	94,8	99,5	93,6
Ausland	92,1	94,9	100,0	105,1	97,9
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Volumenindex ¹⁾ des Auftragseingangs insgesamt	- 6,8	- 3,4	- 7,6	5,5	2,9
Inland	- 11,0	- 6,6	- 12,0	1,4	- 1,5
Ausland	- 3,4	- 0,9	- 4,2	8,5	6,3

1) 2010 = 100.

Reale Umsätze und Beschäftigte der hessischen Industrie¹⁾

Art der Angabe	2012		2013		
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Grundzahlen					
Volumenindex ²⁾ der Umsätze insgesamt	101,3	101,9	95,4	101,2	102,8
Inland	102,6	99,7	92,8	97,1	100,8
Ausland	102,0	106,1	99,8	107,4	106,8
Beschäftigte	357 749	356 426	353 819	354 301	358 481
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Volumenindex ²⁾ der Umsätze insgesamt	- 2,7	- 2,2	- 8,1	0,4	1,5
Inland	- 5,8	- 7,3	- 11,0	- 3,2	- 1,8
Ausland	0,7	3,0	- 5,2	3,9	4,7
Beschäftigte	0,8	0,2	- 0,2	0,0	0,2

1) Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten. – 2) 2010 = 100.

Für den Maschinenbau hingegen war das Auftragsplus primär durch die inländische Nachfrage bedingt. Der Gesamtzuwachs von 8,6 % setzte sich aus einem Auftragseingangsplus von 14 % im Inland und 4,5 % aus dem Ausland zusammen.

Rückläufige Auftragseingänge verzeichneten lediglich die Pharmaindustrie (- 1,0 %; Inland: + 2,6 %; Ausland: - 2,0 %) sowie die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen (- 9,5 %; Inland: - 16 %; Ausland: - 2,4 %).

Heterogene Umsatzentwicklung

Trotz der insgesamt positiven Umsatzentwicklung der hessischen Industrie auf 26,3 Mrd. Euro

(+ 2,7 %) im dritten Quartal war die Entwicklung über die einzelnen Branchen hinweg sehr unterschiedlich. So sanken die Umsätze bei den Herstellern von elektrischen Ausrüstungen um 15 % auf 1,1 Mrd. Euro unter das Vorjahresniveau. Die Umsätze im Inland fielen sogar um fast 23 %. Zwar waren die Hersteller von Metallserzeugnissen nicht so stark betroffen, doch auch hier ging der Umsatz um 1,2 % auf 1,5 Mrd. Euro zurück. Die Branche profitierte aber von der gestiegenen Nachfrage aus dem Ausland, die um 4,9 % wuchs.

Für die restlichen großen Industriezweige verlief das Quartal positiv. Der Maschinenbau verzeichnete ein Plus von 1,8 % auf 2,4 Mrd. Euro, mit einem bemerkenswerten Zuwachs im Inland von 11 %. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen konnten ihren Umsatz um 4,4 % auf 3,8 Mrd. Euro steigern, ebenso die Pharmaindustrie um 7,5 % auf 2,9 Mrd. Euro. Hier war der kräftige Anstieg des Umsatzes im Inland von 31 % maßgebliche Ursache. Die Chemische Industrie wies mit gut 20 % Umsatzsteigerung auf 3,9 Mrd. Euro ebenfalls eine positive Bilanz auf.

Beschäftigung folgte dem Konjunkturaufschwung

Wie erwartet reagierte die Beschäftigung zeitverzögert auf den Zuwachs der Auftragseingänge. Im dritten Quartal 2013 waren knapp 358 500 Mitarbeiter in der hessischen Industrie beschäftigt, 0,2 % mehr als im Vorjahr.

Die Entwicklung in den einzelnen Branchen verlief dabei heterogen. Die Beschäftigung in der Pharmaindustrie stieg um 1,7 % auf knapp 19 500 Mitarbeiter, in der Chemischen Industrie um 0,4 % auf gut 37 500 Mitarbeiter und im Maschinenbau um 0,8 % auf mehr als 38 700 Mitarbeiter. Die Beschäftigtenzahl der Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen erhöhte sich um 1,3 % auf knapp 48 800 Mitarbeiter.

Bei den Herstellern von elektrischen Ausrüstungen hingegen reduzierte sich die Beschäftigung um 4,5 % auf gut 23 700 Mitarbeiter. Auch die Hersteller von Metallserzeugnissen verringerten die Zahl der Beschäftigten um 2,1 % auf knapp 30 600.

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr		Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾				Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ⁷⁾				
		Volumenindex des Auftragseingangs ²⁾ 2010 = 100			Beschäftigte	Index des Auftragsaufgangs ⁴⁾ 2005 = 100	Beschäftigte	Index der Umsätze ⁵⁾ 2010 = 100	Verbraucherpreisindex ⁶⁾ 2010 = 100	Arbeitslose ⁸⁾	Arbeitslosenquote ⁹⁾	Gemeldete Arbeitsstellen ¹⁰⁾	Kurzarbeit (Personen) ⁸⁾	
														insgesamt
Grundzahlen ¹¹⁾														
2010	D	100,0	100,0	100,0	339 548	94,7	23 359	100,0	100,0	197 932	7,2	30 821	31 737	
2011	D	102,5	104,9	102,4	351 320	117,7	24 557	102,9	101,9	182 518	6,6	38 053	7 943	
2012	D	96,4	97,7	97,1	355 765	126,4	25 537	104,1	103,9	178 320	6,4	35 542	6 809	
2012	August	92,1	94,5	91,7	358 485	147,8	25 643	103,7	104,4	179 905	6,4	35 845	2 473	
	September	90,1	92,8	89,6	358 666	124,3	25 611	101,0	104,5	172 680	6,2	35 492	5 750	
	3. Vj. D	92,5	95,0	92,1	357 749	129,3	25 590	101,5	104,3	
	Oktober	101,0	101,7	102,2	357 884	127,9	26 758	105,6	104,5	172 783	6,2	35 189	7 371	
	November	95,9	94,4	98,8	356 834	100,5	26 674	107,9	104,5	170 597	6,1	34 415	8 125	
	Dezember	79,0	74,4	83,7	354 559	117,6	25 928	117,8	104,7	174 338	6,2	30 980	7 998	
	4. Vj. D	92,0	90,2	94,9	356 426	115,4	26 453	110,4	104,6	
	2013	Januar	98,2	94,0	103,1	353 952	112,7	25 307	95,3	104,2	191 769	6,8	29 356	14 432
	Februar	95,2	92,3	99,1	353 661	111,0	25 308	89,5	104,9	192 670	6,9	31 410	14 815	
	März	97,0	98,2	97,7	353 845	130,6	25 401	104,2	105,2	190 639	6,8	32 665	15 851	
1. Vj. D	96,8	94,8	100,0	353 819	118,1	25 339	96,3	104,8	
	April	103,8	98,8	109,5	353 729	136,0	25 475	104,3	104,6	190 318	6,8	32 348	6 892	
	Mai	91,4	88,3	95,3	354 047	109,5	25 498	103,6	105,1	186 448	6,6	32 864	5 675	
	Juni	109,9	111,4	110,6	355 126	135,1	25 610	102,3	105,3	183 493	6,5	33 016	...	
	2. Vj. D	101,7	99,5	105,1	354 301	126,9	25 528	103,4	105,0	
	Juli	102,7	99,0	107,2	356 960	165,7	25 825	103,3	105,7	189 714	6,7	33 600	...	
	August	87,9	87,2	90	358 942	116,7	26 149	101,7	105,6	189 320	6,7	33 438	...	
	September	94,9	94,7	96,6	359 541	135,7	26 013	98,6	105,6	181 506	6,4	33 357	...	
	3. Vj. D	95,2	93,6	97,9	358 481	139,4	25 996	101,2	105,6	
	Zu- bzw. Abnahme (–) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾													
2010	D	.	.	.	– 2,1	– 16,1	1,3	3,8	0,8	– 5,7	.	25,8	– 55,9	
2011	D	2,5	4,9	2,4	3,5	24,2	5,1	2,9	1,9	– 7,8	.	23,5	– 75,0	
2012	D	– 6,0	– 6,9	– 5,2	1,3	7,5	4,0	1,2	2,0	– 2,3	.	– 6,6	...	
2012	August	– 3,5	– 7,8	0,1	0,9	11,1	2,7	1,9	2,4	– 0,6	.	– 10,6	– 30,4	
	September	– 12,8	– 16,6	– 9,5	0,5	2,8	2,7	– 0,9	2,2	– 0,5	.	– 14,2	56,7	
	3. Vj.	– 6,8	– 11,0	– 3,4	0,8	6,7	2,9	0,8	2,2	
	Oktober	8,5	3,2	12,9	0,3	28,5	2,2	– 0,7	2,2	1,4	.	– 14,7	121,1	
	November	– 6,7	– 12,0	– 2,3	0,2	– 3,1	3,0	– 0,6	2,1	2,0	.	– 14,8	125,8	
	Dezember	– 12,0	– 11,5	– 12,6	– 0,0	– 23,0	2,7	– 3,0	2,0	3,0	.	– 18,3	1,9	
	4. Vj. D	– 3,4	– 6,6	– 0,9	0,2	– 2,8	2,6	– 1,5	2,1	
	2013	Januar	– 6,7	– 15,1	0,1	– 0,3	– 4,4	2,9	0,0	1,7	3,4	.	– 16,2	23,7
	Februar	– 5,6	– 11,2	– 1,0	– 0,1	6,8	3,0	– 5,7	1,5	3,4	.	– 13,6	15,4	
	März	– 10,5	– 9,6	– 11,3	– 0,2	0,0	1,6	– 5,3	1,3	4,8	.	– 11,5	66,4	
1. Vj.	– 7,6	– 12,0	– 4,2	– 0,2	0,6	2,5	– 3,8	1,6	
	April	13,4	5,6	19,5	– 0,1	– 2,5	1,0	2,1	0,9	5,0	.	– 11,7	36,2	
	Mai	– 7,2	– 13,7	– 2,0	– 0,1	– 8,6	0,5	– 1,3	1,4	5,4	.	– 9,9	20,5	
	Juni	10,7	13,3	8,6	0,1	– 21,3	0,2	– 3,6	1,6	4,8	.	– 9,6	...	
	2. Vj.	5,5	1,4	8,5	– 0,0	– 11,7	0,6	– 1,0	1,3	
	Juli	7,9	1,3	13,0	0,2	43,2	1,2	3,6	1,7	4,0	.	– 8,4	...	
	August	– 4,6	– 7,7	– 1,9	0,1	– 21,0	2,0	– 1,9	1,1	5,2	.	– 6,7	...	
	September	5,3	2,0	7,8	0,2	9,2	1,6	– 2,4	1,1	5,1	.	– 6,0	...	
	3. Vj.	2,9	– 1,5	6,3	0,2	7,8	1,6	– 0,3	1,2	
	Zu- bzw. Abnahme (–) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾													
2012	August	– 3,3	– 3,3	– 3,4	0,7	27,7	0,5	– 1,2	0,5	– 1,4	.	– 2,3	– 1,1	
September	– 2,2	– 1,8	– 2,3	0,1	– 15,9	– 0,1	– 3,3	0,1	– 4,0	.	– 1,0	132,5		
3. Vj.	– 4,0	– 3,2	– 5,0	1,0	– 10,0	0,8	– 0,7	0,6		
Oktober	12,1	9,6	14,1	– 0,2	2,9	4,5	5,9	0,0	0,1	.	– 0,9	28,2		
November	– 5,0	– 7,2	– 3,3	– 0,3	21,5	– 0,3	4,1	0,0	– 1,3	.	– 2,2	10,2		
Dezember	– 17,6	– 21,2	– 15,3	– 0,6	17,1	– 2,8	13,7	0,2	2,0	.	– 10,0	– 1,6		
4. Vj.	– 0,5	– 5,1	3,0	– 0,4	– 10,8	3,4	9,1	0,3		
2013	Januar	– 6,7	– 15,1	0,1	– 0,2	– 4,2	– 2,4	– 19,1	– 0,5	10,0	.	– 5,2	80,4	
	Februar	– 5,6	– 11,2	– 1,0	– 0,1	– 1,5	0,0	– 6,1	0,7	0,5	.	– 7,0	2,7	
	März	– 10,5	– 9,6	– 11,3	0,1	17,6	0,4	16,4	0,3	– 1,1	.	4,0	7,0	
	1. Vj.	5,2	5,1	5,4	– 0,7	2,4	– 4,2	– 7,5	0,2	
	April	7,0	0,6	12,1	– 0,0	4,2	0,3	8,2	– 0,6	– 0,2	.	– 1,0	– 56,5	
	Mai	– 11,9	– 10,6	– 13,0	0,1	– 19,4	0,1	5,4	0,5	– 2,0	.	1,6	– 17,7	
	Juni	20,2	26,2	16,1	0,3	23,3	0,4	– 1,2	0,2	– 1,6	.	0,5	...	
	2. Vj.	5,1	5,0	5,1	0,1	7,4	0,7	1,0	0,2	
	Juli	– 6,6	– 11,1	– 3,1	0,5	22,7	0,8	3,4	0,4	3,4	.	1,8	...	
	August	– 14,4	– 11,9	– 16,0	0,6	– 29,6	1,3	– 1,5	– 0,1	– 0,2	.	– 0,5	...	
September	8,0	8,6	7,3	0,2	16,3	– 0,5	– 4,0	0,0	– 4,1	.	– 0,2	...		
3. Vi.	– 6,4	– 5,9	– 6,9	1,2	9,9	1,8	2,6	0,6		

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 Erfassung nach WZ 2008. – 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden. – 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. – 4) Wertindex. – 5) Ohne Mehrwertsteuer. – 6) Alle privaten Haushalte. – 7) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen (vorläufige Werte); Ergebnisse ab Januar 2004 nach geänderten Verfahren (Data Warehouse - Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. Ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Unterefassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 8) Bei Monatswerten Stand: Monatsmitte. Änderung der methodischen Grundlagen. – 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 10) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. – 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Mögliche Trendwende im Bauhauptgewerbe

Das dritte Quartal schloss mit einem Zuwachs der Auftragseingänge von 7,8 %. Zwar war die Umsatzentwicklung nach wie vor rückläufig, aber die Reduktion gegenüber 2012 war weniger stark ausgeprägt als in den ersten 2 Quartalen. Für die Monate Juli bis September wurde das Vorjahresniveau im Durchschnitt um lediglich 0,6 % verfehlt. Das Bauhauptgewerbe verbuchte im dritten Quartal einen baugewerblichen Umsatz von 1,1 Mrd. Euro. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich auf knapp 26 000 Mitarbeiter, was einem Anstieg von 1,6 % entsprach.

Interessant waren die Entwicklungen des Auftragseingangs für die Bereiche Hoch- und Tiefbau, die einen Anstieg von 8,8 bzw. 6,9 % gegenüber dem Vorjahresniveau aufwiesen. In der Tiefbaubranche waren dies zumeist staatlich induzierte Aufträge. Die Auftragseingänge durch gewerbliche und industrielle Nachfrager verfehlten das Vorjahresniveau um 18 %. Die staatliche Nachfrage nach Straßenbau sowie nach öffentlichem und Verkehrsbau wuchs um fast 22 bzw. 19 %.

Die Auftragslage im Hochbau wies ein Plus von 5,6 % für den Wohnungsbau, von 12 % für den gewerblichen und industriellen Bau sowie von 3,8 % für den öffentlichen und Verkehrsbau auf.

Die leicht rückläufigen baugewerblichen Umsatzzahlen im Vergleich zum Vorjahresquartal ließen sich insbesondere auf die Rückgänge im Hochbau des öffentlichen und Verkehrsbaus (- 26 % auf 43 Mill. Euro) und im Tiefbau des

gewerblichen und industriellen Baus (- 16 % auf 198 Mill. Euro) zurückführen. Positive Wachstumsraten wiesen hingegen der Wohnungsbau mit einem Anstieg von 9,4 % auf 204 Mill. Euro und der sonstige Tiefbau des öffentlichen und Verkehrsbaus mit einem Plus von 23 % aus.

Das Bauhauptgewerbe beschäftigte im dritten Quartal knapp 26 000 Mitarbeiter, was einem Zuwachs von 1,6 % gegenüber dem Vorjahr entsprach. Generell lag das Beschäftigungsniveau 2013 konstant über den Vorjahreswerten.

Unternehmensinvestitionen stärken den Hochbau

Die Summe der zum Neu- oder Umbau genehmigten Wohn- und Nutzfläche stieg im dritten Quartal 2013 um 308 000 m² auf 1 464 000 m². Das entspricht einem Zuwachs von 27 %. Die veranschlagten Kosten erhöhten sich um 368 Mill. Euro bzw. 24 % auf 1876 Mill. Euro. In den Anstiegen äußert sich das weiterhin wachsende Engagement gewerblicher Unternehmen.



Der **Wohnbau** zeigt seit Anfang 2010 einen positiven Trend. Das anhaltend niedrige Zinsniveau kommt sowohl den gewerblichen Bauvorhaben als auch den privaten Haushalten zugute. Mit 923,7 Mill. Euro lagen die für den Wohnbau veranschlagten Baukosten 30 % höher als im dritten Quartal des Vorjahres. Der Zuwachs geht in erster Linie auf die gestiegenen Investitionen der Wohnungswirtschaft zurück.

Für den Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern wurden 191 bzw. 20 Genehmigungen mehr erteilt als im Vorjahreszeitraum. Die Genehmigungen im Geschossbau nahmen um 62 und die der darin vorgesehenen Wohnungen um 1103 zu. Die Anzahl der in allen Neubauten

Bauhauptgewerbe¹⁾ in Hessen

Art der Angabe	2012		2013		
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Grundzahlen					
Auftragseingang (1000 Euro)	982 346	876 511	897 408	964 016	1 059 223
Umsatz (1000 Euro)	1 150 319	1 179 335	656 167	945 759	1 143 015
Beschäftigte	25 590	26 453	25 339	25 528	25 996
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Auftragseingang	6,7	- 2,8	0,6	- 11,7	7,8
Umsatz	7,4	1,8	- 1,7	- 1,8	- 0,6
Beschäftigte	2,9	2,6	2,5	0,6	1,6

1) Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten.

vorgesehenen Wohnungen stieg um 50 % auf 5230. Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden sollten 597 zusätzliche Wohnungen ergeben. 117 Wohnungen wurden im Rahmen von Um- oder Neubauten von Nichtwohngebäuden genehmigt. Die Anzahl aller vorgesehenen Wohnungen erhöhte sich somit um 49 % auf 5944. In den Wohngebäuden betrug die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung 100 m². Die durchschnittlichen Kosten je Wohnung sanken um 12 % und je m² Wohnfläche um 0,9 %.

Beim **Nichtwohnbau** stieg der Flächenbedarf im dritten Vierteljahr 2013 auf 719 000 m². Er fiel um 23 % größer aus als im Vorjahreszeitraum. Die Baukosten wurden mit 952,6 Mill. Euro um 19 % höher veranschlagt. Maßgeblich für diese Entwicklung war eine Zunahme der Investitionen in Büro- und Verwaltungsgebäude. Auch bei landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden, Handels- und Lagergebäuden, übrigen nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäuden sowie Hotels und Gaststätten stiegen die genehmigten Nutzflächen. Dagegen nahm der Flächenbedarf bei Anstaltsgebäuden, Fabrik- und Werkstattgebäuden sowie sonstigen Nichtwohngebäuden ab. Die öffentlichen Bauvorhaben wurden mit insgesamt 170,0 Mill. Euro um 37 % höher veranschlagt als im dritten Quartal des Vorjahres.

Einzelhandel: leichte Erholung im dritten Quartal

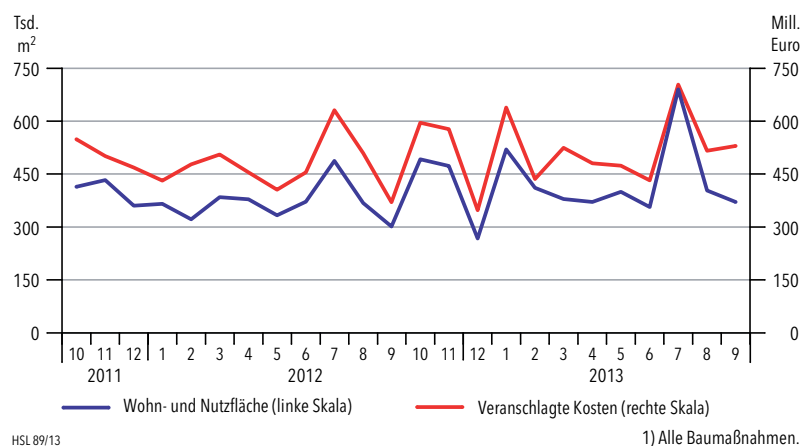
Die monatliche Einzelhandelsstatistik basiert auf einer Stichprobenerhebung. Monatlich werden Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 250 000 Euro oder höher befragt. In Hessen sind das momentan rund 2000 Unternehmen. Erfragt wird neben dem Umsatz auch die Zahl der Voll- und Teilzeitbeschäftigten im jeweiligen Berichtsmonat. Auf dieser Basis erstellt das Hessische Statistische Landesamt (HSL) die monatliche Konjunkturstatistik für den hessischen Einzelhandel.

Nachdem die Umsätze der Einzelhändler im zweiten Quartal 2013 nominal um 1,0 % und preisbereinigt um 2,7 % zurückgegangen waren, fielen die Umsatzrückgänge im dritten Quartal weniger stark aus: Die nominalen Umsätze verminderten sich um 0,3 % und die preisbereinigten Umsätze um 1,7 %.

Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau in Hessen

Art der Angabe	2012		2013		
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Grundzahlen					
Wohnbau¹⁾					
Wohnungen	3 489	4 132	4 763	4 167	5 230
Wohnfläche (1000 m ²)	381	397	443	450	505
Nichtwohnbau¹⁾					
Rauminhalt (1000 m ³)	2 921	4 014	4 742	2 528	3 586
Nutzfläche (1000 m ²)	500	610	563	394	602
Wohnungen insgesamt ²⁾	4 001	4 831	5 172	4 929	5 944
Wohn- und Nutzfläche insgesamt ²⁾ (1000 m ²)	1 156	1 232	1 310	1 127	1 464
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Wohnbau¹⁾					
Wohnungen	-2,3	42,5	-5,3	18,8	49,9
Wohnfläche	1,9	22,5	-12,1	13,0	32,3
Nichtwohnbau¹⁾					
Rauminhalt	22,7	2,0	-19,7	-33,2	22,8
Nutzfläche	17,7	1,5	-5,0	-34,6	20,4
Wohnungen insgesamt ²⁾	6,0	48,0	-1,5	12,3	48,6
Wohn- und Nutzfläche insgesamt ²⁾	7,6	12,1	-14,6	-12,1	26,7
<small>1) Errichtung neuer Gebäude. – 2) In Wohn- und Nichtwohngebäuden (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden).</small>					

Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau¹⁾



Der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (z. B. Supermärkte, SB-Kaufhäuser und Verbrauchermärkte) verzeichnete hingegen im dritten Quartal 2013 nominale Umsatzsteigerungen von 3,3 % und preisbereinigt von 0,7 %.

Ebenfalls positiv entwickelte sich der Einzelhandel mit sonstigen Gütern (z. B. Bekleidung, Apotheken, kosmetische Erzeugnisse und Körperpflegemittel). Hier nahmen die nominalen Umsätze im dritten Quartal 2013 im Vergleich

Umsätze und Beschäftigte im Handel in Hessen nach Wirtschaftszweigen

Art der Angabe	2012		2013		
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Messzahlen; Monatsdurchschnitt 2010 = 100					
Nominale Umsätze					
Einzelhandel ¹⁾	101,5	110,4	96,3	103,4	101,2
Kfz-Handel ²⁾	111,2	109,6	106,2	114,9	108,8
Großhandel ⁴⁾	116,4	123,0	111,9	114,4	117,8
Reale Umsätze ³⁾					
Einzelhandel ¹⁾	98,4	106,1	92,5	98,3	96,7
Kfz-Handel ²⁾	108,6	106,8	103,9	112,2	106,4
Großhandel ⁵⁾	109,4	117,7	105,9	107,6	111,5
Beschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	102,3	103,0	101,6	101,2	101,5
Kfz-Handel ²⁾	106,0	106,7	105,2	105,5	106,1
Großhandel ⁴⁾	100,8	101,4	101,1	101,0	101,5
darunter Teilzeitbeschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	103,0	103,6	102,3	101,9	101,9
Kfz-Handel ²⁾	116,3	117,8	117,1	119,2	120,2
Großhandel ⁴⁾	105,8	106,6	106,1	106,0	106,4
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Nominale Umsätze					
Einzelhandel ¹⁾	0,8	- 1,5	- 3,8	- 1,0	- 0,3
Kfz-Handel ²⁾	2,2	- 1,9	- 13,9	- 2,7	- 2,2
Großhandel	1,0	3,1	0,4	3,7	1,2
Reale Umsätze ³⁾					
Einzelhandel ¹⁾	- 1,0	- 3,5	- 5,2	- 2,7	- 1,7
Kfz-Handel ²⁾	1,7	- 2,3	- 13,9	- 2,9	- 2,0
Großhandel ⁵⁾	- 1,8	2,4	0,7	4,0	1,9
Beschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	0,5	-	- 0,3	- 1,2	- 0,8
Kfz-Handel ²⁾	2,1	1,5	1,0	1,0	0,1
Großhandel	5,3	4,0	2,3	1,7	0,7
darunter Teilzeitbeschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	0,7	- 0,1	- 0,3	- 1,1	- 1,1
Kfz-Handel ²⁾	10,2	7,7	4,6	3,8	3,4
Großhandel	9,6	5,5	3,1	2,0	0,6

1) Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. – 2) Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3) In Preisen des Jahres 2010. – 4) Messzahlen; Monatsdurchschnitt 2005 = 100. – 5) In Preisen des Jahres 2005.

zum Vorjahresquartal um 2,8 % zu; preisbereinigt war ein Umsatzplus von 1,4 % festzustellen. Schlechter erging es dem Einzelhandel mit Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf. Hier sanken die nominalen Umsätze um 3,4 % und die preisbereinigten um 4,2 %.

Die Zahl der im Einzelhandel Beschäftigten nahm im dritten Quartal 2013 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal um 0,8 % ab.

Rückgang im Kfz-Handel

Die monatliche Kfz-Handelsstatistik wird seit Beginn des Berichtsmonats September 2012 nicht mehr als Stichprobenerhebung durchgeführt. Jeden Monat befragt das HSL daher alle Kfz-Händler mit einem Jahresmindestumsatz von 10 Mill. Euro oder mindestens 100 Beschäftigten. Dies sind derzeit rund 240 Unternehmen. Die Daten der übrigen Unternehmen stammen aus Verwaltungsdaten (Bundesagentur für Arbeit und Oberfinanzdirektion).

Gegenüber dem Vorjahresquartal ging der preisbereinigte Umsatz der Kfz-Händler im dritten Quartal 2013 um 2,0 % zurück. Damit setzte sich im Jahr 2013 die negative Umsatzentwicklung im dritten Quartal in Folge fort.

Im umsatzstärksten Bereich, dem Handel mit Kraftwagen, haben sich die nominalen Umsätze um 3,7 % vermindert. Preisbereinigt gingen die Umsätze um 3,4 % zurück.

Entgegen dem Trend im Kfz-Handel konnten die Händler im Bereich „Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen“ Umsatzsteigerungen verbuchen: nominal 5,0 % und preisbereinigt 5,2 %.

Die Anzahl der Beschäftigten nahm gegenüber dem dritten Quartal 2012 nur leicht um 0,1 % zu.

Umsatzplus im Großhandel

Hessenweit werden monatlich rund 500 Großhandelsunternehmen durch das Statistische Bundesamt befragt. Dabei handelt es sich ausschließlich um Großhändler mit einem Jahresumsatz von mindestens 20 Mill. Euro oder mindestens 100 Beschäftigten. Die Daten der übrigen Unternehmen werden – wie bei der monatlichen Kfz-Handelsstatistik – aus Verwaltungsdaten (Bundesagentur für Arbeit und Oberfinanzdirektion) entnommen.

Im dritten Quartal 2013 stiegen die Umsätze im Großhandel gegenüber dem Vorjahresquartal nominal um 1,2 % und preisbereinigt um 1,9 %. Der umsatzstärkste Bereich des hessischen Großhandels ist der Großhandel mit Gebrauchs- und

Verbrauchsgütern. In diesem Bereich stiegen die Umsätze ebenfalls, und zwar nominal um 2,2 % und preisbereinigt um 1,6 %.

Der hessische Großhandel beschäftigte im dritten Quartal 2013 0,7 % mehr Personen als im dritten Quartal 2012.

Stabiler Arbeitsmarkt auch im dritten Quartal 2013

Die deutsche Wirtschaft gewann nach schwachem Jahresbeginn an Dynamik. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP), das witterungsbedingt im ersten Quartal gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal noch schrumpfte, nahm im zweiten Quartal im Jahresvergleich wieder zu (+ 0,9 %). Positive Impulse kamen vor allem aus dem Inland. Die Investitionen zogen deutlich an, was nicht zuletzt an den witterungsbedingten Nachholeffekten nach dem ungewöhnlich langen und kalten Winter lag. Das außerwirtschaftliche Umfeld verbesserte sich zwar, aber die Erholung erfolgte mit langsamem Tempo als erwartet. Bundesweit blieb die Wirtschaftsleistung im ersten Halbjahr aufgrund der schrumpfenden Entwicklung im ersten Quartal unter dem vergleichbaren Vorjahresergebnis.

Hessens Wirtschaft konnte sich im ersten Halbjahr 2013 vom Bundestrend (- 0,3 %) abhängen und leicht um 0,3 % wachsen. Diese positive Entwicklung in Hessen spiegelt sich auch in der aktuellen Konjunkturumfrage der Arbeitsgemeinschaft hessischer Industrie- und Handelskammern wider. Danach berichten 36 % aller Unternehmen von guten und jedes zweite Unternehmen von befriedigenden Geschäften¹⁾. Der IHK-Geschäftsklimaindex für Hessen stieg um 7 Zähler auf 116 Punkte. Fast 88 % der befragten Unternehmer wollen ihre Belegschaft halten bzw. aufstocken; nur 13 % planen einen Stellenabbau. Die Arbeitskräftenachfrage ist relativ stabil. Die sich wieder belebende wirtschaftliche Erholung dürfte dafür sorgen, dass sich die leicht positive Grundtendenz bei der Beschäftigung fortsetzt. Der stabile Arbeitsmarkt sorgt für einen robusten Binnenkonsum in Hessen.

Nach Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ nahm die Erwerbstätigkeit in Hessen

weiter zu. Im zweiten Quartal 2013 waren rund 3,24 Mill. Personen erwerbstätig, fast 7100 oder 0,2 % mehr als im entsprechenden Vorjahresquartal. Der Beschäftigungsaufbau war weiterhin positiv, allerdings bei deutlich geringerer Dynamik als in den Vorquartalen (jeweils im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal). Dies war der geringste Zuwachs in einem zweiten Quartal seit 2010. Der Zuwachs an neuen Arbeitsplätzen in Hessen im zweiten Quartal 2013 lag unter dem Durchschnitt aller Bundesländer (+ 0,6 %).

Im Vergleich zum Vorquartal nahm die Zahl der Erwerbstätigen in Hessen im zweiten Quartal 2013 um gut 18 300 Personen oder 0,6 % zu. Eine Zunahme der Erwerbstätigenzahl ist im zweiten Quartal saisonal üblich; diese fiel in diesem Jahr allerdings geringer aus.



Der Schwerpunkt des Beschäftigungsaufbaus in Hessen lag weiterhin bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Aber auch hier schwächten sich die Zuwächse tendenziell ab. Andere Formen der Erwerbstätigkeit nahmen gegenüber dem Vorjahr ab. Die Zahl der Selbstständigen und die Zahl der Personen in Arbeitsgelegenheiten gingen im Vergleich zum Vorjahresquartal zurück.

Zum Beschäftigungsaufbau im zweiten Quartal 2013 trugen in Hessen fast alle Wirtschaftsbereiche bei. Den größten absoluten Zuwachs gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum verzeichnete das Produzierende Gewerbe mit 5500 Erwerbstätigen oder 0,8 %, darunter das Verarbeitende Gewerbe mit einem Plus von 4300 Erwerbstätigen oder 0,9 %. Die Dienstleis-

1) Die Konjunktur in Hessen – Herbst 2013, Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft hessischer Industrie- und Handelskammern.

tungsbereiche verzeichneten einen Zuwachs in Höhe von 3900 Erwerbstätigen oder 0,2 %. Der Beschäftigungsaufbau innerhalb der Dienstleistungsbereiche setzt sich zusammen aus Zuwächsen in den Bereichen „Öffentliche und sonstige Dienstleister“ (+ 5200 oder + 0,6 %) sowie „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ (+ 3900 oder + 0,6 %) und einer Abnahme im Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe und Information“ (- 5200 oder - 0,6 %). In der Land- und Forstwirtschaft; Fischerei sank im gleichen Zeitraum die Erwerbstätigenzahl um 2200 oder 6,5 %.



Die Arbeitslosigkeit ging nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit in Hessen von August bis September jeweils gegenüber dem Vormonat zurück, während sie im Juli im Vergleich zum Vormonat noch stieg. Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich im Durchschnitt des dritten Quartals 2013 gegenüber dem Vorquartal deshalb nur leicht um 0,1 % oder 94 Personen. Damit setzte eine leichte Herbstbelebung auf dem Arbeitsmarkt ein. Betrachtet man aber die Veränderung zum Vorjahr, sieht man eine deutliche Zunahme. Gegenüber dem 3. Quartal 2012 erhöhte sich die Arbeitslosigkeit um rund 8500 Personen oder 4,8 %. Die Arbeitslosenzahl nahm tendenziell weiter zu, obwohl die Erwerbstätigenzahl ebenfalls stieg. Gründe für diese widersprüchliche Entwicklung könnten sein: Zuwanderungen, die Weiterbeschäftigung älterer Arbeitnehmer, die Bereitschaft von Frauen, aufgrund der guten Konjunktur nach der Familiengründungsphase

wieder ins Berufsleben einzusteigen und auch eine bessere Ausschöpfung der Stillen Reserve.

Im Bundesgebiet insgesamt und auch in den alten Ländern (ohne Berlin) stieg die Zahl der Arbeitslosen im Berichtsquartal gegenüber dem Vorjahresquartal (+ 1,6 % bzw. + 3,8 %). Zunahmen gab es in allen alten Ländern, am stärksten im Saarland (+ 7,0 %) und Bayern (+ 6,2 %), die geringste Zunahme meldete Bremen (+ 0,3 %). In allen neuen Ländern einschl. Berlin dagegen gab es wiederum eine Abnahme der Arbeitslosenzahlen.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit in Hessen betraf alle Personengruppen. Die stärksten Zunahmen meldeten die Gruppen der 55-Jährigen oder Älteren mit 7,2 % sowie die der Nichtdeutschen mit 6,7 %. Der Anteil der 55-Jährigen oder Älteren an der Arbeitslosigkeit insgesamt ist immer noch hoch (18,4 %) und die Chancen für diesen Personenkreis, wieder eine Arbeitsstelle zu finden, sind nach wie vor gering.

Deutlich schwächer verlief der Zuwachs bei den Frauen mit 3,4 %. Der Anteil der arbeitslosen Frauen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen lag im Berichtsquartal bei 47,6 % und war damit etwas geringer als im Vorjahresquartal (48,2 %).

Im dritten Quartal 2013 betrug die Arbeitslosenquote bezogen auf alle Erwerbspersonen in Hessen 5,8 % und war damit günstiger als die für Deutschland insgesamt und auch die für die alten Länder.

Nach den Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) lag die Arbeitslosenquote für Deutschland zum Ende des dritten Quartals bei insgesamt bei 5,2 %. Deutschland belegte zusammen mit Österreich und Luxemburg innerhalb des Euroraumes (EU 17) einen der vorderen Plätze. Die umgerechnete hessische Quote lag bei 4,5 %. Besonders gravierend sind die Unterschiede bei der Jugendarbeitslosigkeit. Während in Hessen die harmonisierte und vergleichbare Arbeitslosenquote bei 6,4 % lag, beträgt sie im Euroraum (EU 17) rund 23 %. In Griechenland und Spanien lag die Quote sogar bei weit über 50 %.

Von den 186 850 Arbeitslosen im dritten Quartal 2013 wurden in Hessen 35 % im Rechtskreis

Arbeitsmarkt in Hessen nach Quartalen¹⁾

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2012		2013		
		3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj
Erwerbstätige						
Erwerbstätige (Inland) i n s g e s a m t	1000	3 239,4	3 256,9	3 217,4	3 235,8	...
Zu- bzw. Abnahme (-) der Erwerbstätigenzahlen gegenüber dem Vorjahresquartal	%	1,1	0,7	0,4	0,2	...
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	1000	2 294,4	2 307,9	2 282,4	2 293,0	...
Arbeitslose						
Arbeitslose i n s g e s a m t	Anzahl	178 350	172 573	191 693	186 753	186 847
und zwar						
Männer	"	92 316	90 825	104 973	100 130	97 896
Frauen	"	86 034	81 748	86 720	86 623	88 951
in der Altersgruppe von ... Jahren						
15 bis unter 25	"	19 470	15 891	18 729	17 623	20 497
dar. 15 bis unter 20	"	3 825	3 023	3 252	3 097	3 934
50 oder älter	"	52 933	53 023	58 289	57 434	56 281
dar. 55 oder älter	"	32 024	32 074	35 005	34 864	34 331
Ausländer	"	46 072	45 627	50 077	49 216	49 169
im Rechtskreis III	"	57 319	56 632	69 732	64 288	64 581
im Rechtskreis II	"	121 031	115 941	121 961	122 465	122 266
Zu- bzw. Abnahme (-) der Arbeitslosenzahlen gegenüber dem Vorjahresquartal	%	- 1,0	2,1	3,8	5,1	4,8
Arbeitslosenquote ²⁾ i n s g e s a m t	"	5,7	5,5	6,1	5,9	5,8
und zwar						
Männer	"	5,6	5,5	6,3	6,0	5,8
Frauen	"	5,8	5,5	5,9	5,8	5,9
in der Altersgruppe von ... Jahren						
15 bis unter 25	"	5,9	4,8	5,6	5,4	6,2
dar. 15 bis unter 20	"	4,1	3,2	3,5	3,4	4,5
50 oder älter	"	6,0	6,1	6,6	6,4	6,2
dar. 55 oder älter	"	6,6	6,6	7,2	7,0	6,7
Ausländer	"	12,8	12,7	13,9	13,1	12,9
Deutsche	"	4,8	4,6	5,1	4,9	4,9
Gemeldete Stellen						
Gemeldete Stellen (Bestand) ³⁾	Anzahl	36 008	33 528	31 144	32 743	33 465
Kurzarbeit						
Betriebe mit Kurzarbeit ⁴⁾	"	252	453	1 216
Kurzarbeiter ⁴⁾	"	3 575	7 831	15 033
Anzeigen über Kurzarbeit	"	90	340	275	130	...
Anzahl d. i. d. Anzeigen über Kurzarbeit genannten Personen	"	3 679	5 901	3 335	2 715	...
1) Durchschnittswerte des Quartals. – 2) Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. – 3) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. – 4) Daten liegen erst 5 Monate nach den Quartalsergebnissen vor. Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnung sowie „Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“.						

1) Durchschnittswerte des Quartals. – 2) Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. – 3) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. – 4) Daten liegen erst 5 Monate nach den Quartalsergebnissen vor.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnung sowie „Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“.

SGB III von einer Agentur für Arbeit und 65 % im Rechtskreis SGB II von einem Träger der Grundversicherung betreut. Die Arbeitslosenzahl stieg in beiden Rechtskreisen im Vergleich zum Vorjahresquartal.

Von den 26 kreisfreien Städten und Landkreisen meldeten 23 eine Zunahme der Arbeitslosenzahl im Vorjahresvergleich. Nur der Vogelsbergkreis und die Landkreise Hersfeld-Rotenburg und Marburg-Biedenkopf konnten eine Abnahme melden. Im Vergleich zum Vorquartal blieben die Arbeitslosenzahlen in der kreisfreien Stadt Frankfurt am Main und im Landkreis Groß-Gerau nahezu unverändert; in 8 Landkreisen sanken sie. Das größte Minus gab es im Landkreis Marburg-Biedenkopf (- 6,1 %) und im Vogelsbergkreis (- 4,9 %). Bei den Arbeitslosenquoten bot sich ein unverändertes Bild gegenüber dem Vorquartal 2013. Der Landkreis Fulda blieb mit seiner Quote von 3,6 % weiterhin Spitzenreiter, gefolgt vom Hochtaunuskreis (4,2 %) und dem Rheingau-Taunus-Kreis (4,3 %).



Der Zunahme der Arbeitslosigkeit im Vorjahresvergleich war in den 3 Regierungsbezirken sehr unterschiedlich. Die Regierungsbezirke Kassel und Darmstadt lagen mit jeweils 5,9 bzw. 5,3 % deutlich über dem Landeswert von 4,8 %. Dagegen hatte der Regierungsbezirk Gießen nur einen Anstieg von 1,7 % zu verzeichnen. Die Quoten aller Regierungsbezirke waren annähernd gleich hoch (Darmstadt: 5,9 %, Kassel: 5,8 % und Gießen: 5,7 %) und lagen auf dem Niveau vom Landeswert (5,8 %).

Der Bestand an offenen Stellen blieb weiter hinter den Erwartungen zurück. Zwar gab es einen

Anstieg im Vergleich zum Vorquartal von 2,2 %, aber im Vorjahresvergleich ging die Zahl der gemeldeten Stellen um 7,1 % zurück.

Unternehmensinsolvenzen nahezu unverändert

Von Juli bis September 2013 haben die hessischen Amtsgerichte über 397 Anträge auf Insolvenz von Unternehmen entschieden. Das sind fast 15 % weniger als im vorherigen Quartal und nur 4 Anträge (+ 1 %) mehr als im dritten Quartal des Vorjahres. Diese jüngste Entwicklung lässt hoffen, dass der starke Anstieg der Unternehmensinsolvenzen im zweiten Quartal 2013 (+ 11 % gegenüber dem ersten Quartal 2013 und + 16 % gegenüber dem zweiten Quartal 2012) nur vorübergehend war und keine Tendenzwende darstellt.

Der Anteil der mangels Masse abgewiesenen Anträge lag im dritten Quartal 2013 mit 30 % auf dem Niveau der ersten Hälfte des Jahres 2013 und leicht über dem Wert des Jahres 2012 (29 %). Die voraussichtlichen offenen Forderungen der Gläubiger bezifferten die Gerichte für das dritte Quartal 2013 auf insgesamt 205 Mill. Euro. Dies entspricht rund 517 000 Euro je beantragter Insolvenz. Im ersten Quartal des Jahres 2013 lag dieser Durchschnittswert bei 1,6 Mill. Euro und im zweiten Quartal bei 1,3 Mill. Euro. Von der Insolvenz ihres Arbeitgebers waren im dritten Quartal 2013 insgesamt 2167 Beschäftigte betroffen und in der ersten Jahreshälfte 3576 Personen.

Die Entwicklung der Insolvenzzahlen verlief in den einzelnen Branchen recht unterschiedlich. Ein deutlicher Anstieg ist in den Bereichen „Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen“ (+ 24 %) und „Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“ (+ 17 %) zu beobachten. Im Verarbeitenden Gewerbe stieg die Zahl der Insolvenzen um 10 %. Weniger Insolvenzen wurden für die Bereiche „Verkehr und Lagerei“ (- 44 %), „Information und Kommunikation“ (- 38 %) sowie das Gastgewerbe (- 27 %) registriert.

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen lag im dritten Quartal 2013 mit 1408 Fällen zwar 1 % über dem Ergebnis des vorherigen Quartals, aber mit

einem Minus von gut 8 % merklich unter dem des dritten Quartals 2012. Damit sank die Zahl der Verbraucherinsolvenzen im Vorjahresvergleich seit 2 Jahren kontinuierlich. Die voraussichtlichen Forderungen je Verbraucherinsolvenz lagen im dritten Quartal 2013 mit 53 700 Euro knapp unter dem Niveau der ersten Jahreshälfte (54 100 Euro).

Bei den Insolvenzen der ehemals selbstständig Tätigen wird unterschieden zwischen Personen, die aufgrund nicht überschaubarer Vermögensverhältnisse (mehr als 19 Gläubiger oder Verbindlichkeiten aus Arbeitsverhältnissen) wie Unternehmen das Regelinsolvenzverfahren durchlaufen und Personen mit überschaubaren Vermögensverhältnissen, auf die das vereinfachte Verfahren wie für Verbraucher angewendet wird. Die Zahl der Regelinsolvenzverfahren ehemals selbstständig Tätiger lag im dritten Quartal 2013 mit 397 Fällen 9 % über dem Wert des vorherigen Quartals und 18 % über dem des entsprechenden Vorjahresquartals.

Die voraussichtlichen Forderungen je Regelinsolvenz ehemals Selbstständiger lagen im dritten Quartal 2013 mit 178 000 Euro über dem Niveau der ersten Jahreshälfte (162 000 Euro). Die Anträge auf ein vereinfachtes Verfahren ehemals Selbstständiger stiegen im dritten Quartal mit 187 Fällen deutlich über das Niveau des Vorquartals (+ 38 %) und übertrafen das Ergebnis des dritten Quartals 2012 um fast 15 %. Die voraussichtlichen Forderungen je Verfahren lagen mit 134 000 Euro erheblich über dem Durchschnitt der ersten Jahreshälfte 2013 (74 000 Euro). Hier können sich immer mal wieder auftretende einzelne größere Verfahren stark im Durchschnitt niederschlagen.

Inflationsrate nochmals leicht gesunken

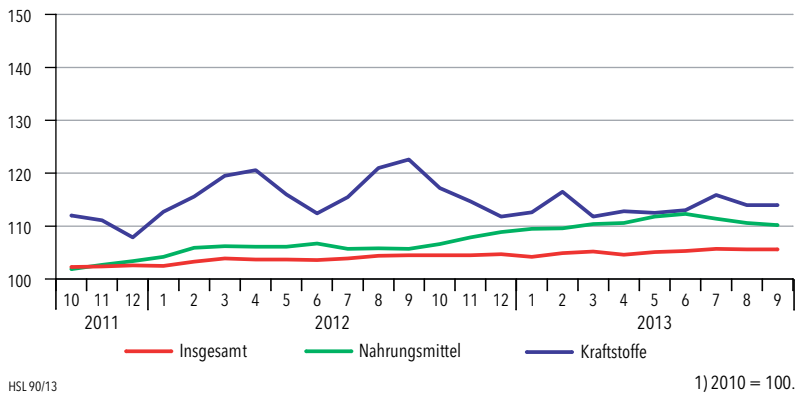
Der Verbraucherpreisindex lag im dritten Quartal 2013 um 1,2 % über dem Niveau des gleichen Vorjahreszeitraums und 0,6 % höher als im zweiten Quartal 2013. Der leichte Rückgang der durchschnittlichen Inflationsrate gegenüber dem zweiten Quartal (+ 1,3 %) ist u. a. auf den zum Stillstand gekommenen Preisanstieg für Mineralölprodukte und auf eine abgeschwächte Teuerung bei Bekleidung und Schuhen zurückzuführen.

Verbraucherpreisindex in Hessen					
Art der Angabe	2012		2013		
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
2010 = 100					
Verbraucherpreisindex	104,3	104,6	104,8	105,0	105,6
und zwar	105,7	107,8	109,8	111,6	110,7
Nahrungsmittel					
Kleidung und Schuhe	100,2	105,4	101,7	105,1	101,4
Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten)	103,0	103,3	103,6	104,0	104,5
Haushaltsenergie	116,2	116,8	120,4	119,2	120,3
Verkehr	108,0	106,7	106,8	106,8	107,5
Kraftstoffe	119,7	114,6	113,6	112,8	114,6
Nachrichtenübermittlung	94,6	94,0	93,8	93,8	93,3
Unterhaltungselektronik	86,3	85,2	82,7	81,1	80,0
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Verbraucherpreisindex	2,2	2,1	1,6	1,3	1,2
und zwar	3,6	5,0	4,2	5,0	4,7
Nahrungsmittel					
Kleidung und Schuhe	1,8	2,1	2,0	1,6	1,2
Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten)	1,7	1,7	1,5	1,4	1,5
Haushaltsenergie	6,0	4,2	5,1	4,0	3,5
Verkehr	3,1	2,1	0,2	-0,1	-0,5
Kraftstoffe	7,2	3,9	-2,0	-3,0	-4,3
Nachrichtenübermittlung	-1,5	-1,5	-1,7	-1,4	-1,4
Unterhaltungselektronik	-4,1	-3,3	-4,4	-6,5	-7,3

ren. Weiterhin dämpfend auf die Inflationsrate wirkten sinkende Preise für Nachrichtenübermittlung und für Produkte der Unterhaltungselektronik. Die Inflationsrate innerhalb des dritten Quartals sank von 1,7 % im Juli auf jeweils 1,1 % im August und im September. Ein stärkerer Rückgang der Inflationsrate wurde durch deutlich über dem Niveau des Vorjahres liegende Preise für Nahrungsmittel verhindert.

Der Preisindex für Haushaltsenergie (Strom, Heizöl, Gas, feste Brennstoffe, Zentralheizung und Fernwärme) lag im dritten Quartal 2013 um 3,5 % über dem Wert des vergleichbaren Vorjahresquartals. Die Preisentwicklung der einzelnen Energieträger verlief sehr unterschiedlich. Während der Strompreis u. a. aufgrund einer Anhebung der EEG-Umlage um 11,4 % stieg, führte die Entspannung auf dem Weltmarkt für Rohöl zu sinkenden Preisen für Heizöl (- 6,3 %), was allerdings vom Gaspreis (+ 0,5 %) noch nicht nachvollzogen wurde. Autofahrer zahlten durchschnittlich 4,3 % niedrige Preise für Kraftstoffe als vor einem Jahr.

Verbraucherpreisindex¹⁾



Die vor allem saisonal bedingten Preissenkungen bei Nahrungsmitteln fielen im dritten Quartal 2013 mit - 0,8 % gegenüber dem Vorquartal etwas stärker aus als vor einem Jahr (- 0,6 %), sodass die Jahresteuerrate von 5,0 % im zweiten Quartal 2013 auf 4,7 % im dritten Quartal 2013 zurückging. Deutliche Unterschiede zeigt die Preisentwicklung der einzelnen Produkte. Überdurchschnittlich verteuerten sich binnen Jahresfrist Speisefette und -öle (+ 13,8 %), Gemüse (+ 8,0 %), Obst (+ 7,1 %), Molkereiprodukte und Eier (+ 5,8 %) sowie Fisch (+ 7,2 %). Für Fleisch und Fleischwaren zahlten die Verbraucher 3,8 %, für Brot- und Getreideerzeugnisse 1,9 % höhere Preise als vor einem Jahr.

Die Preise von Kleidung und Schuhen lagen im dritten Quartal 2013 nur noch um 1,2 % über dem Niveau des Vorjahres, nach Teuerungsraten von 2,0 bzw. 1,6 % im ersten und zweiten Quartal 2013. Für Leistungen der Nachrichtenübermittlung (- 1,4 % gegenüber dem dritten Quartal 2012) und für Unterhaltungselektronik (- 7,3 %) setzte sich der Trend sinkender Preise weiter fort. Deutliche Preissenkungen wurden für Fernsehgeräte (- 17,3 %), PCs (- 11,4 %), Digitalkameras (- 9,5 %) sowie DVD-Recorder (- 7,5 %) beobachtet. Allerdings gab es auch in diesem Bereich Produkte, die teurer wurden, z. B. MP3-Player (+ 3,3 %) und Tintenstrahldrucker (+ 3,2 %). Ebenfalls uneinheitlich verlief die Entwicklung bei den anderen Gebrauchsgütern im Haushalt. Glaswaren und Geschirr verteuerten sich im dritten Quartal 2013 um 1,9 % gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres. Die Preise für Haushaltsgeräte (- 2,5 %), Heimtextilien (- 0,8 %) sowie Möbel und Einrichtungsgegenstände (- 0,5 %) sanken binnen Jahresfrist.

Dienstleistungen für private Haushalte wurden durchschnittlich 1,4 % teurer. Darunter stiegen insbesondere die Preise für Mietwagen (+ 4,5 %), Verbundfahrkarten (+ 4,2 %) sowie Sport- und Erholungsdienstleistungen (+ 4,0 %). Die Jahresteuerrate für Wohnungsmieten stieg von 1,4 % im zweiten Quartal auf 1,5 % im dritten Quartal 2013.

Fokus Natur: die Erfassung der nicht-öffentlichen Wasserwirtschaft

*Intakte Wasserkreisläufe sind Grundvoraussetzung für unseren Lebensstandard. Die amtliche Statistik zeichnet auf, welche Mengen der Mensch aus der Natur entnimmt und wieviel er der Natur in veränderter Qualität zurückgibt. Neben der öffentlichen Wasserwirtschaft wird auch die nichtöffentliche Wassergewinnung und Abwasserentsorgung erfasst. Schwerpunkte der nichtöffentlichen Wasserwirtschaft sind, zusammen mit den Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung, die Wirtschaftsbereiche „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ sowie „Verarbeitendes Gewerbe“. Zuletzt wurde das Erhebungssystem mit der Neufassung des UStatG 2005¹⁾ grundlegend neu geregelt. Damit trug der Gesetzgeber auch den Veränderungen bei den zu befragenden Einheiten Rechnung, die dazu tendieren, ihre Tätigkeiten stärker nach funktionalen Gesichtspunkten zu organisieren. So sind Ver- und Entsorgungsaufgaben vielfach in spezialisierte Dienstleistungsunternehmen ausgegliedert worden. Um weiterhin die wasserwirtschaftlichen Belange im Verarbeitenden Gewerbe erfassen zu können, wurde eine Öffnung der Vorgaben notwendig. **Von Jacek Walsdorfer***

40 Jahre im Dienst des Umweltschutzes

Die Tradition der Statistiken zur Wassergewinnung und -nutzung sowie zum Abwasseraufkommen zählt zu den ältesten in der Bundesrepublik Deutschland und reicht bis in die Zeit vor ihrer Gründung zurück²⁾. Vordringliches Ziel war zunächst, die Wasserversorgung sicherzustellen. Außerdem wurden Erkenntnisse über die Menge und eine allfällige Behandlung des Abwassers gewonnen. Das erste Umweltstatistikgesetz aus dem Jahr 1974³⁾ fügte die Erfassung der wasserwirtschaftlichen Belange bei der industriellen Warenherstellung und bei der Stromerzeugung für die öffentliche Versorgung mit der „Statistik der öffentlichen Wasserversorgung und öffentlichen Abwasserbeseitigung“ erstmals in ein gemeinsames Regelwerk zusammen. Dieser Schritt wurde mit der Sorge um „die ökologische Situation in der Wassergütwirtschaft“⁴⁾ begründet. Deren Verbesserung erfordere „auch aus dem Bereich der Wirtschaft Daten über die Reinigung des Abwassers sowie über den Klärschlamm“⁵⁾. 20 Jahre später sollten die überarbeiteten Regelungen im Umweltstatistikgesetz von 1994⁶⁾ zudem hinsichtlich der Wassergewinnung im landwirtschaftlichen Bereich „einen umfassenden Überblick über die Mengenentwicklung“ sichern⁷⁾. Eine lückenlose Bilanzierung des Was-

serkreislaufs nach Umweltgesichtspunkten von der Niederschlagsmenge über die Verwendung bis zur Rückgabe in die Natur kann dieses Instrumentarium zwar nicht leisten. Dennoch sind auf Basis der Statistiken zur öffentlichen und nichtöffentlichen Wasserwirtschaft übergreifende Planungen und Analysen möglich⁸⁾.

Die Versorgung der hessischen Bevölkerung mit Trinkwasser und die Entsorgung der Abwässer fällt in die Daseinsfürsorgepflicht der Gemeinden⁹⁾. Die Leistungen der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung organisieren die Kommunen in eigener Verantwortung

1) Umweltstatistikgesetz vom 16. August 2005 (BGBl. 2005 I S. 2446), das zuletzt durch Artikel 5 Absatz 1 des Gesetzes vom 24. Februar 2012 (BGBl. 2012 I S. 212) geändert worden ist.

2) Siehe Gemeinsame Anordnung der Verwaltungen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zur Durchführung von Statistiken vom 1. Juni 1949 (Öffentlicher Anzeiger Nr. 50 S. 1).

3) Gesetz über Umweltstatistiken vom 15. August 1974 (BGBl. 1974 I S. 1938).

4) Deutscher Bundestag: Drucksache 7/988 S. 10.

5) Ebenda. Die im Gesetz über Umweltstatistiken von 1974 angeordnete Erhebung der Abwasserentsorgung bei der Viehhaltung wurde 1982 als nicht aussagekräftig gestrichen (Deutscher Bundestag: Drucksache 9/2039 S. 11).

6) Gesetz über Umweltstatistiken vom 21. September 1994 (BGBl. 1994 I S. 2530).

7) Deutscher Bundestag: Drucksache 12/6754 S. 2.

8) Breitenfeld, Jörg: Das neue Umweltstatistikgesetz; in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz 12/2005, S. 760–764.

9) Siehe § 50 Absatz 1 und § 56 Wasserhaushaltsgesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. 2009 I S. 2585), das durch Artikel 4 Absatz 76 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. 2013 I S. 3154) geändert worden ist, sowie § 39 und § 43 des Hessischen Wassergesetzes vom 14. Dezember 2010 (GVBl. I 2010 S. 548), das zuletzt durch Artikel 62 des Gesetzes vom 13. Dezember 2012 (GVBl. 2012 S. 622) geändert worden ist.

oder beauftragen privatwirtschaftliche Unternehmen. Daneben wird Frischwasser für vielfältige gewerbsmäßige Zwecke benötigt. Diesen Bedarf decken zahlreiche nichtöffentliche Betriebe – neben oder anstelle der Verwendung von Trinkwasser aus dem öffentlichen Netz – aus eigener Wassergewinnung und dem Bezug von anderen Betrieben. Für Darstellungen zum Wasserkreislauf sind die Ergebnisse der Statistik der nichtöffentlichen Wassergewinnung und Abwassereinleitung daher unerlässlich. Außerdem ermöglicht die Befragung zur nichtöffentlichen Wassernutzung den Nachweis der Verwendung im Verarbeitenden Gewerbe, bei der Energieerzeugung und zu Bewässerungszwecken.

Ein Muster für eine effiziente und anpassungsfähige Statistik

Die Erhebung der nichtöffentlichen Wasserversorgung und der nichtöffentlichen Abwasserbeseitigung hat zum Zweck, „die Nutzung natürlicher Wasserquellen und die Zurückleitung von Abwasser in die Natur durch die verschiedenen wirtschaftlichen Nutzungsbereiche (Industrie, Wärmekraftwerke und Landwirtschaft)“ zu erfassen¹⁰⁾. Die Erhebung wird in dreijährlichem Turnus als Vollerhebung durchgeführt bei allen nichtöffentlichen Betrieben, die eine eigene Wassergewinnung aus über- oder unterirdischen Gewässern betreiben oder ihr Abwasser direkt in Gewässer oder den Untergrund einleiten. Darüber hinaus besteht die Berichtspflicht, wenn jährlich mindestens 10 000 m³ Wasser aus dem öffentlichen Netz oder von anderen Betrieben bezogen werden. Diese mengenbezogene Abschneidegrenze ist das Ergebnis einer Abwägung zwischen dem Erkenntnisgewinn aus einer möglichst breiten Grundgesamtheit an Erhebungseinheiten zum einen und zum anderen dem entstehenden Aufwand seitens der Erhebungseinheiten und der statistischen Ämter. Seit 1974 ist die Abschneidegrenze gesetzlich verankert. Zum Zweck der Entlastung kleinerer Betriebe und im Einvernehmen mit dem Gesetzgeber werden weitere Bagatellgrenzen – den jeweiligen Erfordernissen der verschiedenen Wirtschaftszweige angemessen – gesetzt¹¹⁾. So vereinbarten die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder Bagatellgrenzen hinsichtlich

der betriebseigenen Wassergewinnung, was insbesondere zu einer Entlastung der Betriebe der Landwirtschaft führte. Die flexible Ausgestaltungsmöglichkeit hat sich bewährt. Sie stellt sicher, dass einerseits die Kosten der Statistik im Rahmen gehalten werden können; andererseits ermöglicht sie vergleichbare Ergebnisse über lange Zeiträume hinweg unter Berücksichtigung von Veränderungen der äußeren Gegebenheiten.

In ihrem Kern erfasst die Erhebung der nichtöffentlichen Wasserversorgung und der nichtöffentlichen Abwasserentorgung die wasserwirtschaftlichen Belange der Industrie. Der Wasserbedarf im Dienstleistungsbereich wird in der Regel über den Bezug aus dem öffentlichen Trinkwassernetz gedeckt, weshalb die betreffenden Gewinnungs- und Abwassermengen bereits in der Statistik zur öffentlichen Wasserwirtschaft dokumentiert werden. Die Erhebung der nichtöffentlichen Wasserwirtschaft fokussiert der Bundesgesetzgeber zum einen auf die Wärmekraftwerke für die öffentliche Versorgung (mit Strom und ggf. Fernwärme) und zum anderen auf die Bereiche „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ sowie „Verarbeitendes Gewerbe“. Die Erhebung der Wassernutzung für Bewässerungszwecke, z. B. in der Landwirtschaft, ergänzt entsprechende Erkenntnisse aus der Landwirtschaftsstatistik.

Im Laufe der Jahre zeigte sich, dass nur ein Teil der Industriebetriebe tatsächlich relevante Wasser- und Abwassermengen berichtet: Während 1974 noch bundesweit 150 000 Betriebe befragt werden durften, wurde die gesetzliche Obergrenze stufenweise bis 1994 auf 25 000 Betriebe abgeschmolzen. Die Belastung der Betriebe wie auch in den statistischen Ämtern wurde damit deutlich reduziert. Gleichzeitig drückt sich darin ein Wandel der Produktionsverfahren in einem Großteil der zu befragenden Betriebe wie auch eine Hinwendung zu in größerem Maß grenzüberschreitend organisierten Wertschöpfungsketten aus. Das Umweltstatistikgesetz verzichtet in seiner gegenwärtig geltenden Fassung ganz auf eine Obergrenze für die Zahl der Befragungseinheiten. Zum Berichtsjahr 2010 wurden bundesweit gut 10 000 Betriebe befragt. In seiner Formulierung trägt das Umweltstatistik-

10) Deutscher Bundestag: Drucksache 15/5538 S. 23.

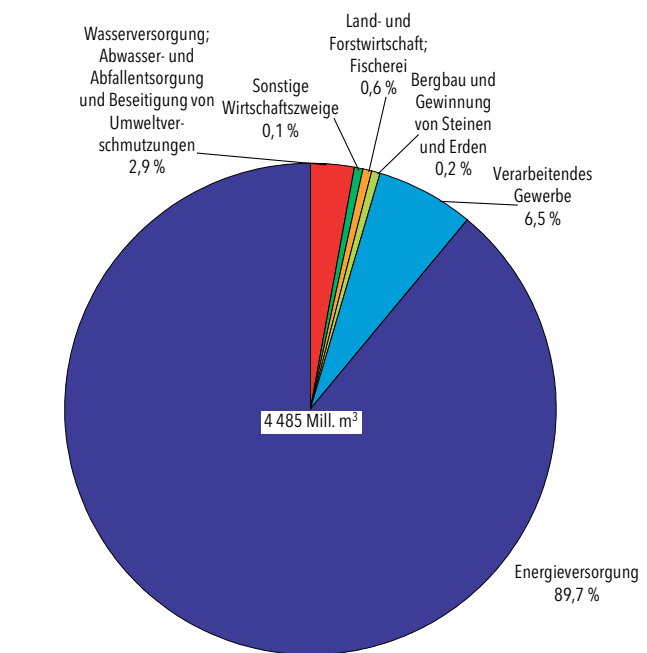
11) Ebenda.

gesetz gleichzeitig der Tatsache Rechnung, dass oft spezialisierte Ver- und Entsorgungsunternehmen mit der Bereitstellung von Frischwasser für gewerbliche Zwecke und der Aufbereitung des Abwassers beauftragt sind¹²⁾. In der Systematik der Wirtschaftszweige¹³⁾ werden solche spezialisierten Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Betreiber von Bewässerungsanlagen), dem Produzierenden Gewerbe (insbesondere Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung) oder dem Dienstleistungsbereich (beispielsweise Betreiber von Gewerbeparks) zugeordnet. Folgerichtig entfiel mit der Neufassung des Umweltstatistikgesetzes im Jahr 2005 gegenüber der zuvor geltenden Fassung die Beschränkung der zu befragenden Wirtschaftszweige auf Industrie, Energieerzeugung und Landwirtschaft, obwohl der Gegenstand der Nachweisung derselbe blieb.

Das eingesetzte Wasser dient fast ausschließlich der Kühlung

Für die Statistik der nichtöffentlichen Wasserwirtschaft 2010 wurden in Hessen 487 Betriebe berücksichtigt. Ihr Wasseraufkommen belief sich auf 4485 Mill. m³ Frischwasser. Drei Viertel der Betriebe gehörten zum industriellen Bereich (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden sowie Verarbeitendes Gewerbe), ein Sechstel

Wasseraufkommen¹⁾ in der nichtöffentlichen Wasserwirtschaft in Hessen 2010 nach Wirtschaftszweigen



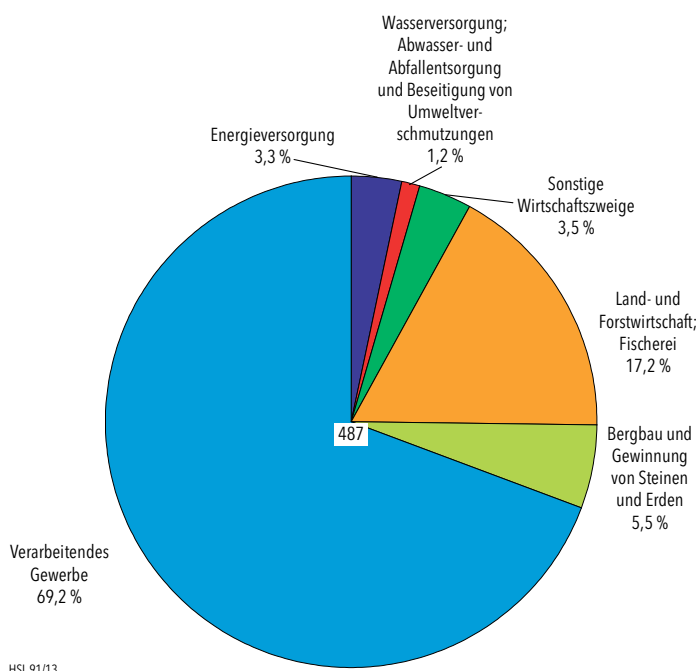
HSL 92/13

1) Enthält Mehrfachzählungen, da der Fremdbezug von anderen Betrieben bereits bei diesen als Wassergewinnung erfasst wird.

zum primären Sektor (Land- und Forstwirtschaft; Fischerei), und 3,3 % wurden der Energieversorgung zugerechnet. Auf die Letztgenannten gingen jedoch 90 % des Wasseraufkommens zurück; auf die Industrie entfielen 6,7 % und auf die Landwirtschaft nur 0,6 %. Ursache für diese Strukturen ist der große Bedarf an Kühlwasser, insbesondere in Kraftwerken. Für diesen Zweck werden 97 % des Frischwassers eingesetzt. Das Kühlwasser wird in der Regel nahe gelegenen Oberflächengewässern entnommen und nach einmaliger Nutzung wieder zugeleitet. Das in der Industrie eingesetzte Frischwasser kann dagegen meist mehrfach, mitunter sogar nacheinander in mehreren Betrieben, genutzt werden, bevor das Abwasser entsorgt wird.

Aufgrund der dominanten Verwendung von Frischwasser als Kühlwasser werden 95 % des gesamten aus den nichtöffentlichen Betrieben stammenden Abwassers direkt in ein Oberflächengewässer und/oder in den Untergrund eingeleitet.

Befragte Betriebe der nichtöffentlichen Wasserwirtschaft in Hessen 2010 nach Wirtschaftszweigen

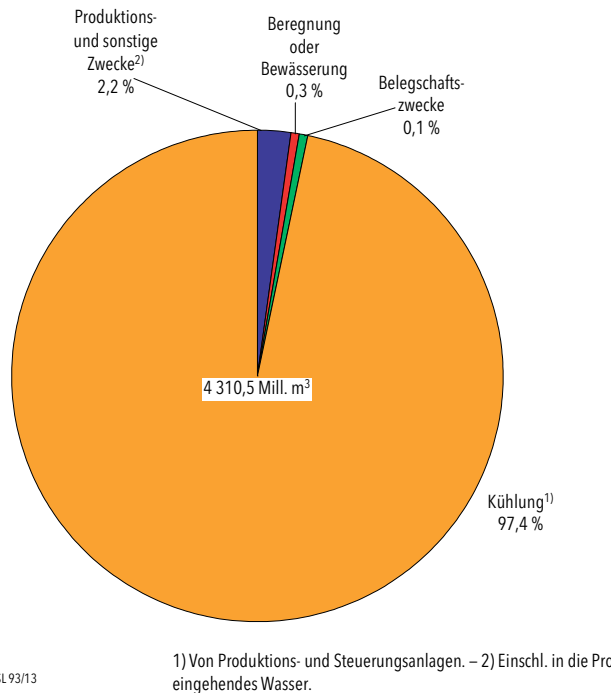


HSL 91/13

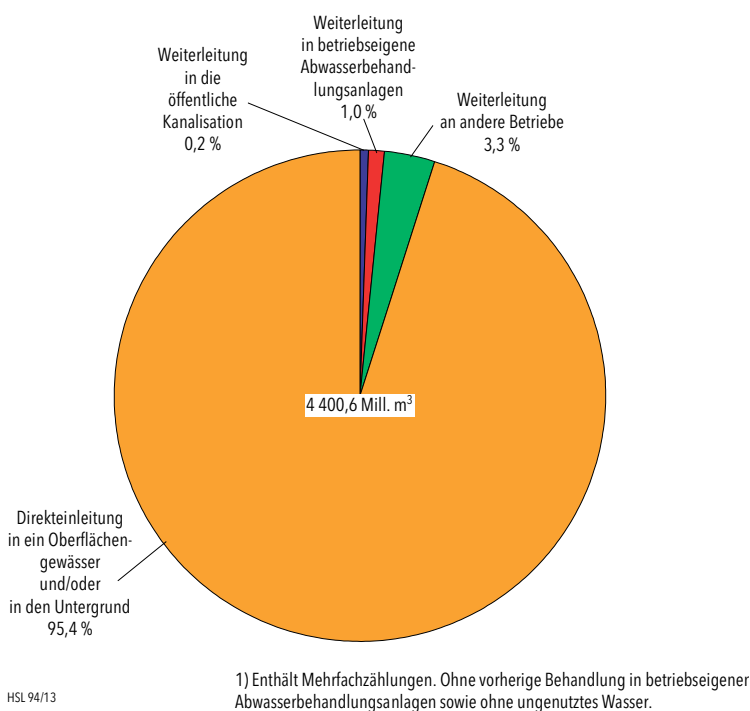
12) Becker, Bernd, Thomas Grundmann, Birgit Hein, Hermann Knichel: Die Erhebungen nach dem neuen Umweltstatistikgesetz von 2005; in: Wirtschaft und Statistik 5/2006, S. 552–560.

13) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Wassereinsatz der nichtöffentlichen Wasserversorgung in Hessen 2010 nach Anwendungszwecken



Abwassererbleib¹⁾ der nichtöffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Hessen 2010



Die übrigen 4,6 % werden an andere Betriebe weitergeleitet oder einer Behandlungsanlage zugeführt. Dabei geben Betriebe mit geringem Wasseraufkommen ihr Abwasser vorzugsweise in die öffentliche Kanalisation ab. Betriebe mit mittlerem und hohem Wasseraufkommen befas-

sen sich überwiegend selbst mit ihrem behandlungsbedürftigen Abwasser oder leiten es an einen Entsorgungs- oder sonstigen Betrieb weiter.

Die Zuordnung der Wassernutzung zu einzelnen Wirtschaftszweigen gibt einen Überblick über die Verwendung. Die Dokumentation des Wasserbedarfs einzelner Tätigkeitsbereiche ist mit Einschränkungen versehen, die aus der Organisationsstruktur der Berichtseinheiten rühren. In früheren Jahrzehnten strebten Unternehmen und Betriebe das Ausnutzen von sogenannten Größenvorteilen an, weshalb eine größere Bandbreite an Tätigkeiten in einer Betrachtungseinheit zusammengefasst wurden. In jüngerer Zeit haben sich die Unternehmen dagegen stärker disaggregiert. Hierdurch sank einerseits der Wasserbedarf einzelner Betriebe unter die Bagatellgrenzen. Sie werden allein wegen ihrer betriebseigenen Wasserentnahme aus der Umwelt bzw. ihrer direkten Abwassereinleitung von der Erhebung erfasst. Andererseits wurden, wie bereits beschrieben, die Ver- und Entsorgungstätigkeiten in selbstständige Einheiten ausgelagert, die selten Kenntnis über die endgültige Verwendung besitzen. Die Zurechnung wird weiter erschwert durch moderne Produktionsverfahren mit Mehrfachnutzung des Wassers und Kreislaufrsysteme, in deren Ver- und Entsorgung mitunter mehrere Betriebe einbezogen sind.

Weitergehende Informationen sind in dem Statistischen Bericht „Nichtöffentliche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Hessen“¹⁴⁾ veröffentlicht.

Den Eingriff in die Natur im Blick

Vor 40 Jahren wandte sich der Blick der Wasserstatistik von einer ausschließlichen Betrachtung der Versorgungsaspekte hin zu einer Dokumentation unter maßgeblicher Berücksichtigung von Umweltgesichtspunkten. Die Erhebung der nichtöffentlichen Wasserversorgung und nichtöffentlichen Abwasserentsorgung leistet ihren Beitrag zur Darstellung der wasserwirtschaftlichen Belange in der Privatwirtschaft. Ihrem gesetzlichen Auftrag entsprechend stehen die umweltpolitisch wichtigen Aspekte Wassergewinnung und Abwassereinleitung im Mittelpunkt der Erhebung¹⁵⁾. Der in Hessen fest verankerte Indus-

14) <http://www.statistik-hessen.de> → Umwelt, Verkehr → Veröffentlichungen → Nichtöffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung.
15) Deutscher Bundestag: Drucksache 15/5538 S. 23.

triesektor, einschl. der Energieerzeugung für die öffentliche Versorgung, wird weiterhin den Kernbereich der Erhebung bilden.

Umstrukturierungen bei den bisher befragten nichtöffentlichen Betrieben führten bereits in der Vergangenheit zu einer stärkeren Berücksichtigung des Dienstleistungsbereichs, soweit Betriebe dieses Sektors spezielle Ver- und Entsorgungseinrichtungen betrieben. Eine umfassende Erhebung bei Dienstleistungsbetrieben würde hingegen keinen nennenswerten Erkenntnisgewinn bringen. Neben fehlender betriebseigener Wassergewinnung und Abwassereinleitung bleiben in diesem Sektor die Anwendungsmöglichkeiten weitestgehend auf sanitäre Zwecke beschränkt.

Der Beitrag der Landwirtschaft ist in Hessen schließlich vergleichsweise gering. Die Mitwirkung der Beregnungsverbände, in denen zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe ihre Wasserentnahme aus der Natur gemeinschaftlich organisieren, ersparte ihren Mitgliedern bei den zurückliegenden Erhebungswellen erheblichen Aufwand. Auch in diesem Sektor ist folglich ein hohes Maß an Effizienz bei der Erhebungsdurchführung erreicht.

Auch in Zukunft wird sich die Erfassungsmethode der Erhebung der nichtöffentlichen Wasserversorgung und nichtöffentlichen Abwasserentsorgung an sich ändernde Strukturen und Verfahren in der Wirtschaft anpassen müssen. Die über Jahrzehnte gesammelten Erfahrungen bilden gleichwohl eine der wichtigsten Stützen bei der Konzeption und Durchführung. Die Bestimmung der in den Berichtskreis einzubeziehenden nichtöffentlichen Betriebe wird weiterhin eine gewissenhafte Abwägung zwischen den zu berücksichtigenden Parametern erfordern. Das Einbeziehen eines weiter gezogenen Kreises an wirtschaftlichen Tätigkeiten und das Senken von Bagatellgrenzen muss den (erwarteten) Erkenntnisgewinn gegenüber der zusätzlichen Belastung bei der anspruchsvollen Bearbeitung dieser Erhebung rechtfertigen. Anpassungen sind auf den Zweck dieser Erhebung zu beschränken, nämlich die Erfassung des Nachweisgegenstands zu gewährleisten: den Eingriff des Menschen in die Natur.

Jacek Walsdorfer; Tel.: 0611 3802-401;
E-Mail: j.walsdorfer@statistik-hessen.de

Ausgewählte Strukturdaten aus Bevölkerung und Wirtschaft

STATISTIK HESSEN

■ Die jährlich herausgegebene „Hessische Gemeindestatistik“ enthält nach Vorbemerkungen und begrifflichen Erläuterungen insgesamt 285 Merkmale für jede hessische Gemeinde, und zwar aus den Bereichen:

Gebiet und Bevölkerung

Fläche – Wohnbevölkerung insgesamt sowie deutsche und nichtdeutsche Bevölkerung – Natürliche Bevölkerungsbewegung und Wanderungsbewegung

Beschäftigung

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt, beschäftigte ausländische Arbeitnehmer und Beschäftigte in beruflicher Ausbildung

Landwirtschaft

Landwirtschaftliche Betriebe nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche – Bodennutzung in den landwirtschaftlichen Betrieben – Rindvieh- und Schweinehaltung – Flächennutzung

Verarbeitendes Gewerbe

Betriebe und Beschäftigte nach Hauptgruppen

Bauwirtschaft

Bauhauptgewerbe – Baugenehmigungen und Baufertigstellungen, Bestand an Wohnungen und Wohngebäuden

Verkehr

Tourismus und Straßenverkehrsunfälle

Finanzen und Steuern

U. a. Einnahmen, Ausgaben, Schuldenstand und -tilgung, Steuereinnahmen, Realsteueraufbringungskraft und Realsteuerhebesätze – Finanzausgleich – Personalstand – Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik sowie der Umsatzsteuerstatistik

Sämtliche Daten sind auch für das Land Hessen, für die Landkreise und die Regierungsbezirke sowie für den Regionalverband FrankfurtRheinMain nachgewiesen. Ein alphabetisches Verzeichnis der Gemeinden erleichtert die Benutzung.



W-146



Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.
Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden
Telefon: 0611 3802-950 · Fax: 0611 3802-992
E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de
Internet: www.statistik-hessen.de



Printversion:
DIN A 4, kartoniert,
ca. 240 Seiten



Online:
PDF-Format
mit Excel-Anhang,
kostenloser Download

Bildnachweis:

Zahnrad - Puzzle blau © arahan - Fotolia.com, printer icon,
pdf icon © Alex White - Fotolia.com

Regionalstatistisches Datenangebot zur Fortschrittsmessung¹⁾

Zum OECD-Ansatz „How's life – Measuring Well-Being“

Die Messung des Fortschritts ist ein wichtiger und bereichsübergreifender Themenschwerpunkt der OECD. Sie hat in den vergangenen Jahren sämtliche Grundlagen – organisatorisch, technisch, methodisch und inhaltlich – dafür geschaffen und wichtige Teilschritte auf sogenannten Weltforen mit Politik, Wissenschaft und amtlicher Statistik diskutiert. Nunmehr hat sie im Rahmen des Berichtes „How's life“ ein indikatoren-gestütztes Konzept zur Fortschrittsmessung vorgelegt mit Angaben auf der Ebene der Mitgliedstaaten. Die amtliche Statistik soll aufgrund ihres gesellschaftlichen Auftrages als Informationsanbieter und ihrer allgemein anerkannten Reputation Hauptdatenlieferant sein. Bürgerinnen und Bürger, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft sollen befähigt werden, die zunehmende Komplexität gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und ökologischer Prozesse und deren Auswirkungen auf die individuellen Lebensumstände wie auch die gesamtgesellschaftlichen Wirkungen anhand von statistischen Daten besser zu verstehen und nachzuvollziehen. Von Dr. Susanne Schnorr-Bäcker²⁾ und Hartmut Bömermann³⁾

1. Vorbemerkungen

Im Folgenden soll auf der Grundlage des in „How's life“ vorgestellten Indikatorensets zur Fortschrittsmessung für die materiellen Lebensbedingungen und deren Determinanten dargestellt werden, inwieweit eine teilräumliche Betrachtung auf der Ebene der Kreise für Deutschland aus dem Programm der amtlichen Statistik möglich ist. Ausgehend von den Indikatoren der OECD wird die Situation für Deutschland – vor allem für ausgewählte Städte, große und kleine – näher beschrieben. Da es bereits seit langer Zeit allgemein akzeptierte, von einem statistischen Monitoring begleitete bereichsübergreifende politische Handlungsprogramme für Deutschland und Europa gibt – besonders zu nennen sind hier die

Nachhaltigkeits-
strategie für

Deutschland sowie die Europäische Strategie „Europa 2020“ – soll der Ansatz der OECD, soweit notwendig, um Indikatoren für ausgewählte Städte ergänzt werden. Dabei werden anhand der jeweils vorliegenden Daten verschiedene Auswertungsmöglichkeiten – tabellarisch, geografisch und kartografisch – verwendet mit folgenden zwei Zielsetzungen: Einmal sollen die Möglichkeiten und Grenzen des Aussagegehaltes der von der OECD genannten Fortschrittsindikatoren sowie von Näherungslösungen teilräumlich vorgestellt werden. Zum anderen soll möglichen Nutzern auf der Grundlage des frei zugänglichen und kostenlos nutzbaren Datenangebots aus der Bundesstatistik ihr Analysepotenzial vorgestellt und Anregungen für weiterführende Analysen gegeben werden.

Die OECD beschäftigt sich seit Längerem mit der Entwicklung von Indikatoren zur Beschreibung und Erfassung von Fortschritt und Well-Being makro- und mikroökonomisch, aufbauend auf bereits bestehenden Ansätzen⁴⁾. Das Vorhaben resultiert aus der Einsicht, dass traditionelle und allgemein akzeptierte Größen, besonders das Bruttoinlandsprodukt (BIP, engl. GDP) dazu keine umfassenden Angaben liefern.

1) Der hier vorliegende Aufsatz ist erschienen in der Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg, Heft 2/2013 und wird mit freundlicher Genehmigung der Redaktion im Wortlaut abgedruckt.

2) Dr. Susanne Schnorr-Bäcker ist Mitarbeiterin im Statistischen Bundesamt und zuständig für die Koordinierung Regionalstatistik, Indikatoren.

3) Hartmut Bömermann ist stellvertr. Abteilungsleiter der Abteilung „Bevölkerung und Regionalstatistik“ im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

4) Eine Bestandsaufnahme erfolgte bereits für das 3. Weltforum der OECD in Busan [1].



Deshalb hat die OECD einen ganzheitlichen Ansatz vorgestellt, der zugleich einen Rahmen für bereits bestehende Indikatorensysteme auf nationaler, supra- und internationaler Ebene bieten soll.

Erste Vorschläge dazu enthält die Publikation der OECD „How's life – Measuring Well-Being“ [2]. Ziel ist es, nicht nur die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Nation oder Region näher zu beschreiben, sondern auch die Lebensumstände der dort lebenden und arbeitenden Bevölkerung sowie die jeweilige Umweltsituation einzu- beziehen. Der Ansatz basiert auf einem Gutachten der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission [3], die im Auftrag des ehemaligen französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy 2008 eingesetzt wurde und ihren Bericht zur Fortschrittsmessung 2009 unter anderem auf dem Dritten Weltforum der OECD in Busan/Korea vorgestellt hat. Mit ihrem Ansatz „How's life“ ist die OECD den Empfehlungen dieser Kommission gefolgt. Basierend auf wissenschaftlichen Ansätzen und einer Reihe von weltweit entwickelten konkreten Initiativen hat die Kommission folgende Kerndimensionen für die Definition von Well-Being [4] identifiziert:

- materieller Lebensstandard (Einkommen, Verbrauch und Vermögen),
- Gesundheit,
- Bildung,
- persönliche Aktivitäten, Erwerbstätigkeit,
- politische Partizipation und Rechte,
- soziale Beziehungen,
- Umweltbedingungen,
- existenzielle und wirtschaftliche Unsicherheiten.

Dieser Ansatz war unter dem Titel „Measuring Well-Being for Development and Policy Making“ Gegenstand des 4. OECD „World Forum on Statistics, Knowledge and Policy“ vom 16. bis 19. Oktober 2012 in Neu Delhi/Indien. Rund 1000 Vertreter aus 80 Ländern aus Politik, Wissenschaft und Statistik haben verschiedene Aspekte auf der Grundlage von „Best Practices“, aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen und praktischen Erfahrungen in Industrienationen und Entwick-

lungsländern vertiefend diskutiert. Dazu gehörte nicht nur die Würdigung des OECD-Ansatzes bezüglich seiner Umsetzung für verschiedene politische Systeme und Regionen der Welt, sondern auch seine Eignung als Rahmen für bereits bestehende Indikatorensysteme zur umfassenden Fortschrittsmessung im weiteren Sinn und mehr noch deren Weiterentwicklung, besonders auf supra- und internationaler Ebene. Besonders zu nennen sind – neben einer Reihe von Ansätzen zur Nachhaltigkeit mit eher ökologischer Ausrichtung⁵⁾ – die Arbeiten der Europäischen Union auf der Grundlage von „GDP and Beyond“ – einer Mitteilung der Europäischen Kommission⁶⁾ – sowie die europäische Wachstums- und Beschäftigungsstrategie „Europa 2020“⁷⁾ einschl. ihrer Erweiterung um die Umweltdimension im Rahmen der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie (Sustainable Development Indicators (SDI)).⁸⁾ Auf internationaler Ebene zählen dazu die „Millennium Development Goals“ (MDG) der Vereinten Nationen (UN), die derzeit evaluiert und modifiziert werden [5]. Diese Arbeiten konzentrieren sich auf eine Neuausrichtung der Ziele und die Ergänzung vor allem um ökologische Aspekte im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung. Der neue integrierte Ansatz soll noch im Jahr 2013 von der UN-Vollversammlung angenommen und 2016 umgesetzt werden.



Auch wenn die verschiedenen Ansätze auf supra- und internationaler Ebene unterschiedliche Ziele und Schwerpunkte haben, gibt es doch unter statistischen Gesichtspunkten zahlreiche Gemeinsamkeiten. So weist der Ansatz der OECD

5) Einen Überblick und weiterführende Informationen gibt: ec.europa.eu/environment/eussd/ Diese sollen im Folgenden nicht weiter betrachtet werden.

6) Siehe dazu auch den Internetauftritt der Europäischen Kommission www.beyond-gdp.eu/

7) Europa 2020 ist die aktuelle europäische Wachstums- und Beschäftigungsstrategie als Fortführung der von 2000 bis 2010 geltenden Lissabon-Strategie; siehe dazu auch ec.europa.eu/europe2020/index_de.htm

8) Auf Letztere soll im Folgenden wegen des speziellen, komplexen und umfassenden Ansatzes nicht weiter eingegangen werden. Zur Zielsetzung siehe auch die Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat: Partnerschaft für Integration; eine Strategie zur Einbeziehung der Umweltbelange in die EU-Politik, KOM (1998) 333 final, Brüssel, 27.05.1998. Eine kritische Würdigung zur Strategie und den Indikatoren enthält z. B. der Bericht von Adelle, C.; Pallemmaerts, M.: Sustainable Development Indicators – An Overview of relevant Framework Programme funded research and identification of further needs in view of EU and international activities, hrsg. von der European Commission, European Research Area, o. O., 2010.

zur Fortschrittsmessung zahlreiche Parallelen zur bereits seit über 10 Jahren in Deutschland implementierten Strategie „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“ der Bundesregierung auf. Nachhaltige Entwicklung ist seit April 2002 zentrales Prinzip der Politik in Deutschland [6, S. 12]. Es handelt sich dabei um einen integrativen und intergenerativen Ansatz: Alle Bereiche – Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt – werden unter verschiedenen Gesichtspunkten wie „Generationengerechtigkeit“, „Lebensqualität“, „Sozialer Zusammenhalt“ und „Internationale Verantwortung“ in die Betrachtung einbezogen und die Auswirkungen nicht nur für die derzeit lebenden Generationen, sondern auch für zukünftige Generationen untersucht. Für die o. g. Bereiche wurden insgesamt 21 Themen und 38 Ziele und Indikatoren formuliert und quantifiziert. Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie wird regelmäßig überprüft. Grundlage dafür sind die im zweijährlichen Abstand vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Indikatorenberichte „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“ [7]. In längeren Zeitabständen – nunmehr zum dritten Mal – hat die Bundesregierung den aktuellen Fortschrittsbericht 2012 zur nachhaltigen Entwicklung beschlossen⁹⁾ [8].

Vergleicht man die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie vor allem mit „Europa 2020“ der Europäischen Union und „How's life“ der OECD hinsichtlich der für das Monitoring ausgewählten statistischen Indikatoren, so ergibt sich in inhaltlicher Hinsicht folgende Darstellung auf den jeweils beiden obersten Ebenen (Übersicht 1).

Auch wenn es Unterschiede in den Definitionen und den Zuordnungen der Indikatoren gibt, sind Kernelemente über die verschiedenen Ebenen hinweg:

- die materiellen Lebensbedingungen,
- Gesundheit,
- Bildungsstand,
- sozialer Zusammenhalt,
- die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, vor allem ihre Innovationskraft,
- Schutz von Klima und natürlichen Ressourcen.

Übersicht 1: Fortschrittsmessung „im weiteren Sinn“ für Deutschland, die Europäische Union und die OECD

System	Thema	Bereiche
Nachhaltige Entwicklung in Deutschland (D)	Generationengerechtigkeit	Ressourcenschonung, Klimaschutz, Erneuerbare Energien, Flächeninanspruchnahme, Artenvielfalt, Staatsverschuldung, Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge, Innovation, Bildung
	Lebensqualität	Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Mobilität, Landbewirtschaftung, Luftqualität, Gesundheit und Ernährung, Kriminalität
	Sozialer Zusammenhalt	Beschäftigung, Perspektiven für Familien, Gleichstellung, Integration
	Internationale Verantwortung	Entwicklungszusammenarbeit, Märkte öffnen
Europa 2020 (EU)	Intelligentes Wachstum	FuE-Investitionsvolumen $\geq 3\%$ BIP, Schulabbrecherquote $\leq 10\%$, 30- bis 34-Jährige mit Hochschulbildung $\geq 40\%$
	Nachhaltiges Wachstum	Anteil erneuerbarer Energien $\geq 20\%$, Steigerung der Energieeffizienz um 20% , Senkung der Treibhausgasemissionen um 20%
	Integratives Wachstum	Schulabbrecherquote $\leq 10\%$, Beschäftigungsquote 20- bis 64-Jährige $\geq 75\%$, Verringerung der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Personen um 20 Millionen
Progress measurement/ How's life (OECD)	Material Living Conditions	Income and Wealth, Jobs and Earnings, Housing conditions
	Quality of Life	Health status, Work-life balance, Education and skills, Social connections, Civic engagement and governance, Environmental quality, Personal security, Subjective well-being

Einen Vergleich der drei Ansätze unter konzeptionellen Gesichtspunkten zeigt Übersicht 2.

Während der Ansatz der OECD „How's life“ offen ist, was die Zielerreichung anbetrifft, sind sowohl die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie als auch „Europa 2020“ mit politisch festgelegten Zielwerten verbunden. Hinzu kommt, dass bei „Europa 2020“ die oben genannten Ziele von sogenannten Leitinitiativen begleitet werden, die teilweise mit weiteren umfangreichen Indikatorensets verbunden sind¹⁰⁾ [9, 10]. Unterschiede bestehen auch bezüglich des Abstraktionsniveaus: Bei „Europa 2020“ erfolgt die Betrachtung vor allem aus gesamtwirtschaftlicher Hinsicht. Die OECD hingegen strebt eine Analyse auf der Ebene von „Individual Well-Being“ an.

Deutschland hat auf Bundesebene die Strategie der nachhaltigen Entwicklung als Leitbild des politischen Handelns definiert. Aufgrund des föderalen Aufbaus haben sich in einigen Bundeslän-

⁹⁾ Siehe dazu auch [8] sowie die dort angegebenen weiterführenden Hinweise.

¹⁰⁾ Einen Überblick gibt [9], zu Einzelheiten siehe auch [10].

Übersicht 2: Nachhaltigkeits- und Fortschrittsindikatorensysteme für die OECD, Europa und Deutschland im Vergleich

Indikatoren-system	Indikatoren		Zielvorgaben	Ausrichtung		Bestandteile	Gesamtobjek-indikator
	objektive ¹⁾	subjektive ²⁾		mikro-	makro-		
				ökonomisch			
How's life	x	x	–	x	–	2 Bereiche, 22 Kernindikatoren und 27 Sekundärindikatoren	wird angestrebt
Europa 2020	x	–	x	–	x	3 Prioritäten, 5 Ziele, 8 Indikatoren	–
Nachhaltige Entwicklung in Deutschland	x	–	x	–	x	4 Themen, 21 Indikatorenbereiche mit insgesamt 38 Einzelindikatoren	–

1) Lassen sich zählen, messen, wiegen. – 2) Beruhen auf individuellen Einstellungen, Einschätzungen.

1) Lassen sich zählen, messen, wiegen. – 2) Beruhen auf individuellen Einstellungen, Einschätzungen.

dern wie auch in ausgewählten Kommunen und Regionen entsprechende Ansätze ausgebildet. In einem Workshop des Rates für nachhaltige Entwicklung am 7. November 2007 mit Experten aus den 16 Bundesländern bestand weitgehend Konsens über die zentralen Felder und Indikatoren zur Beschreibung vor allem der ökologischen Entwicklungen. Es wird davon ausgegangen, dass sich in absehbarer Zeit zumindest für einige Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategien übereinstimmende und konsistente Datengerüste herausbilden werden¹¹⁾ [11].

Der Deutsche Bundestag hat aufgrund der grundlegenden Diskussion über gesellschaftlichen Wohlstand, individuelles Wohlergehen und nachhaltige Entwicklung vor allem in Verbindung mit dem BIP als Wachstumsindikator – in Deutschland, anderen Nationen sowie inter- und supranational – auf seiner 77. Sitzung am 1. Dezember 2010 die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ beschlossen [12]. Ziel der Kommission ist es – losgelöst von der räumlichen Dimension –, erstens den Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft zu untersuchen und zweitens einen ganzheitlichen Wohlstands- bzw. Fortschrittsindikator zu entwickeln. Dieser soll „... eine geeignete Grundlage zur Bewertung politischer Entscheidungen anhand ökonomischer, ökologischer und sozialer Kriterien“ [12, S. 3] schaffen unter Berücksichtigung der folgenden Aspekte:

- materieller Lebensstandard,
- Zugang zu und Qualität von Arbeit,
- gesellschaftliche Verteilung von Wohlstand, sozialer Inklusion und Kohäsion,
- intakte Umwelt und Verfügbarkeit begrenzter natürlicher Ressourcen,
- Bildungschancen und Bildungsniveaus,
- Gesundheit und Lebenserwartung,
- Qualität öffentlicher Daseinsvorsorge, soziale Sicherung und politische Teilhabe,
- subjektiv von den Menschen erfahrene Lebensqualität und Zufriedenheit [12, S. 3].

Erste Überlegungen zur Konzeption eines zusammenfassenden Ansatzes, einschl. der Kernbestandteile und die Möglichkeiten ihrer Aussagefähigkeit, liegen vor [13].

2. How's life – Zum Ansatz der OECD

Die OECD [14, S. 18 ff.] stellt in ihrem Ansatz zur Fortschrittsmessung das individuelle Wohlbefinden in den Vordergrund. Das bedeutet für das Monitoring: Benötigt und verwendet werden vor allem statistische Daten über Privathaushalte und Einzelpersonen. Die Ergebnisse beziehen sich besonders auf die „Outcomes“ bzw. die Erfolgsfaktoren – und weniger auf Inputfaktoren – von Well-Being. Im Zentrum der Betrachtung steht die Verteilung der Komponenten von „Well-Being“ auf die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen und Gruppen. Im Weiteren sol-

11) Siehe dazu auch die Ausführungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung zur Nachhaltigkeitspolitik der Bundesländer [11].

len neben objektiven auch subjektive Aspekte des Wohlbefindens berücksichtigt werden. Objektive, d. h. physisch messbare Kriterien sind grundlegend für eine neutrale Beschreibung der tatsächlichen Lebensbedingungen und Lebensqualität. Sie werden ergänzt um subjektive Kriterien, anhand derer die Empfindungen, Meinungen und Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger Berücksichtigung finden (Abbildung 1).

Als Determinanten der materiellen Lebensbedingungen werden genannt:

- Einkommen und Vermögen,
- Beschäftigung und Entlohnung,
- Wohnsituation.

Komponenten der Lebensqualität sind:

- Gesundheit,
- Gleichgewicht zwischen Arbeiten und Leben,
- Bildung und Ausbildung,
- gesellschaftliche Teilhabe,
- sozialer Zusammenhalt,
- Qualität der Umwelt,
- persönliche Sicherheit,
- subjektives Wohlbefinden.

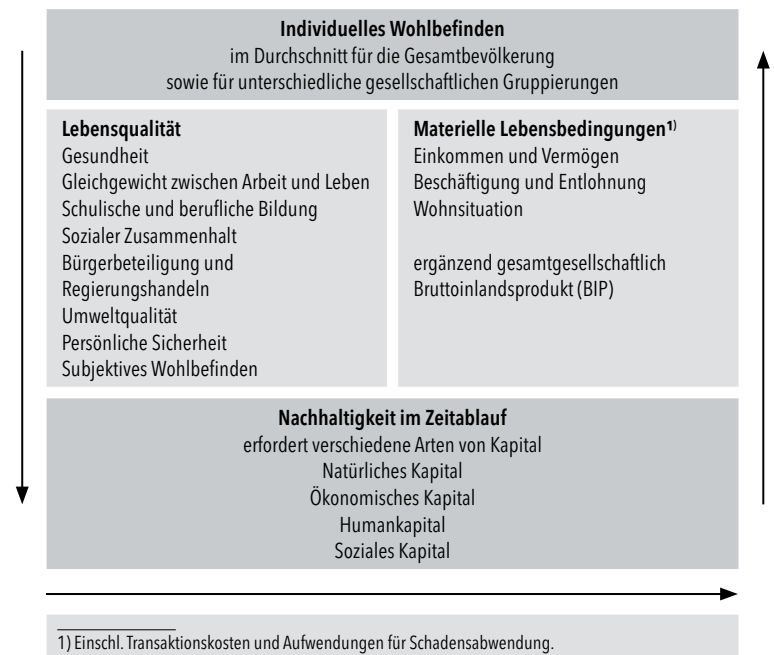
Dieses Indikatorenset zum gesellschaftlichen Wohlbefinden der derzeit lebenden Generationen soll, wie der untere Kasten in Abbildung 1 zeigt, noch durch weitere Aspekte in Hinblick auf eine Fortschrittmessung im Zeitablauf ergänzt werden; genannt werden natürliches, wirtschaftliches, menschliches und soziales Kapital.

Das dem Bericht „How's life“ zugrunde liegende Indikatorensystem soll fortentwickelt und um einen weiteren Teil zu „Green Growth“ ergänzt werden. Im Weiteren beschäftigt sich die OECD mit der Verdichtung der genannten Indikatoren in Form einer oder weniger zusammenfassender Kennzahlen („composite indicators“). Entsprechende methodische Vorarbeiten liegen bereits seit Längerem vor¹²⁾.

Die OECD hat für ihren Ansatz eine pragmatische Vorgehensweise gewählt. In einem ersten Schritt baut sie auf vorhandenen Indikatoren vor allem der amtlichen Statistik auf. Sie unterscheidet zwi-

Abb. 1:

Konzeption von „How's life“ [14, S. 19]



schen Kernindikatoren, sogenannten „headline indicators“ und „secondary indicators“. Bei ersteren handelt es sich vor allem um Indikatoren, die in ausreichend guter Qualität vorliegen und die sich für ein Monitoring im Zeitablauf sowie für einen Ländervergleich eignen [14, S. 21]. Sekundäre Indikatoren dienen einmal als ergänzende länderspezifische Informationen. Zum anderen können dabei auch qualitative Unterschiede bestehen, derart, dass diese Indikatoren weniger robust sind als die sogenannten Kernindikatoren. Insgesamt unterscheidet die OECD elf verschiedene Bereiche (einschl. subjektivem Wohlbefinden) mit insgesamt 49 Indikatoren, davon 22 Kernindikatoren. Der Großteil der objektiven Indikatoren wird von der amtlichen Statistik bereitgestellt. Die subjektiven Indikatoren beruhen überwiegend auf Informationen von anderen Einrichtungen – wissenschaftlichen oder Institutionen der Markt- und Meinungsforschung.

Im Vorspann zu jedem Bereich der Publikation „How's life“ gibt die OECD tabellarisch eine Übersicht zum Aussagegehalt der verwendeten Indikatoren und der Qualität der zugrunde liegenden statistischen Daten.

Zu den Kernindikatoren gehören:

(1) bezüglich der materiellen Lebensbedingungen

12) Siehe dazu die Gemeinschaftsveröffentlichung von OECD und Joint Research Centre der Generaldirektion Forschung der Europäischen Kommission [15, S. 3].

Übersicht 3: OECD-Indikatoren „How's life“

Kernindikatoren und Sekundärindikatoren

Material living conditions Materielle Lebensverhältnisse	income and wealth Einkommen und Vermögen	IW I	Verfügbares Haushaltsnettoeinkommen
		IW II	Haushaltsnettovermögen pro Person
		iw 1	Konsumausgaben der privaten Haushalte
		iw 2	Gesamtausgaben der privaten Haushalte
		iw 3	Subjektive Einschätzung der materiellen Situation
	jobs and earnings Beschäftigung und Verdienste	JE I	Erwerbstätigenquote
		JE II	Langzeitarbeitslosigkeitsquote
		je 1	Unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung
		JE III	Durchschnittliches Jahresgehalt je Beschäftigtem
Quality of life Lebensqualität		je 2	Beschäftigte mit Zeitarbeitsverträgen
		je 3	Arbeitsunfälle
	housing conditions Wohnverhältnisse	HO I	Anzahl der Wohnräume je Person
		ho 1	Überdurchschnittliche Wohnkosten
		HO II	Wohngebäude ohne Bad und WC
		ho 2	Zufriedenheit mit der Wohnsituation
	health Gesundheit	HS I	Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Geburt
		hs 1	Säuglingssterblichkeit
		HS II	Gesundheitszustand nach eigener Auskunft
		hs 2	Langzeiterkrankung nach eigener Auskunft
		hs 3	Einschränkungen bei täglichen Verrichtungen nach eigener Auskunft
		hs 4	Übergewicht und Adipositas
	work and life balance Beruf und Familie	WL I	Beschäftigte mit mehr als 50 Wochenstunden Arbeitszeit
		WL II	Zeitaufwand für Freizeit und persönliche Pflege
		wl 1	Zeitaufwand für Berufspendeln
		wl 2	Zufriedenheit mit der zeitlichen Aufteilung für Beruf und Privatleben
		WL III	Beschäftigungsquote von Frauen mit schulpflichtigen Kindern
	education and skills Bildung und Qualifizierung	ES I	Bildungsstand
		es 1	Erwartete Aus- und Fortbildungszeit von Jugendlichen
		es 2	Berufliche und private Fort- und Weiterbildung
		ES II	Kognitive Fähigkeiten von Schülern und Studenten
		es 3	Kenntnisse über das gesellschaftliche Leben
	social connections Soziale Kontakte	SC I	Soziales Engagement
		sc 1	Häufigkeit von sozialen Kontakten
		sc 2	Freiwillige/ehrenamtliche Arbeit
		sc 3	Vertrauen in andere Personen bzw. soziale Gruppierungen
	civic engagement and governance Bürgerschaftliches Engagement und Regierungsführung	CEG I	Wahlbeteiligung
		ceg 1	Politische Teilhabe
		CEG II	Mitwirkungsmöglichkeiten in politischen Entscheidungsprozessen
		ceg 2	Vertrauen in die nationale Regierung, das Rechtswesen und in die Medien
	environmental quality Umweltqualität	EN I	Luftqualität
		en 1	Umweltbedingte Krankheiten
		en 2	Zufriedenheit mit der lokalen Umweltsituation
		en 3	Zugang zu Grünanlagen
	personal security Persönliche Sicherheit	PS I	Vorsätzliche Tötungsdelikte
		PS II	Tätlicher Angriff auf Leib und Leben oder Eigentum nach eigener Auskunft
		ps 1	Kindesmisshandlungen durch häusliche Gewalt
		ps 2	Subjektives Sicherheitsgefühl
	subjective well-being Subjektive Lebenszufriedenheit	SW I	Lebenszufriedenheit
		SW II	Ausgeglichenheit

Übersetzung in Anlehnung an die Erläuterungen im Bericht der OECD in How's life; siehe dazu auch OECD: How's Life, a. a. O. in den verschiedenen Abschnitten.

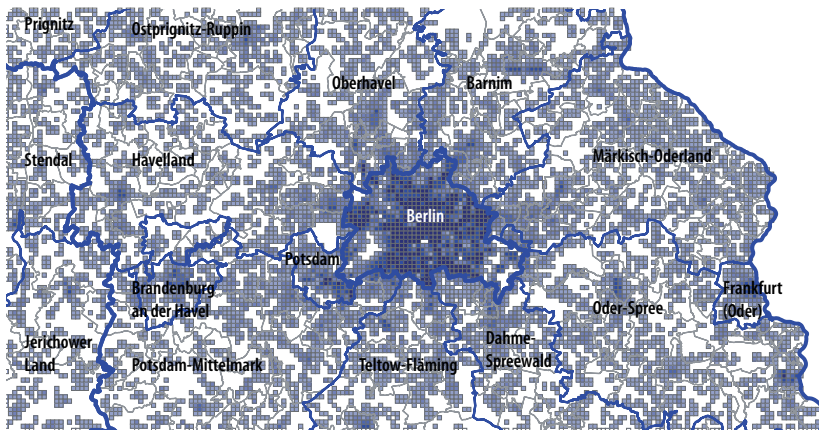
- das verfügbare Haushaltsnettoeinkommen pro Person (household net adjusted disposable income per person/IW I)¹³⁾,
- das Haushaltsnettovermögen pro Person (household financial net wealth per person/IW II) – die Erwerbstätigenquote (employment rate/JE I),
- die Langzeitarbeitslosigkeitsquote, (long-term unemployment rate/JE II)
- das durchschnittliche Jahresgehalt je Beschäftigtem (average annual earnings per employee/JE III),
- die Anzahl der (Wohn)-Räume je Person (number of rooms per person/HO I),
- Wohngebäude ohne Bad und WC (dwellings without basic facilities/HO II);

(2) bezüglich der Lebensqualität:

- die Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Geburt (life-expectancy at birth/HS I),
- der Gesundheitszustand nach eigener Auskunft (self-reported health status/HS II),
- Beschäftigte mit sehr langer Arbeitszeit (employees working very long hours/WL I),
- Zeitaufwand für Freizeit und persönliche Pflege (time devoted to leisure and personal care/WL II),
- Beschäftigungsquote von Frauen mit schulpflichtigen Kindern (employment rate of women with children of compulsory school age/WL III),
- Bildungsstand (educational attainment/ES I),
- die kognitiven Fähigkeiten von Schülern und Studenten (students' cognitive skills/ES II),
- soziales Engagement (social network support/SC I)
- Wahlbeteiligung (voter turn-out/CEG I),
- Mitwirkungsmöglichkeiten (consultation on rule-making/ CEG II),
- Luftqualität (air quality/EN I),

13) Die Abkürzungen in der Klammer geben die Abkürzung des Indikators im Bericht wieder, wobei die Buchstaben die Abkürzung für den jeweiligen Teilbereich sind, z. B. „IW I“ bedeutet: erster Indikator im Bereich „Income and Wealth“.

Abb. 2a Rasterdaten für Berlin und Brandenburg



Quelle: European Forum for Geostatistics: http://www.efgs.info/data/eurogrid/Grid_ETRS89_LAEA_DE_1K.zip/view, eigene Darstellung

Abb. 2b Urbanisierungsgrad (DegUrb) in Berlin und Brandenburg 2011



Siedlungsdichte
 ■ dicht
 ■ mittel
 ■ dünn

Quelle: epp.eurostat.ec.europa.eu, eigene Darstellung

- vorsätzliche Tötungsdelikte (intentional homicides/PS I),
- selbst angezeigte Erfahrung eines tätlichen Angriffs auf Leib und Leben oder Eigentum (self-reported victimisation/PS II),
- Lebenszufriedenheit (life-satisfaction/SW I),
- Ausgeglichenheit (affect balance/SW II).

Vom Ansatz her besteht vor allem bezüglich der relevanten Bereiche und Indikatoren – ungeachtet der damit verbundenen Zielsetzungen – in weiten Teilen Übereinstimmung zwischen dem Ansatz der OECD und der Nachhaltigkeitsstrategie „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“. Ein Teil der objektiven Indikatoren wird in gleicher Definition auch zum Monitoring der nationalen Strategie „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“ herangezogen (z. B. die Erwerbstätigenquote, der Anteil von Personen mit einem tertiären Abschluss oder ausgewählte Gesundheitsindikatoren wie Adipositas/Fettleibigkeit);

bei anderen Indikatoren gibt es eine eher prinzipielle Übereinstimmung, wobei allerdings unterschiedliche Indikatoren zur Anwendung kommen, wie zum Beispiel bei der Einkommenssituation von Männern und Frauen.

Nicht verwendet werden in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sämtliche Indikatoren mit Angaben zum Zeitaufwand¹⁴⁾ (Übersicht 3).

3. How's life – in Deutschland

3.1. Vorbemerkungen – Datengrundlagen und Regionaleinheiten

Bundesweit vergleichbare regionalstatistische Informationen aus der amtlichen Statistik sind vor allem in Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, besonders der Regionaldatenbank Deutschland [17] und dem interaktiven Regionalatlas [18] vergleichsweise einfach und kostenfrei zugänglich. Beide Produkte enthalten im Wesentlichen Angaben zu administrativen Gebietseinheiten unterhalb der Länderebene. Dazu gehören be-

14) Derartige Informationen liefern vor allem Zeitbudgeterhebungen. Das Statistische Bundesamt hat in der Vergangenheit zwei Studien durchgeführt, siehe dazu auch [16]. Eine neue Erhebung zur Zeitverwendung wird derzeit durchgeführt.

sonders Angaben für Kreise, d. h. für kreisfreie Städte und Landkreise. In der Regionaldatenbank Deutschland sind einige Angaben flächendeckend auf Gemeindeebene vorhanden; eine umfassende und aktuelle Übersicht über ausgewählte Daten zu deutschen Gemeinden kann aus dem Gemeindeverzeichnis / GVISys [19] abgerufen werden. Auf europäischer Ebene werden kleinräumige Daten für ausgewählte Großstädte im Rahmen des sogenannten Urban Audit [20] für Europa angeboten. Die Angaben für Deutschland werden von der KOSIS-Gemeinschaft Urban Audit in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt [21] bereitgestellt.

Die Regionaldatenbank Deutschland ist – bis auf wenige Ausnahmen – Grundlage der nachfolgenden Analysen. Hier können aus 78 Statistiken zahlreiche Merkmale und Indikatoren für



verschiedene Bereiche von Gesellschaft, Wirtschaft, Umwelt und öffentlichem Bereich abgerufen werden. Da der überwiegende Teil des bundesstatistischen Programms auf europäischen Rechtsgrundlagen beruht, sind die regionalstatistischen Angaben zu weiten Teilen auch europaweit vergleichbar. Grundlage dafür ist die europäische Gebietsgliederung NUTS [22, S. 3], die für Deutschland administrative Gebietsseinheiten von den Gemeinden (LAU2) über Gemeindeverbände (LAU1), Kreise (NUTS3) und Regierungsbezirke/statistische Regionen (NUTS2) und Bundesländer (NUTS1) enthält¹⁵⁾.

Da sich administrative Gebietseinheiten wie zum Beispiel die Kreise aufgrund ihrer unter-

schiedlichen Größe in den verschiedenen Bundesländern in Deutschland und mehr noch in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union für Vergleichszwecke nur bedingt eignen, hat die OECD zusammen mit der Europäischen Kommission die bestehende Gebietsgliederung überarbeitet und unter der Bezeichnung „DEGREE of URBANisation (DEGURBA) im Sommer 2011 verabschiedet¹⁶⁾ [23, 24]. Grundlage sind sogenannte Gitterzellen (Rasterzellen) der Größe 1 km x 1 km. Anhand der Einwohnerzahl und der Bevölkerungsdichte wird für jede Zelle bestimmt, ob es sich dabei um eine (1) städtische, (2) mittlere oder (3) ländliche Besiedlung handelt. Die Abgrenzung erfolgt auf Gemeindeebene. Für die Zuordnung zu „dicht“ oder „dünn besiedelt“ ist entscheidend, dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung in entsprechend „dicht“ oder „dünn“ besiedelten Gitterzellen wohnt. Als dicht besiedelt werden Gitterzellen mit einer Siedlungsdichte von mindestens 500 Einwohnern pro km² und einer Mindestbevölkerung von 50 000 Einwohnern bezeichnet. Für eine mittlere Besiedlung gelten eine Siedlungsdichte von mindestens 100 und eine Mindestbevölkerung von 50 000 Einwohnern [25]. Als „dünn“ besiedelt werden alle anderweitig nicht zuordenbaren Regionaleinheiten eingestuft.

Da in der amtlichen Statistik Deutschlands eine allgemeine Regelung zur Aufbereitung und Auswertung von statistischen Angaben für Rasterzellen bislang rechtlich nicht besteht – eine entsprechende Rechtsgrundlage soll im Rahmen des E-Governmentgesetzes geschaffen werden [26] –, ist die Zuordnung im Gemeindeverzeichnis auf der Grundlage von administrativen Einheiten erfolgt. Gitterzellen böten den Vorteil einer genaueren, flexiblen und im Zeitablauf stabilen regionalen Einteilung.

Für die nachfolgenden raumbezogenen Untersuchungen zu den Lebensbedingungen in Deutschland sollen ausgewählte Angaben in Anlehnung an die von der OECD in „How's life“ vorgeschlagenen Indikatoren vor allem auf der Kreisebene überwiegend aus der Regionaldatenbank und aus dem Regionalatlas im Hinblick auf den Besiedlungsgrad kurz dargestellt werden. Eine detailliertere Betrachtung erfolgt für die kreisfreien Städte in Deutschland gemäß Ge-

15) Die NUTS-Klassifikation wird regelmäßig in mehrjährigen Zeitabständen angepasst und bietet die Grundlage für europaweite Vergleiche – vor allem auf der Ebene NUTS2 – besonders für die europäische Regional- und Sozialpolitik.

16) Zur ausführlichen Beschreibung siehe [23]; eine Kurzbeschreibung kann unter [24] abgerufen werden.

bietsstand 31.12.2011. Diese Abgrenzung bietet sich in Anbetracht der in der Bundesstatistik vorhandenen administrativen Gebietseinheiten als kleinste Regionaleinheiten an, wenn Auswertungen sowohl bezüglich der Siedlungsdichte – dicht und mittel – als auch von ausgewählten Kommunen – großen und kleinen – unternommen werden sollen. So gab es am 31.12.2011 insgesamt 13 kreisfreie Großstädte mit mehr als 500 000 Einwohnern; sie sind nach den o. g. Kriterien ausnahmslos dicht besiedelt. Selbstverständlich gibt es noch weitere Großstädte wie Hannover oder Aachen mit einer Wohnbevölkerung von mehr als 200 000 Einwohnern. Allerdings wurde hier aufgrund von Gebietsreformen in jüngerer Zeit das Umland mit in die jeweilige NUTS 3 Ebene einbezogen, sodass eine isolierte Betrachtung der Stadt selbst nicht mehr einfach möglich ist, in der Datenbank aber nachgewiesen wird. Die kleinsten kreisfreien Städte Deutschlands mit einer Einwohnerzahl von weniger als 50 000 wurden – mit Ausnahme von Frankenthal (Pfalz) – als „mittel“ besiedelt eingestuft.

Auch wenn etwa ein Drittel der OECD-Indikatoren für „How's life“ auf Kreis- und teilweise auf Gemeindeebene vorliegt, sollen im Folgenden grundlegende Aspekte, die eng mit den materiellen Lebensbedingungen – aktuell und zukünftig – zusammenhängen, wie allgemeine räumliche Lebenssituation, Einkommen, Erwerbstätigkeit und Bildungsstand, eingehender betrachtet werden. Eine detaillierte Untersuchung der Lebensqualität in Analogie zu „How's life“ soll wegen der Komplexität der Materie einer separaten Veröffentlichung vorbehalten bleiben. Im Folgenden werden betrachtet:

- (1) Raum- bzw. Flächennutzungsmöglichkeiten (Zugang zu Grünflächen en 3¹⁷⁾, Wohnfläche pro Person H0 I)
- (2) Einkommen und Vermögen (verfügbares Einkommen der privaten Haushalte IW I),
- (3) Berufstätigkeit (Erwerbstätigenquote JE I, Langzeitarbeitslosigkeit JE II),
- (4) Schulische und berufliche Bildung (allgemeine Hochschulreife ES I).

Dabei wird versucht, diese Indikatoren definitorisch soweit wie möglich an diejenigen von

„How's life“ anzulehnen und ggf. in Verbindung mit zumindest definitorisch ähnlichen statistischen Indikatoren – ungeachtet der damit verbundenen Zielsetzungen – für die „Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland“ und „Europa 2020“ zu ergänzen und kurz zu diskutieren.

3.2. Leben in Deutschland – Materielle Lebensbedingungen

3.2.1. Raum- bzw. Flächennutzungsmöglichkeiten

Die Raum- und Flächennutzung gibt nicht nur Aufschluss über die Siedlungsstruktur, sie liefert auch Anhaltspunkte über die materiellen Lebensbedingungen und die Lebensqualität. Im Bericht der OECD gibt es zwei unterschiedliche Bereiche, in denen Indikatoren zur Raumnutzung angesprochen werden. Dazu gehört einmal der Bereich „Wohnsituation“, und zum anderen wird die Grünfläche als Indikator für die Umweltqualität herangezogen.

In diesem Abschnitt soll zunächst die Siedlungsstruktur in Deutschland – vor dem Hintergrund der methodischen Ausführungen in Abschnitt 3.1 – dargestellt werden. Kreisfreie Städte – die größten und die kleinsten – dienen quasi exemplarisch für Gebiete mit einer „dichten“ bzw. solche mit einer überwiegend „mittleren“ Siedlungsdichte.

Wegen der besonderen Bedeutung des Wohnumfeldes, hier Grünflächen, für dicht besiedelte Gebiete soll nachfolgend die Situation in den

Tab. 1: Landkreise und kreisfreie Städte
am 31.12.2011 nach Stadt-/Landgliederung

Stadt-/Landgliederung ¹⁾	Fläche	Bevölkerung	Siedlungsdichte
	km ²	Anzahl	Pers./km ²
1	17 800	28 932 890	1 625
2	100 754	34 009 378	338
3	238 575	18 901 475	79
1 bis 3	357 129	81 843 743	229
Anteil in %			
1	5,0	35,4	.
2	28,2	41,6	.
3	66,8	23,1	.
1 bis 3	100	100	.
1) Gliederung nach dem Siedlungsgrad: 1=dicht, 2 = mittel, 3=dünn			

17) Diese Codes beziehen sich auf die Nummerierung in der Publikation „How's life“ der OECD; siehe Übersicht 3.

Tab. 2: Ausgewählte Merkmale in den kreisfreien Städten nach Bevölkerungsgrößen

Einwohner- größenklasse	Kreis- freie Städte	Einwohner	Fläche			
			ins- gesamt	Erho- lungs- fläche	darunter Grün- anlagen	Wohnfläche in Wohn- gebäuden
	2011	2010				
	Anzahl	km²			1000 m²	
Kreisfreie Städte mit ... Einwohnern						
500 000 oder mehr	13	12 868 277	4 664	398	334	481 087
250 000 bis unter 500 000	13	4 076 914	2 386	145	113	158 132
100 000 bis unter 250 000	42	6 712 916	5 330	284	223	260 400
50 000 bis unter 100 000	24	1 693 322	2 402	86	67	70 479
unter 50 000	15	624 861	1 011	21	15	27 653
Z u s a m m e n	107	25 976 290	15 793	934	752	997 751
Deutschland i n s g e s a m t	.	81 843 743	357 127	3 985	2 671	3 426 896
Anteil an kreisfreien Städten in %						
500 000 oder mehr	12,1	49,5	29,5	42,6	44,4	48,2
250 000 bis unter 500 000	12,1	15,7	15,1	15,5	15,0	15,8
100 000 bis unter 250 000	39,3	25,8	33,8	30,4	29,7	26,1
50 000 bis unter 100 000	22,4	6,5	15,2	9,2	8,9	7,1
unter 50 000	14,0	2,4	6,4	2,2	2,0	2,8
Z u s a m m e n	100	100	100	100	100	100
Anteil an allen Kreisen und kreisfreien Städten in %						
500 000 oder mehr	65,0	15,7	1,3	10,0	12,5	14,0
250 000 bis unter 500 000	17,3	5,0	0,7	3,6	4,2	4,6
100 000 bis unter 250 000	19,4	8,2	1,5	7,1	8,3	7,6
50 000 bis unter 100 000	32,4	2,1	0,7	2,2	2,5	2,1
unter 50 000	93,8	0,8	0,3	0,5	0,6	0,8
I n s g e s a m t	26,6	31,7	4,4	23,4	28,2	29,1

betrachteten Städten aufgezeigt werden. Und schließlich soll auf die Wohnsituation selbst eingegangen werden.

Deutschland hat eine Fläche von rund 357 000 km². Hier lebten am 31.12.2011 rund 82 Mill. Personen (siehe Tabelle 1): Die Siedlungsdichte reichte damit im Durchschnitt von mehr als 1600 Einwohnern je km² für dicht besiedelte Kreise bis hin zu 79 Einwohnern je km² für dünn besiedelte Kreise. Insgesamt ist Deutschland zu zwei Dritteln dünn besiedelt. Auf lediglich 5 % der Fläche Deutschlands leben mehr als ein Drittel seiner Einwohner (35,4 %). In den 107 kreisfreien Städten Deutschlands, d. h. in etwa 1 % der deutschen Gemeinden¹⁸⁾ [27], leben insgesamt 31,7 % der Bevölkerung.

18) Am 31.12.2011 hatte Deutschland ca. 11 300 Gemeinden (siehe [27]).

Ein Vergleich der kreisfreien Städte zeigt, dass rund 50 % der Stadtbevölkerung in Städten mit mehr als 500 000 Einwohnern lebt und weitere 42 % in kreisfreien Städten ab 100 000 bis unter 500 000 Einwohnern (Tabelle 2).

Ein Städtevergleich für die 13 größten kreisfreien Städte (Abbildung 3a) zeigt, dass vier davon mehr als 1 Mill. Einwohner aufweisen. Die größte Einwohnerzahl hatte Berlin mit 3,5 Mill. Einwohnern; am kleinsten war Nürnberg mit 511 000 Einwohnern. Betrachtet man hingegen die Siedlungsdichte (Abbildung 3b), d. h. die Einwohnerzahl pro Flächeneinheit, hier km², so ist sie am höchsten in München mit 4436 Einwohnern, gefolgt von Berlin mit 3927 Einwohnern je km². Bei acht Städten liegt die Siedlungsdichte zwischen 2000 und 3000 Einwohnern je km². Die übrigen Städte (Leipzig, Bremen und Dresden) sind mit einer Siedlungsdichte von ca. 1800 bis 1600 deutlich weniger dicht besiedelt.

Die kleinsten kreisfreien Städte haben bezüglich der Einwohnerzahl eine größere Homogenität. Die Einwohnerzahl reicht von ca. 34 000 bis etwa 47 000 Einwohner (siehe Abbildung 3c). Diese kleinen kreisfreien Städte sind – wie die Großstädte auch – über ganz Deutschland verteilt. Von den Großstädten befinden sich vier in Nord-Rhein-Westfalen und die übrigen liegen überwiegend in den Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg.

Die Siedlungsdichte liegt für die kleinen kreisfreien Städte zwischen ca. 400 und 1000 Personen je km². Sie wurden damit überwiegend als „mittel“ besiedelt im Gemeindeverzeichnis eingestuft (Abbildung 3d).

Gerade in dicht besiedelten Räumen ist der Zugang zu Grünflächen ein wichtiger Indikator für Well-Being. So wird von der OECD und auch von anderen Einrichtungen wie beispielsweise der Weltbank postuliert, dass Flächen für die Erholung des Einzelnen und damit für die Lebensqualität insgesamt von großer Bedeutung sind [14, S. 215]. Dies gilt umso mehr, je enger die Menschen räumlich zusammenleben, d. h. je höher die Siedlungsdichte ist. Von der OECD wurde „Grünfläche“ als sekundärer Indikator eingestuft, weil bislang ein OECD-weiter Vergleich nur auf der Basis von subjektiven Anga-

Einwohner- größenklasse	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	Sozial- versiche- rungs- pflichtig Beschäftigte am Wohnort	Erwerbs- tätige nach dem Arbeitsort- konzept	Arbeitslose			Schulabsolventen	
				insgesamt	darunter		mit Allgemeiner Hochschul- reife	ohne Hauptschul- abschluss
					im Alter von 15 bis unter 25 Jahren	Langzeit- arbeitslose		
	2009	2010	2009	2011			2010	
	1000 Euro	Anzahl	1000	Anzahl				

Kreisfreie Städte mit ... Einwohnern								
500 000 oder mehr	246 812 846	4 138 416	7 917	637 732	65 646	232 611	47 672	8 654
250 000 bis unter 500 000	75 895 543	1 378 495	2 558	183 278	20 013	72 456	17 068	2 957
100 000 bis unter 250 000	121 472 285	2 150 894	4 167	298 891	32 497	113 120	27 915	4 955
50 000 bis unter 100 000	29 873 991	543 978	1 129	78 727	8 896	26 961	8 563	1 412
unter 50 000	11 777 010	211 002	435	21 770	2 604	6 259	3 759	723
Z u s a m m e n	485 831 675	8 422 785	16 207	1 220 398	129 656	451 407	104 977	18 701
Deutschland i n s g e s a m t	1 554 260 000	27 599 714	40 271	2 975 823	278 886	1 051 603	267 850	53 058

Anteil an kreisfreien Städten in %

500 000 oder mehr	50,8	49,1	48,8	52,3	50,6	51,5	45,4	46,3
250 000 bis unter 500 000	15,6	16,4	15,8	15,0	15,4	16,1	16,3	15,8
100 000 bis unter 250 000	25,0	25,5	25,7	24,5	25,1	25,1	26,6	26,5
50 000 bis unter 100 000	6,1	6,5	7,0	6,5	6,9	6,0	8,2	7,6
unter 50 000	2,4	2,5	2,7	1,8	2,0	1,4	3,6	3,9
Z u s a m m e n	100	100	100	100	100	100	100	100

Anteil an allen Kreisen und kreisfreien Städten in %

500 000 oder mehr	15,9	15,0	19,7	21,4	23,5	22,1	17,8	16,3
250 000 bis unter 500 000	4,9	5,0	6,4	6,2	7,2	6,9	6,4	5,6
100 000 bis unter 250 000	7,8	7,8	10,3	10,0	11,7	10,8	10,4	9,3
50 000 bis unter 100 000	1,9	2,0	2,8	2,6	3,2	2,6	3,2	2,7
unter 50 000	0,8	0,8	1,1	0,7	0,9	0,6	1,4	1,4
I n s g e s a m t	31,3	30,5	40,2	41,0	46,5	42,9	39,2	35,2

ben aus nicht-amtlichen Quellen möglich ist. Für Deutschland hingegen liegen in der amtlichen Statistik objektive Angaben aus der Flächenerhebung vor.

So liefert der Indikator „Anteil der Grünanlagen an der Gesamtbodenfläche“ erste Anhaltspunkte für diesen Aspekt der Lebensqualität. Während der Anteil der Grünfläche an der Gesamtbodenfläche bei Städten über 500 000 Einwohner durchschnittlich bei 7 % liegt, beträgt dieser Anteil bei den kleinen kreisfreien Städten (< 50 000 Einwohnern) nur 1 % im Durchschnitt (Tabelle 2). Stadtspezifisch ergeben sich unterschiedliche Werte: Besonders für die kreisfreien Großstädte (Abbildung 4a) reichen die Grünanlagenanteile von maximal ca. 10 % für Berlin und

Köln bis hin zu 3 % in Dortmund und Düsseldorf; noch kleiner sind sie für kleine Städte. Bei der Mehrzahl dieser Städte (9) liegt der Grünanlagenanteil um 1 % und darunter (Abbildung 4c). Allerdings gemessen an der Grünanlagegesamtläche für Deutschland liegt der Anteil der Städte über 500 000 Einwohner hier bei 44 %, bei den Städten unter 50 000 Einwohner nur bei 2 %.

Ob ein hoher Anteil an städtischer Freifläche mit einem hohen Erholungswert einhergeht, lässt sich aus einer derart isolierten Betrachtung nicht schließen. Hier wären ergänzende Analysen notwendig, z. B. bezüglich der Möglichkeiten, die das Umland zur Erholung bietet.

Abb. 3a Bevölkerung am 31. Dezember 2011
in den größten kreisfreien Städten

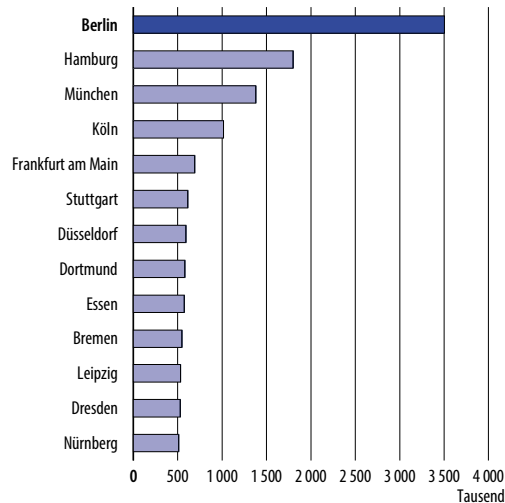


Abb. 3c Bevölkerung am 31. Dezember 2011
in den kleinsten kreisfreien Städten

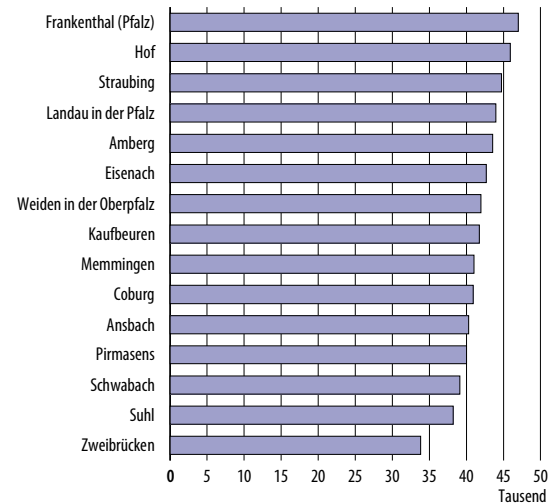


Abb. 3b Bevölkerungsdichte 2011
in den größten kreisfreien Städten

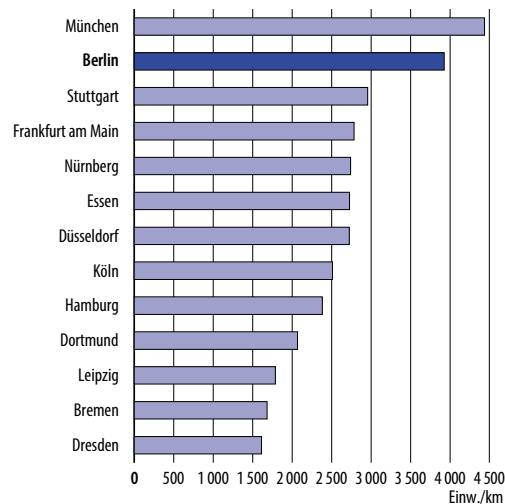
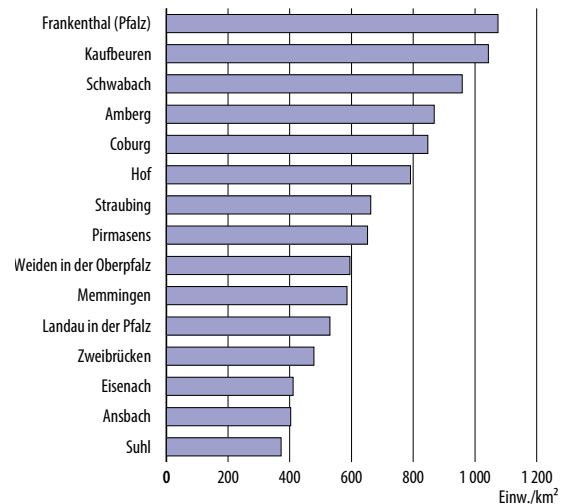


Abb. 3b Bevölkerungsdichte 2011
in den größten kreisfreien Städten



19) Für beide Indikatoren gibt es Angaben auf Kreisebene aus der Bundesstatistik; siehe [28], hier S. 72 bezüglich des Wohnungsbestandes und S. 79 bezüglich der öffentlichen Abwasserbehandlung.

20) Die Räume je Person lassen sich aus der Regionaldatenbank Deutschland aus der Anzahl der Wohngebäude und der darin enthaltenen Wohnungen und Räume berechnen. Aufgrund der unterschiedlichen Größe der Räume wird dem Indikator „Wohnfläche pro Person in m²“ der Vorzug gegeben. Zur Ausstattung der Wohnungen ist anzumerken, dass alle in der Statistik nachgewiesenen Wohnungen über entsprechende Hygieneeinrichtungen verfügen, der Indikator damit für Deutschland für eine Beurteilung in der OECD-Abgrenzung nicht hinreichend geeignet erscheint.

Ein weiterer Flächenindikator, der auf das persönliche Umfeld einer Privatperson oder eines Privathaushaltes abstellt, ist die Wohnfläche. Die Wohnsituation wird von der OECD als wichtigste Komponente für den Lebensstandard einer Gesellschaft bezeichnet. Dadurch werden nicht nur elementare Bedürfnisse wie Schutz vor Witterungseinflüssen, Regen, Schnee oder Naturkatastrophen etc. abgedeckt, sondern die Wohnsituation liefert auch Anhaltspunkte zur Beurteilung der individuellen Sicherheit sowie der potenziellen Privatsphäre eines Einzelnen.

Die OECD empfiehlt zur Beurteilung der Wohnsituation insgesamt vier verschiedene Indikatoren. Kernindikatoren sind einmal die Anzahl der Räume je Person und Wohnung und zum anderen die Ausstattung mit grundlegenden Hygi-

eenrichtungen, wie beispielsweise mit an das öffentliche Kanalnetz angeschlossenen Sanäreinrichtungen¹⁹⁾ [28]. Zu beidem gibt es Anhaltspunkte aus der Regionalstatistik Deutschlands²⁰⁾. Der Einfachheit halber soll im Folgenden als Indikator für die Wohnsituation die Wohnfläche in m² je Person genügen.

Die Wohnfläche pro Person in m² liegt – weitgehend unabhängig von der Einwohnerzahl einer Stadt – in den Großstädten zwischen 36 m² (Dortmund) und 40 m² (Dresden) pro Person (Abbildung 4b). Bei den kleinen kreisfreien Städten ist die statistisch jedem Einwohner zur Verfügung stehende Wohnfläche überwiegend noch größer und liegt zwischen 38 m² (Landau i. d. Pfalz und Suhl) und 51 m² (Kaufbeuren) (Abbildung 4d). Tendenziell ist damit die Wohnsituation

Abb. 4a Anteil der Grünanlagen
an der Gesamtbodenfläche 2010
in den größten kreisfreien Städten

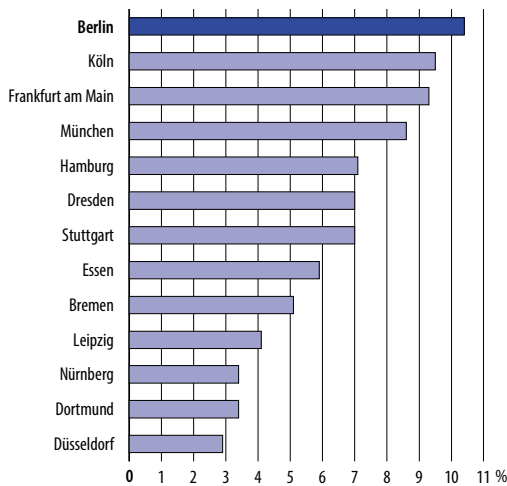


Abb. 4a Anteil der Grünanlagen
an der Gesamtbodenfläche 2010
in den kleinsten kreisfreien Städten

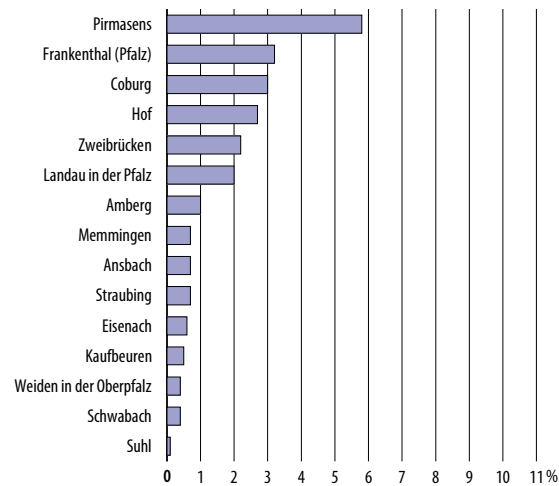


Abb. 4b Wohnfläche in Wohngebäuden
pro Einwohner 2010
in den größten kreisfreien Städten

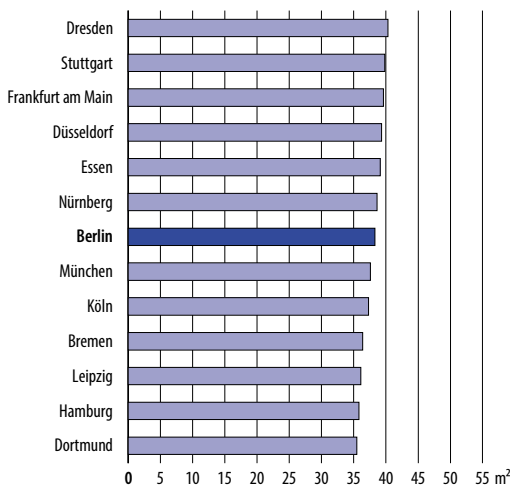
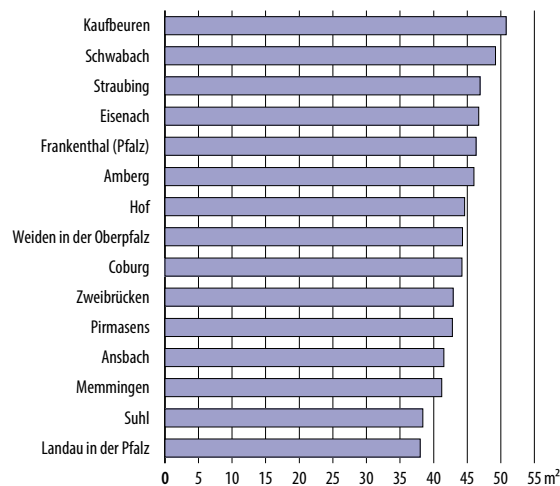


Abb. 4d Wohnfläche in Wohngebäuden
pro Einwohner 2010
in den kleinsten kreisfreien Städten



ation unter dem Gesichtspunkt der Wohnfläche in den kleinen kreisfreien Städten besser als in den Großstädten. Da sich das Stadt-/Landgefälle aber nicht nur in der Größe der Wohnungen, sondern auch ihren Preisen und der Haushaltsstruktur widerspiegelt, müssen für eine differenziertere Untersuchung der Lebensqualität ggf. personengruppen- bzw. haushaltsgruppenspezifisch weitere Indikatoren, wie beispielsweise die Miet- bzw. Wohnpreise, herangezogen werden.

Betrachtet man die verschiedenen Flächenindikatoren zur Siedlungs-, Erholungs- und Wohnsituation unter Berücksichtigung ihrer Lage im Raum, so bieten sich aus dem Standardveröffentlichungsprogramm der amtlichen Statistik, besonders dem Regionalatlas, Karten dazu an.

Die Karte zur Bevölkerungsdichte (Abbildung 5a) zeigt, dass sich dicht besiedelte Gebiete über ganz Deutschland, allerdings häufig auf einzelne Kreise konzentriert, verteilen. Größere zusammenhängende dicht besiedelte Gebiete befinden sich vor allem in Nordrhein-Westfalen – rund um Düsseldorf – und im Rhein-Main-Gebiet zwischen Frankfurt und Mainz. Auch in der Region Nürnberg und im Bereich Mannheim-Heidelberg grenzen mehrere dichter und dicht besiedelte Kreise mit einer Siedlungsdichte von mindestens 900 Einwohnern pro km² aneinander.

Die Erholungsfläche umfasst neben der Fläche für Grünanlagen Parks, Schrebergärten, Sportflächen und Campingplätze, Flächen, die überwiegend dem Sport und der Erholung oder dazu

Abb. 5a Regionalatlas Deutschland
Indikatoren des Themenbereichs „Bevölkerung“

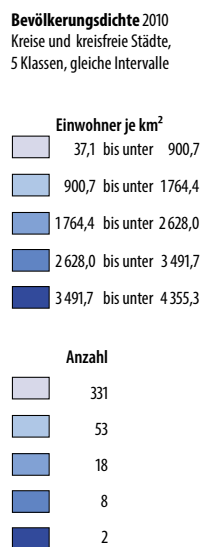
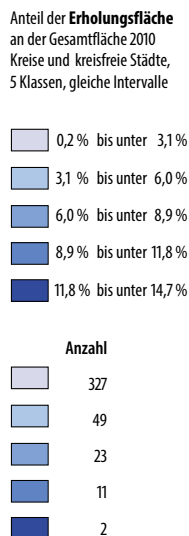


Abb. 5b Indikatoren des Themenbereichs „Gebiet und Fläche“



dienen, Tiere oder Pflanzen zu zeigen. Die Erholungsflächen in Deutschland folgen zu weiten Teilen der Siedlungsstruktur. Besonders große Flächenanteile finden sich vor allem in den dicht und dichter besiedelten Kreisen. Größere zusammenhängende Erholungsflächen mit einem Flächenanteil von mehr als 3 % der Gesamtfläche gibt es vor allem im Ruhrgebiet sowie dem Dreieck von Magdeburg, dem Burgenlandkreis südlich von Halle und Leipzig. Diese Ergebnisse stimmen tendenziell mit den Ergebnissen für die oben näher betrachteten kreisfreien Städte, die

kleinsten und die größten, überein, derart, dass die Grünflächen- bzw. die Erholungsflächenanteile an der Gesamtfläche umso größer sind, je mehr Einwohner eine Stadt hat.

3.2.2 Einkommen und Vermögen

Einkommen und Vermögen sind bei „How's life“ die grundlegenden Komponenten von materiellem Wohlstand. Während Einkommen es dem Einzelnen ermöglicht, sich seine Bedarfe und Wünsche zu erfüllen, dient Vermögen dazu, einen einmal gewonnenen Lebensstandard zu erhalten [14, S. 37 f.]. Auch in der europäischen Strategie „Europa 2020“ wird Bezug genommen auf die Einkommenssituation, allerdings mit der Zielsetzung: Verringerung der Armutsgefährdung in Europa [29].

Die OECD empfiehlt als „... best measure of people's economic resources ...“ [14, S. 39] das verfügbare Haushaltsnettoeinkommen (household net adjusted disposable income), berechnet aus den Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen [14, S. 39].

Diese Angaben sind auch für Deutschland auf Kreisebene aus der Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder verfügbar. Hier ergibt sich für 2009 folgende Situation: Der Großteil des verfügbaren Haushaltseinkommens konzentriert sich auf die kreisfreien Großstädte. So verfügte die Bevölkerung in kreisfreien Städten mit 31,3 % über nahezu ein Drittel des verfügbaren Gesamteinkommens. Im Durchschnitt liegt es bei 19 200 Euro je Einwohner und Jahr in den Großstädten. Am niedrigsten war das frei verfügbare Jahreseinkommen mit 17 600 Euro in Städten mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern (Tabelle 2). Betrachtet man die größten und die kleinsten kreisfreien Städte (Abbildungen 6a und 6b), so ergeben sich deutliche Unterschiede. In sechs Großstädten (Hamburg, München, Düsseldorf, Stuttgart, Bremen und Köln) lag das durchschnittliche verfügbare Einkommen pro Einwohner über 20 000 Euro. Mit rund 24 000 Euro war es am höchsten für Hamburg und mit ca. 15 000 Euro für Leipzig am niedrigsten. Für die kleinsten kreisfreien Städte war die Spanne von 16 000 Euro (Eisenach) bis 22 000 Euro (Memmingen) deutlich geringer. Diese Werte bieten

Abb. 6a Verfügbares Einkommen je Einwohner 2009
in den größten kreisfreien Städten

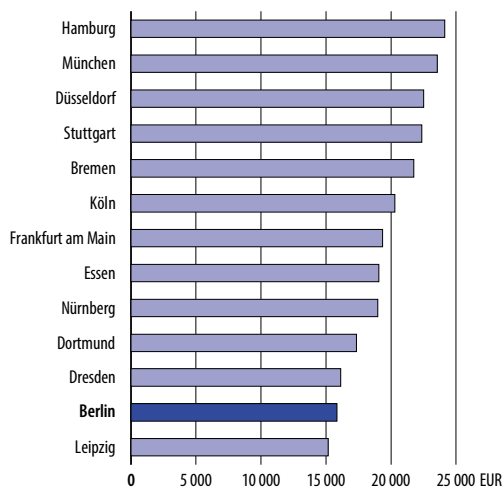
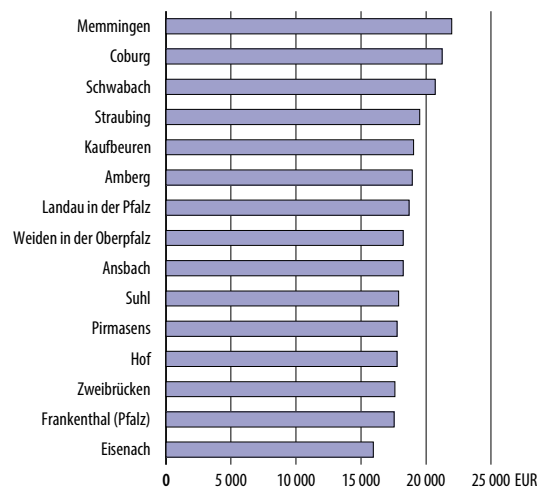


Abb. 6b Verfügbares Einkommen je Einwohner 2009
in den kleinsten kreisfreien Städten



Anhaltspunkte zur Beurteilung der materiellen Situation; für eine möglichst realitätsnahe Betrachtung müssen allerdings weitere Faktoren, besonders die Bevölkerungs- und Haushaltsstruktur in demografischer und soziodemografischer Hinsicht oder die Erwerbsmöglichkeiten in beruflicher und räumlicher Hinsicht, hinzugezogen werden.

Die materielle Situation lässt sich nicht nur positiv anhand des verfügbaren Einkommens messen. Weitere Einblicke liefert eine Negativ-Betrachtung, wie sie zumindest teilweise Gegenstand von „Europa 2020“ ist. Unter dem Aspekt der Integration bzw. Inklusion wurde der Indikator „Armutsgefährdungsquote“ festgelegt. Die in Deutschland von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder berechnete Armutsgefährdungsquote ist ein relatives Maß der Einkommensverteilung. Sie ist definiert als der Anteil der Bevölkerung mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians des Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Je nach räumlicher Bezugsgröße (Bund, Länder, nach tiefer regionaler Gliederung) lassen sich unterschiedliche Armutsgefährdungsquoten berechnen. Bei den hier zunächst zugrunde gelegten Armutsgefährdungsquoten nach dem Bundesmedian liegt allen Städten eine einheitliche Armutsgefährdungsschwelle zugrunde (2011: 848 Euro für Einpersonenhaushalte), die anhand des mittleren Einkommens (Median) im gesam-

ten Bundesgebiet berechnet wird. Dabei werden Unterschiede im Einkommensniveau zwischen den Großstädten nicht beachtet.

Die Armutsgefährdungsquote nach tiefer regionaler Gliederung ist flächendeckend auf der Ebene der Regierungsbezirke bzw. Statistischen Regionen der europäischen Klassifikation NUTS 2, nach Raumordnungsregionen bzw. Anpassungsschichten und für die 15 größten deutschen Städte (mit mehr als 500 000 Einwohnern) verfügbar²¹⁾ [30].

Für die betrachteten kreisfreien Großstädte²²⁾ ergeben sich danach folgende Rangreihen in Bezug auf den Bundesmedian (siehe Abbildung 7a) bzw. in Bezug auf den Median der jeweiligen Großstadt (siehe Abbildung 7b).

Das Armutsrisiko war 2011 mit 25,0 % am höchsten für Leipzig, d. h. hier verfügten ein Viertel der Wohnbevölkerung über ein Einkommen von weniger als 60 % des Bundesmedians des Äquivalenzeinkommens. Es folgen in absteigender Reihenfolge Dortmund mit 24,2 %, Duisburg mit 23,5 % und Hannover mit 22,6 %. Am niedrigsten war das am Bundesmedian gemessene Armutsrisiko in München mit 11,8 % und in Hamburg mit 14,7 %.

Kartografisch, d. h. für Deutschland insgesamt, ist nur die Einkommenssituation flächendeckend auf Kreisebene verfügbar (siehe Abbildung 8).

Wählt man die Kreise als regionale Einheit und weitet die Betrachtung auf Deutschland ins-

21) Diese Ergebnisse sind kostenlos abrufbar unter [30].

22) Der Vollständigkeit wegen und um Verzerrungen zu vermeiden, werden im Text auch Angaben zu den Städten Hannover und Duisburg gemacht, Städten, die aus der Betrachtung ausgeschlossen wurden wegen der fehlenden Eigenschaft als kreisfreie Stadt (Hannover) oder wegen der Einwohnerzahl (Duisburg).

Abb. 7a Armutsgefährdungsquoten¹
nach ausgewählten Großstädten 2011
gemessen am Bundesmedian

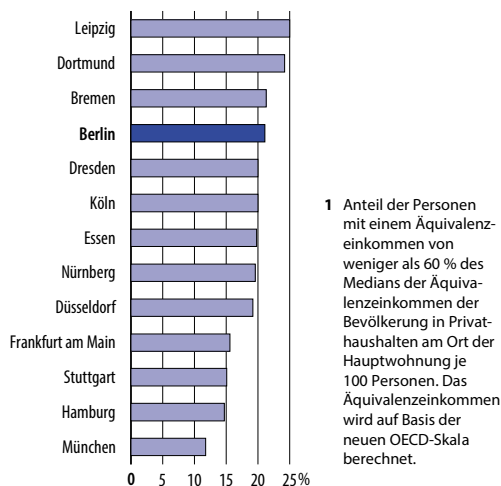


Abb. 7b Armutsgefährdungsquoten¹
nach ausgewählten Großstädten 2011
gemessen am Median der jeweiligen Großstadt

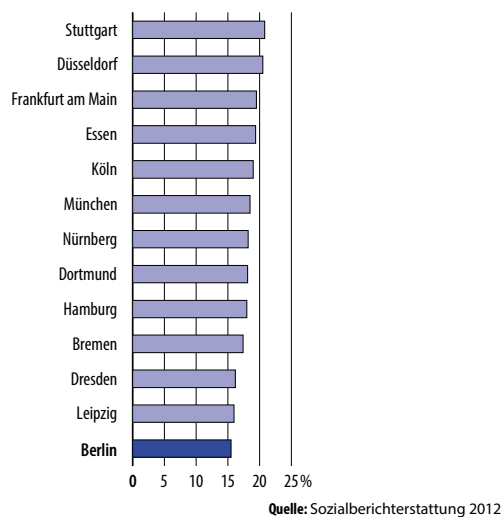


Abb. 8 Regionalatlas Deutschland
Indikatoren des Themenbereichs
„Verdienste und Einkommen“



Verfügbares **Einkommen**
je Einwohner 2009
Kreise und kreisfreie Städte,
5 Klassen, gleiche Intervalle

	Anzahl
13 895 EUR bis unter 17 320 EUR	119
17 320 EUR bis unter 20 745 EUR	228
20 745 EUR bis unter 24 170 EUR	57
24 170 EUR bis unter 27 595 EUR	5
27 595 EUR bis unter 31 020 EUR	3

gesamt aus, so zeigt sich, dass das verfügbare Einkommen 2009 je Einwohner am höchsten im Stadtkreis Heilbronn war mit rund 31 000 Euro. Es lag damit sogar um rund 7 000 Euro höher als in Hamburg und München, die kreisfreien Großstädte mit dem höchsten verfügbaren Einkommen (Abbildung 6a). Aus der Karte geht hervor, dass es sich bei den Kreisen mit dem höchsten Einkommen überwiegend um Landkreise handelt. In abnehmender Reihenfolge war das verfügbare Einkommen je Einwohner besonders hoch in Heilbronn, in dem Landkreis Starnberg, dem Hochtaunuskreis, Sankt Wendel, dem Landkreis München, dem Stadtkreis Baden-Baden, dem Kreis Olpe, dem Landkreis Erlangen-Höchstädt, dem Stadtstaat Hamburg

sowie dem Main-Taunus-Kreis (letzterer mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von 23 612 Euro). Unter diesen Top 10 gab es nur drei kreisfreie Städte: Heilbronn, Baden-Baden und Hamburg (in absteigender Reihenfolge). Bei den Kreisen mit dem höchsten verfügbaren Einkommen je Einwohner handelt es sich überwiegend um Landkreise in der Nähe von Großstädten, also den Wohnorten von Beziehern hoher Einkommen.

3.2.3 Berufstätigkeit

Während im vorherigen Abschnitt Umfang und Quelle des finanziellen Mittelbestandes untersucht wurden, geht es in diesem Abschnitt vor

allein um die Erwerbstätigkeit und damit verbundene Zielsetzungen. In ihren Vorbemerkungen zu diesem Abschnitt führt die OECD aus, dass eine den persönlichen Wünschen und Fähigkeiten entsprechende Berufstätigkeit mit einer angemessenen Bezahlung das Ziel eines jeden Menschen weltweit ist. Auch in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist die Einkommenssituation von Bedeutung, allerdings in Verbindung mit dem Ziel der Gerechtigkeit der Entlohnung von Frauen und Männern²³⁾ [7, S. 58 f.].

Als Kernindikatoren werden in „How's life“ genannt: (1) Erwerbstätigenquote, die Langzeitarbeitslosigkeit und der durchschnittliche Jahresverdienst je Beschäftigten.

Die Erwerbstätigenquote ist definiert als Anteil der 15- bis unter 65-jährigen Erwerbstätigen an der Bevölkerung in dieser Altersgruppe. Auch in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sowie in „Europa 2020“ ist dieser Indikator enthalten. Für Deutschland und Europa sind diese Indikatoren mit Zielen versehen. In beiden Fällen wird angestrebt, die Quote bis zum Jahr 2020 auf 75 % zu erhöhen. Für Deutschland erfordert dies eine Steigerung um 2 Prozentpunkte, ausgehend von 73 % in 2010 [7, S. 54 ff.]. Der Indikator Erwerbstätige insgesamt (am Arbeitsort) je 1000 Einwohner im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren gibt Auskunft über die Arbeitsplatzdichte.

Der Indikator reicht für die deutschen Großstädte von 92 % (Frankfurt/M.) bis 48 % in Berlin. Dieser Indikator sagt vor allem etwas aus über das Arbeitsangebot vor Ort in der betrachteten Altersklasse. Für die kleinen kreisfreien Städte ist eine ähnliche Spanne zu beobachten: So waren die Indikatorenwerte mit 96 % für Coburg am höchsten, für Frankenthal (Pfalz) hingegen mit 47 % am niedrigsten.

Einen kurzen Einblick in die Situation in Deutschland bezüglich Arbeitskräfteangebot und Arbeitsplatzangebot bieten die beiden Karten 10a und 10b.

Für Deutschland insgesamt liegt das Verhältnis der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an der Wohnbevölkerung (Karte 10a) in mehr als der Hälfte aller Kreise bei über zwei Drittel. Das trifft vor allem auf den Westen und

Abb. 9a Erwerbstätige am Arbeitsort in % der 15- bis 65-jährigen Bevölkerung 2010 in den größten kreisfreien Städten

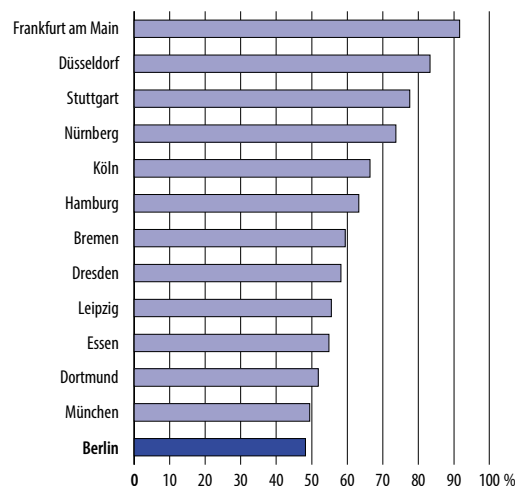
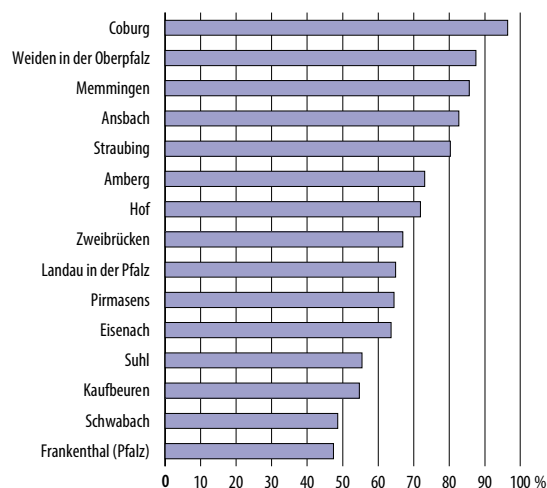


Abb. 9b Erwerbstätige am Arbeitsort in % der 15- bis 65-jährigen Bevölkerung 2010 in den kleinsten kreisfreien Städten



Süden von Deutschland zu. Ein anderes Bild ergibt sich, wenn man die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort betrachtet. Bezüglich dieser sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort, bezogen auf die Erwerbsfähigen am Wohnort im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (Karte 10b), liegt dieser Anteil in der überwiegenden Zahl der Kreise bei mehr als 50 %. Besonders hoch sind diese Anteile im Osten und Süden Deutschlands. Vor allem in Grenzregionen, besonders im Westen, gibt es jedoch auch Kreise mit einer Beschäftigtenquote unter 48 %. Die OECD veranschaulicht diese Indikatoren an Beispielen [14, S. 60 f.].

Ein wichtiger Indikator zur Beschreibung der Arbeitsmarktsituation in einem Land oder einer Re-

23) In der deutschen Strategie „Nachhaltig Entwicklung in Deutschland“ wird der Indikator „Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen“ zur Verringerung der sozialen Ungleichheit verwendet; siehe dazu [7, S. 58 f.].

Abb. 10a Regionalatlas Deutschland
Indikatoren des Themenbereichs „Erwerbstätigkeit“

Arbeitsplatzdichte 2009
Kreise und kreisfreie Städte,
5 Klassen, gleiche Intervalle

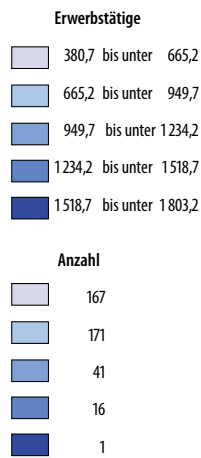
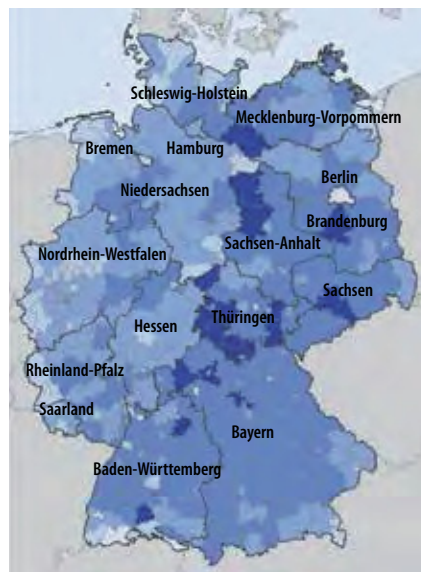
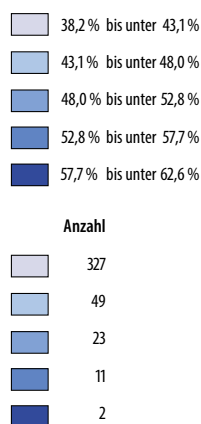


Abb. 10b Indikatoren des Themenbereichs „Erwerbstätigkeit“

Beschäftigtenquote 2010
Kreise und kreisfreie Städte,
5 Klassen, gleiche Intervalle



gion ist die Arbeitslosigkeit. Die Langzeitarbeitslosigkeit wird bei der OECD als Indikator für das Risiko der gesellschaftlichen Ausgrenzung, einer potenziellen Armut und der Deprivation gewählt. Eine derartige Betrachtung ist insofern notwendig, als die OECD-Indikatoren in „How's life“ vor allem zur Bestandsaufnahme, d. h. zur Beschreibung des Ist-Zustandes in ihren Mitgliedstaaten bzw. weltweit dienen. In der europäischen Strategie „Europa 2020“ – und damit für Deutschland – wird dazu der Indikator „Armutsgefährdungsrisiko“, wie oben bereits ausgeführt, herangezogen.

Als „Langzeitarbeitslose“ werden bei der OECD diejenigen Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren bezeichnet, die mehr als ein Jahr arbeitslos waren. Für Deutschland wird von der Bundesagentur für Arbeit der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen insgesamt²⁴⁾ [31] bereitgestellt. Für die kreisfreien Städte – die größten und die kleinsten – ergibt sich folgende Situation (Abbildungen 11a und 11c).

Bei der Mehrheit der betrachteten Großstädte lag die Langzeitarbeitslosigkeit, gemessen an allen Arbeitslosen, bei mehr als 35 %. Das heißt, dass mindestens jeder dritte Arbeitslose 2011 auch zugleich mehr als ein Jahr ohne Arbeit war. Relativ am niedrigsten war die Langzeitarbeitslosigkeit in Hamburg mit 28,4 %, gefolgt von München mit 30,2 %. Das heißt, in Hamburg oder München waren 3 von 10 Arbeitslosen länger als ein Jahr als arbeitslos gemeldet.

Aus Tabelle 2 geht auch hervor, dass absolut die Anzahl der Arbeitslosen in Großstädten deutlich höher ist. Für die 13 größten Städte mit mehr als 500 000 Einwohnern waren dies mit ca. 233 000 knapp die Hälfte der Langzeitarbeitslosen (insgesamt ca. 451 000 Langzeitarbeitslose) in der Gesamtheit der kreisfreien Städte. Anders verhält es sich für die kleinen kreisfreien Städte: Hier lag die Langzeitarbeitslosigkeit maximal bei 36 % (Pirmasens) und minimal bei 22 % (Suhl). Anders als bei den kreisfreien Großstädten betrug der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen insgesamt bei den kleinen Städten – mit Ausnahme von fünf Städten – weniger als 30 %. Ein differenziertes Bild über die von der Arbeitslosigkeit betroffenen Personengruppen wie Männer, Frauen, Jugendliche, Ausländer liefern entsprechende Arbeitslosenquoten. Aufgrund der besonderen Bedeutung der schulischen Bildung und beruflichen Ausbildung bei „How's life“, der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sowie Europa 2020 soll hier bereits kurz ergänzend auf die Arbeitsmarktsituation von Jugendlichen, vor allem die Arbeitslosigkeit, eingegangen werden. Die Jugendarbeitslosigkeit, definiert als Anteil der 15- bis unter 25-Jährigen als arbeitslos gemeldeten Personen an den Arbeitslosen insgesamt, stellt sich für die ausgewählten Kreise wie folgt dar (Abbildung 12c).

24) Dieser Indikator wird auch im Regionalatlas abgebildet; siehe [31].

Abb. 11a Langzeitarbeitslose in %
der Arbeitslosen insgesamt 2011
in den größten kreisfreien Städten

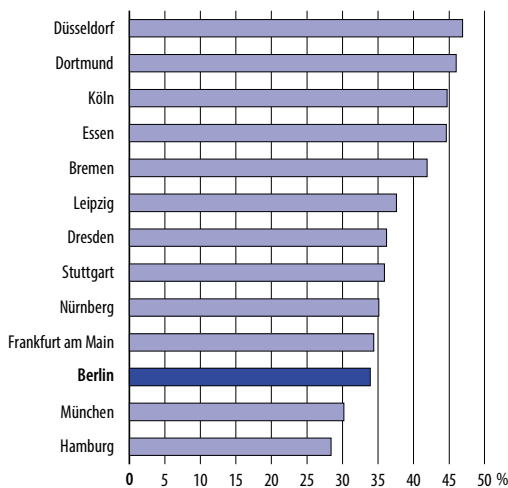


Abb. 11c Langzeitarbeitslose in %
der Arbeitslosen insgesamt 2011
in den kleinsten kreisfreien Städten

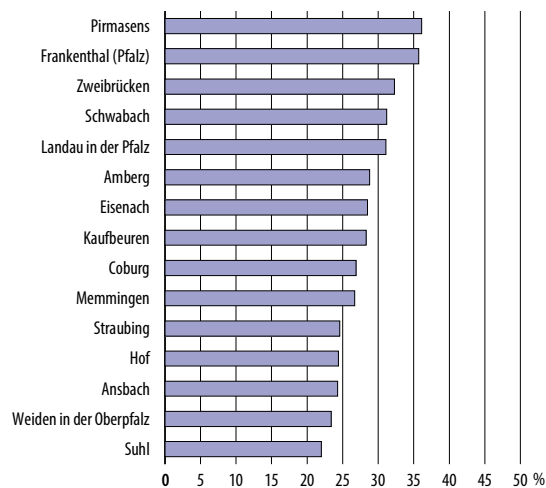


Abb. 11b Arbeitslose im Alter von 15 bis unter 25 Jahren
in % der Arbeitslosen insgesamt 2011
in den größten kreisfreien Städten

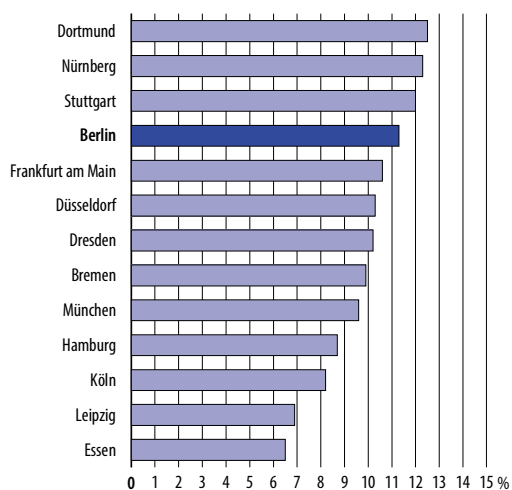
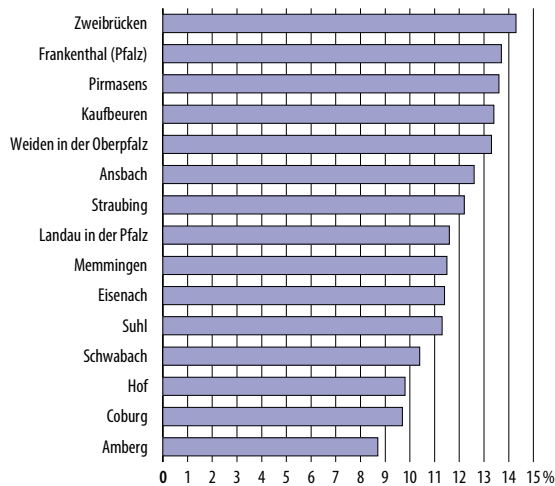


Abb. 11b Arbeitslose im Alter von 15 bis unter 25 Jahren
in % der Arbeitslosen insgesamt 2011
in den kleinsten kreisfreien Städten



Der OECD-Indikator „Langzeitarbeitslosigkeit“ als Indikator unter anderem für soziale Ausgrenzung zeigt für Deutschland, dass diese Gefahr nahezu in allen deutschen Kreisen mit Ausnahme der Gebiete im Südosten besteht (Abbildung 12a). Mit 57,4 % war sie 2011 am höchsten in der kreisfreien Stadt Hamm, gefolgt von dem Odenwaldkreis (55,2 %) sowie den kreisfreien Städten Mülheim a. d. Ruhr (54,3 %) und Oberhausen (50,3 %). In weiteren 52 Kreisen und kreisfreien Städten lag der Anteil der Langzeitarbeitslosen, gemessen an den Arbeitslosen insgesamt, zwischen 40 und 49 %. Betrachtet man hingegen die Arbeitslosigkeit in Deutschland insgesamt (Abbildung 12b), d. h. alle bei der Bundesagentur für Arbeit als arbeitslos gemeldeten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, gemessen

an den Erwerbspersonen insgesamt, so sind von Arbeitslosigkeit vor allem die Landkreise in Deutschland besonders stark betroffen. Von den 10 am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffenen Kreisen befanden sich 8 im Osten Deutschlands.

Bezieht man – im Hinblick auf intergenerative Entwicklungen – die Jugendarbeitslosigkeit mit ein, so war in 8 der o. g. von Arbeitslosigkeit besonders betroffenen Kreise auch die Jugendarbeitslosigkeit besonders hoch. An erster und zweiter Stelle der von Jugendarbeitslosigkeit besonders betroffenen Kreise lagen die Uckermark mit 15,6 % und Bremerhaven mit 14,9 %.

Vergleicht man den Aussagegehalt verschiedener Indikatoren zur Arbeitslosigkeit, so ist Langzeitarbeitslosigkeit – in Anlehnung an „How’s

Abb. 12a Regionalatlas Deutschland
Indikatoren des Themenbereichs „Arbeitslosigkeit“

Anteil **Langzeitarbeitslose**
an Arbeitslosen insgesamt 2011,
Kreise und kreisfreie Städte,
5 Klassen, gleiche Intervalle

	Anzahl
15,1 % bis unter 23,6 %	39
23,6 % bis unter 32,0 %	151
32,0 % bis unter 40,5 %	151
40,5 % bis unter 48,9 %	46
48,9 % bis unter 57,4 %	4
Keine Daten vorhanden	11



Abb. 12b Indikatoren des Themenbereichs „Arbeitslosigkeit“

Arbeitslosenquote 2011
Kreise und kreisfreie Städte,
5 Klassen, gleiche Intervalle

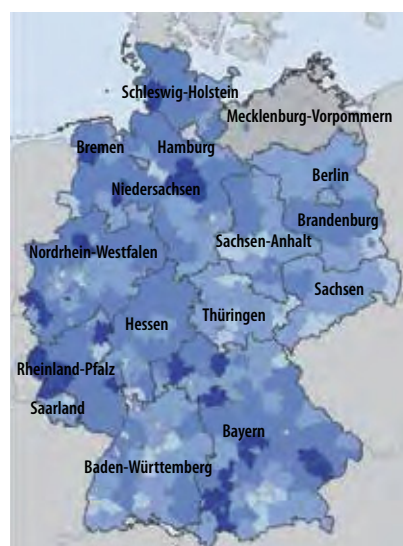
	Anzahl
1,4 % bis unter 4,5 %	131
4,5 % bis unter 7,5 %	134
7,5 % bis unter 10,6 %	78
10,6 % bis unter 13,6 %	42
13,6 % bis unter 16,7 %	11
Keine Daten vorhanden	6



Abb. 12c Indikatoren des Themenbereichs „Arbeitslosigkeit“

Anteil **Arbeitslose** 15 bis 24 Jahre
an Arbeitslosen insgesamt 2011
Kreise und kreisfreie Städte,
5 Klassen, gleiche Intervalle

	Anzahl
3,4 % bis unter 5,5 %	3
5,5 % bis unter 7,7 %	39
7,7 % bis unter 9,8 %	164
9,8 % bis unter 12,0 %	162
12,0 % bis unter 14,1 %	28
Keine Daten vorhanden	6



life“ – der Indikator, mit dem am ehesten die Gefahr einer sozialen Ausgrenzung verbunden ist. Unter intergenerativen Gesichtspunkten wären zumindest kombinierte Auswertungen besonders von Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit notwendig.

3.2.4 Schul- und Ausbildung

Erziehung und Ausbildung haben einen großen Einfluss auf die Lebensqualität, da sie sowohl dem Einzelnen Entwicklungsmöglichkeiten und einen besseren Lebensstandard gestatten und gesamtgesellschaftlich zu einem höheren wirtschaftlichem Wachstum, einem stärkeren Zusammenhalt und weniger Kriminalität führen [14, S. 145]. Ein Kernindikator der OECD für diesen Bereich ist der Anteil der 25- bis unter 65-jährigen Bevölkerung mit einem tertiären Abschluss. Ähnliche Indikatoren gelten für die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie sowie die europäische Strategie „Europa 2020“. In der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2012 werden der Anteil der 30- bis 34-jährigen Bevölkerung mit einem tertiären oder postsekundären nicht-tertiären Abschluss an allen 30- bis 34-Jährigen sowie der Anteil der 18- bis 24-Jährigen ohne Abschluss des Sekundarbereichs II und nicht in Ausbildung befindlich an allen 18- bis 24-Jährigen verwendet [7, S. 58]. Ähnliches gilt für Europa 2020 [32], (Abbildungen 13a und 13b).

Da der Bevölkerungsanteil der 25- bis unter 65-Jährigen mit einem Tertiärabschluss nur aggregiert für Deutschland und nicht kleinräumig vorliegt, soll im Folgenden als Indikator für den Bildungsstand der Anteil der Schulabsolventen mit allgemeiner Hochschulreife an den Schulabgängern insgesamt verwendet werden. Dieser Anteil war 2010 mit nahezu 60 % in Hamburg am höchsten. Insgesamt, d. h. bezogen auf die größten und kleinsten kreisfreien Städte, lagen die weiteren Anteile zwischen 26,2 % für Kaufbeuren und 41,2 % für Berlin. Für Deutschland weist die OECD nach der eingangs genannten Definition einen Wert von rund 27 % für 2009 aus²⁵⁾. Auch die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie enthält Indikatoren zum Bildungsstand, wenn auch in anderer inhaltlicher Abgrenzung. Unterschied-
25) [14] „Figure 7.2. Population that has attained a tertiary degree“, S. 152. Ein Verweis auf die nationale Quelle erfolgt nicht.

Abb. 13a Schulabsolventen mit allgemeiner Hochschulreife in % der Schulabgänger insgesamt 2010 in den größten kreisfreien Städten

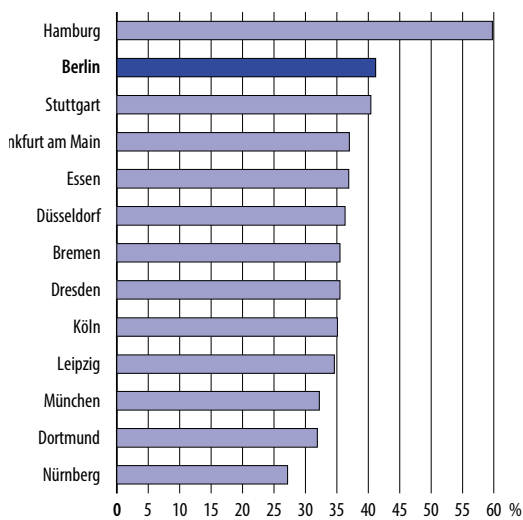
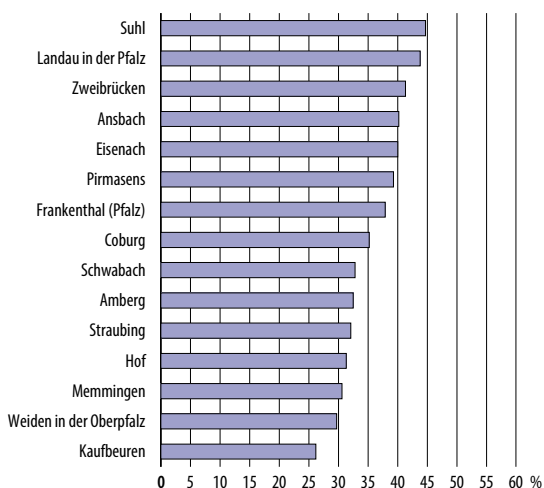


Abb. 13b Schulabsolventen mit allgemeiner Hochschulreife in % der Schulabgänger insgesamt 2010 in den kleinsten kreisfreien Städten



den wird dabei nach verschiedenen Aggregationsstufen von tertiärem und postsekundärem, nichttertiären Bildungsabschluss; auch altersgruppenmäßig bestehen Unterschiede, derart, dass für Deutschland bei diesem Bildungsindikator die Angaben auf die 30 bis 34 Jahre alte Bevölkerung bezogen werden. Dieser Wert liegt für Deutschland nach der EU-Abgrenzung bei 29,8 % [7, S. 28 f.].

Eine Differenzierung bezüglich der Schulabgänger, d. h. der 18- bis 24-Jährigen ohne Abschluss (Deutschland), wie bei der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und bei „Europa 2020“, zeigt die große Spanne der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss (Abbildung 14 b).

Weitet man die Betrachtung auf Deutschland aus, so ergibt sich auf der Ebene der Kreise ein umfassenderes Bild, als es die o. g. Betrachtung der größten und kleinsten kreisfreien Städte erlaubt.

Der Anteil der Schulabsolventen mit allgemeiner Hochschulreife ist besonders hoch, beginnend mit 60,9 % in Potsdam, gefolgt – wie bereits erwähnt – von Hamburg mit 59,8 % und Neustadt a. d. Weinstraße mit 57,9 %. Unter den Top 10 befinden sich – mit Ausnahme des Spree-Neiße-Landkreises – sechs kreisfreie Städte in den Bundesländern des östlichen Landesteils. Bis auf Hamburg sind dies mittelgroße Städte. Die Karte weist im Übrigen einige Landkreise in Bayern aus, in denen dieser Anteil unter 12 % lag; für die im Zentrum liegende Kreisstadt (wie z. B. für Würzburg, Bamberg, Schwabach oder Regensburg) liegt dieser Wert zwischen 32,8 % und 52,9 % und ist damit deutlich höher als die Werte in den umliegenden (Land-)Kreisen. Ähnliches gilt auch für den Landkreis Südwestpfalz mit der kreisfreien Stadt Pirmasens im Zentrum.

Was den Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss anbetrifft, so ist der besonders hoch in der kreisfreien Stadt Schwerin mit 17,8 %, gefolgt von der kreisfreien Stadt Wismar mit 17,7 %. Sämtliche Kreise mit einer Schulabgängerquote von mehr als 11 % liegen in den Bundesländern Ostdeutschlands. Besonders betroffen sind dabei vor allem die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. In den westlichen und südlichen Bundesländern gibt es ebenfalls Kreise mit hohen Schulabgängerquoten; sie liegen hier jedoch unter 11 %: Dies waren in absteigender Reihenfolge die kreisfreie Stadt Gelsenkirchen (10,2 %), gefolgt von Offenbach am Main (10,0 %), der Grafschaft Bentheim (9,8 %), dem Landkreis Günzburg (9,5 %) sowie Fürth (9,4 %) und Nürnberg (9,4 %).

Die Auswertungen zeigen, auch wenn auf nationaler Ebene hohe Werte erreicht werden, z. B. bezüglich dem Bevölkerungsanteil mit einer allgemeinen Hochschulreife, dass sich kleinräumig ein differenzierteres Bild ergibt. Tendenziell gilt, dass je kleiner die betrachteten räumlichen Einheiten werden, desto größere Unterschiede können bezüglich der materiellen Lebensbedingungen und der Lebensqualität bestehen.

Abb. 14a Regionalatlas Deutschland
Indikatoren des Themenbereichs „Bildung“

Anteil **Schulabsolventen**
mit allgemeiner Hochschulreife 2010,
Kreise und kreisfreie Städte,
5 Klassen, gleiche Intervalle

	Anzahl
0,0 % bis unter 12,2 %	6
12,2 % bis unter 24,4 %	109
24,4 % bis unter 36,5 %	211
36,5 % bis unter 48,7 %	73
48,7 % bis unter 60,9 %	13



Abb. 14b Indikatoren des Themenbereichs „Bildung“

Anteil **Schulabgänger**
ohne Hauptschulabschluss 2010,
Kreise und kreisfreie Städte,
5 Klassen, gleiche Intervalle

	Anzahl
1,9 % bis unter 5,1 %	142
5,1 % bis unter 8,3 %	182
8,3 % bis unter 11,4 %	58
11,4 % bis unter 14,6 %	18
14,6 % bis unter 17,8 %	12



4. Bereichsübergreifende Betrachtungen

Zusammenfassend lassen sich die materiellen Lebensbedingungen in Anlehnung an „How’s life“ der OECD für Deutschland wie folgt kennzeichnen: Die deutsche Bevölkerung lebt zu einem Großteil in Großstädten und deren Umland. Aufgrund der relativ hohen Siedlungsdichte in Städten sind Grünanlagen bzw. Erholungsflächen von besonderer Bedeutung. Auch hier weisen nahezu alle Großstädte Grün- bzw. Erholungsflächen auf, die überwiegend mehr als 3 % der Gesamtfläche ausmachen. Was die Wohnsituation anbetrifft, ist der Wohnraum, vor allem gemessen an der Anzahl von m² Wohnfläche pro Person, für die betrachteten dicht und mittel besiedelten Städte relativ ähnlich. Wählt man den Wohnungsbestand je 1000 Einwohner als Indikator, so zeigt die kartografische Darstellung

für die Bundesländer, dass im Osten und Norden von Deutschland wie auch in den Bundesländern Bremen und Saarland zumindest statistisch 500 von 1000 Einwohnern, d. h. jeder zweite Einwohner, über eine eigene Wohnung verfügt. Dies ist anders für die westlichen und südlichen Bundesländer: Hier gibt es je 1000 Einwohner weniger als 490 Wohnungen. Diese Angaben liefern erste Anhaltspunkte über die Wohnsituation in Deutschland. Für eine kleinräumige Analyse sind kartografische Darstellungen auf Kreisebene notwendig; die dafür notwendigen Angaben liegen in der Regionaldatenbank Deutschland vor und könnten relativ einfach in den Regionalatlas aufgenommen werden.

Die Einkommenssituation – ein wichtiger Indikator für die materiellen Lebensbedingungen – ist für Deutschland West bis auf wenige Ausnahmen für einige Kreise im Nordwesten sowie im Südosten mit einem verfügbaren Einkommen je Einwohner von mehr als 17 320 EUR teilweise deutlich höher als im östlichen Deutschland. Hier wird ein vergleichbares Durchschnittseinkommen nur für Berlin und das nähere Umland erreicht.

Die Arbeitsmarktsituation, besonders Erwerbstätigkeit bzw. Arbeitslosigkeit, zeigt für Deutschland ein recht heterogenes Bild. Während die Erwerbsfähigkeit (d. h. der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren an der Wohnbevölkerung) in der überwiegenden Anzahl der Kreise im Westen von Deutschland mehr als 67 % ausmacht, liegen diese Werte für die Kreise im Osten von Deutschland darunter. Diese Ergebnisse dürften vor allem auf eine ungünstige Altersstruktur der dort wohnenden Bevölkerung zurückzuführen sein. Gesamt, d. h. für die Gesamtheit der 412 Kreise von Deutschland im Jahr 2009, liegt der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung für 186 Kreise unter 67 % und für die übrigen Kreise darüber. Vergleicht man diese Werte mit der tatsächlich in Erwerbsarbeit stehenden Bevölkerung (gemessen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort im Verhältnis zur Bevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren), so ist die Beschäftigtenquote für den Osten und Süden von Deutschland höher als für den Westen mit einem Wert von unter 52,8 %. Bezüglich der Arbeitslosigkeit zeigt sich tendenziell eine Dreiteilung:

Die Arbeitslosenquote insgesamt war in 2011 mit unter 4,9 % am niedrigsten in den Kreisen im Süden von Deutschland. Deutlich höhere Werte ergeben sich für den Westen von Deutschland, wo die Arbeitslosenquote für die Mehrheit der Kreise zwischen 4,9 % und 8,3 % liegt. Noch höhere Arbeitslosenquoten weisen die Kreise im Osten von Deutschland auf mit Werten von über 8,3 % bis hin zu 18,3 %. Für die Langzeitarbeitslosigkeit nach deutscher Definition, d. h. dem Anteil an den Arbeitslosen insgesamt, ergibt sich eine davon abweichende räumliche Verteilung, derart, dass in der überwiegenden Anzahl der Kreise die Langzeitarbeitslosigkeit bei einem Anteil von 23,6 % und mehr an den Arbeitslosen insgesamt beträgt. Höhere Werte werden möglicherweise in strukturschwachen Regionen, aber auch in der Nähe zu Ballungsgebieten wie dem Ruhrgebiet oder dem Rhein-Main-Gebiet erreicht. Ob und inwieweit damit die Gefahr einer mangelnden Inklusion verbunden ist, müssen weitere Analysen zeigen.

Der Bildungsstand, gemessen an den Schulabsolventen mit allgemeiner Hochschulreife, weist für Deutschland auf der Ebene der Kreise eine große Streubreite aus, die kein klares räumliches Muster erkennen lässt.

5. Ausblick

Die Untersuchung der materiellen Lebensbedingungen auf der Grundlage ausgewählter Indikatoren aus der amtlichen Statistik für den Ansatz „How's life“ der OECD sowie ergänzenden Indikatoren aus der Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland und Europa 2020 für Europa zeigt Folgendes:

Eine räumlich differenzierte Untersuchung anhand bundesstatistischer Daten für verschiedene Regionaleinheiten, ausgewählte kreisfreie Städte und Landkreise ist möglich. Die globalen Ergebnisse für Deutschland insgesamt lassen sich auf diese Weise verfeinern. Als Ausgangspunkt wurden hier die materiellen Lebensbedingungen in Anlehnung an den OECD-Ansatz in „How's life“ gewählt mit den Komponenten räumliche Situation im weiteren Sinn, Einkommen und Erwerbstätigkeit bzw. Arbeitslosigkeit. Da im allgemeinen Erwerbstätigkeit und Bildungsstand eng

miteinander einhergehen, wurde sachlich eine Umgliederung von „Bildung“ aus dem Bereich „quality of life“ bei der OECD zu materiellen Lebensbedingungen vorgenommen. In enger Verbindung damit wurde auch die Erwerbstätigkeit, vor allem die Arbeitslosigkeit junger Menschen, einbezogen. Dabei zeigt sich, dass, selbst wenn die Ausbildungssituation für Deutschland, gemessen an Schulabsolventen mit Hochschulabschluss auf nationaler Ebene, einen relativ hohen Anteil ausmacht, dies sich regional unterschiedlich darstellt. Dabei treten – zumindest implizit – auch Beziehungen der betrachteten Städte, besonders mit ihrem Umland, zu Tage. Entsprechende Hypothesen können Ausgangspunkt für weitere Analysen sein, wie beispielsweise die Ausführungen zur Beschäftigung anhand der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten oder zur Arbeitslosigkeit zeigen.



Die Bundesstatistik stellt ein breites Spektrum an statistischen Daten, Verfahren und Methoden bereit, die es dem interessierten Nutzer ermöglichen, sich relativ leicht ein Bild auch von komplexen Sachverhalten sowohl auf nationaler Ebene wie auch in kleinräumiger Hinsicht zu machen. Potenziellen Nutzern sind diese inhaltlich und analysetechnisch kostenfrei zugänglich; d. h. das Angebot aus der Bundesstatistik entspricht damit den Prinzipien von „open data“. Die verschiedenen Darstellungs- und Visualisierungsformen – tabellarisch, histografisch und kartografisch –, hier für die kleinsten und größten kreisfreien Städte sowie für alle Kreise von Deutschland, zei-

gen, dass ihnen ein unterschiedlicher Informationsgehalt innewohnt. Während die ersteren beiden eine isolierte Betrachtung der ausgewählten Städte erlauben, bieten kartografische Darstellungen auch Hinweise auf Verflechtungen, nicht nur in räumlicher, sondern auch in sachlicher Hinsicht. Eine größere räumliche Genauigkeit könnte noch erzielt werden, wenn, statt der bislang verwendeten administrativen Regionaleinheiten, sogenannte Rasterdaten – wie z. B. für die Europäische Union – verwendet werden könnten; die dafür notwendige Gesetzesänderung im Rahmen des sogenannten E-Government-Gesetzes wird noch in dieser Legislaturperiode erwartet.

Es gibt eine Fülle von Indikatoren zur Beurteilung der Lebensbedingungen im weiteren Sinn auf nationaler sowie auf supra- und internationaler Ebene aus der amtlichen Statistik, wenn auch nicht immer passgenau. Dass Näherungslösungen ebenfalls in eine ähnliche Richtung weisen können, zeigen beispielsweise der Vergleich der Indikatoren „Armutsrisikoquote“ und „verfügbares Einkommen“ wie auch die verschiedenen Indikatoren zur Beurteilung des gesamtgesell-

schaftlichen tertiären Bildungsstandes. Aus statistischer Sicht wäre allerdings eine Beschränkung auf einige wenige Indikatoren und eine Einigung, zumindest aber Annäherung, in definitorischer und methodischer Hinsicht wünschenswert. Die verschiedenen Nuancen bei einigen Indikatoren, besonders auf supra- und internationaler Ebene, suggerieren eine Genauigkeit, die in Anbetracht des Zwecks von statistischen Indikatoren fragwürdig erscheint. Je komplexer das reale Phänomen und/oder je größer die Dynamik seiner Entwicklung ist, umso schwerer dürfte es sein, dieses hinreichend genau abzubilden. Indikatoren stellen letztlich Zustandsanzeiger dar, die anzeigen sollen, wie bzw. ob die angestrebten realen Ergebnisse sich im gewünschten Ausmaß entwickeln. Ihre Eignung kann sich erst im Zeitablauf bewähren. Selbst dann ist eine regelmäßige Überprüfung ihrer Aussagefähigkeit auf die zu untersuchenden realen Sachverhalte und die angestrebten Ziele notwendig. Erweist sich ein Indikator als ungeeignet, muss ein anderer Indikator gefunden werden, wie dies beispielsweise verschiedentlich bei der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie der Fall war.

Quellennachweis

[1] OECD: Measuring and fostering well-being and progress, The OECD Roadmap, Busan 29 October 2009.

[2] http://www.oecd-ilibrary.org/economics/how-s-life_9789264121164-en

[3] <http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/en/index.htm>

[4] Braakmann, A.: Zur Wachstums und Wohlfahrtsmessung, Die Vorschläge der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission und der Initiative „BIP und mehr“, WiSta 7/2010, S. 609 ff.

[5] <http://www.un.org/millenniumgoals/>

[6] Die Bundesregierung: Nationale Nachhaltigkeitsstrategie, Fortschrittsbericht 2012, Berlin, 31. Oktober 2012.

[7] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung in Deutschland, Indikatorenbericht 2012, Wiesbaden, Februar 2012.

[8] http://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/Nachhaltigkeit/0-B-%C3%BCBchne/2012-04-16-fortschrittsberichtgrundsatzartikel.html;jsessionid=C5B-5661F72EF05FC385B7CD699203B-FC.s1t1?__site=Nachhaltigkeit

[9] http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-a-nutshell/flagship-initiatives/index_de.htm

[10] Schnorr-Bäcker, S.; Heilemann, U.: Methoden und Grenzen der Marktbeobachtung im EU-Binnenmarkt und den Mitgliedstaaten,

Endbericht, Forschungsvorhaben Nr. 61/09 im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Mai 2011.

[11] <http://www.nachhaltigkeitsrat.de/projekte/eigene-projekte/nachhaltigkeitspolitik-der-bundeslaender/>

[12] Deutscher Bundestag: Antrag der Fraktionen CDU /CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Einsetzung einer Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“, Drucksache 17/3853 vom 23.11.2010, sowie Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode: Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, Protokoll Nr. 17/1: Kurzprotokoll erste Sitzung (öffentlich), Berlin 17.01.2011.

[13] Deutscher Bundestag (Hrsg.): Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, Enquete Projektgruppe 2: Arbeitsbericht Projektgruppe 2 „Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands- bzw. Fortschrittsindikators“, Kommissionsdrucksache 17(26)72, Stand 20.02.2012.

[14] OECD: How's Life?: Measuring Well-Being; OECD Publishing, Paris 2011.

[15] Handbook on Constructing Composite Indicators. Methodology and user guide, hrsg. von der OECD, Paris 2008; zu Anwendungsbei-

spielen siehe: Joint Research Center: Composite Indicators at the JRC, Unit of Econometrics and Applied Statistics, April 2008.

[16] <https://www.destatis.de/DE/Meta/AbisZ/Zeitbudgeterhebung.html>

[17] <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/logon>

[18] <http://ims.destatis.de/indikatoren/Default.aspx>

[19] <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Gemeindeverzeichnis.html>

[20] <http://www.urbandaudit.org/>

[21] <http://www.staedtestatistik.de/urban-audit.html>

[22] Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 über die Schaffung einer gemeinsamen Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS), ABl. L 154 vom 21.06.2003, S. 1, zuletzt geändert durch Verordnung (EU) Nr. 31/2011 der Kommission vom 17. Januar 2011, ABl. L 13 vom 18.01.2011.

[23] OECD (Hrsg.): Redefining „Urban“ A new way to measure metropolitan areas, Paris 2012.

[24] http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Glossary:Revision_of_the_degree_of_urbanisation

[25] Correspondance table DEGREE OF URBANISATION – Local Administrative Units, http://ec.europa.eu/eurostat/ramon/miscellaneous/index.cfm?TargetUrl=DSP_DEGURBA

[26] Bundesministerium des Innern: E-Government-Gesetz, http://www.bmi.bund.de/DE/ThemenIT-Netzpolitik/E-Government/E-Government-Gesetz/e-government-gesetz_node.html

[27] <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/Aktuell/08GemeindenEinwohnergrossen.html>

[28] Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regio-Stat; Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder 2012, Stand Januar, München, Januar 2012.

[29] http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-a-nutshell/targets/index_de.htm

[30] <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/A1armutsgefaehrungsquoten.html>

[31] <http://ims.destatis.de/indikatoren/Default.aspx?nsc=true&https=1>

[32] http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/europe_2020_indicators/headline_indicators

**Susanne Schnorr-Bäcker und
Hartmut Bömermann**

Nachrichten aus der Statistik



V. l.: Harald Brandes,
Dr. Rolf Geruschkat,
Dr. Christel Figgenger,
Dr. Frank Martin,
Dr. Frank Padberg

Pressekonferenz: Konjunkturprognose Hessen 2014

„Hessische Wirtschaft schaltet einen Gang hoch“ – dies war die Hauptbotschaft der diesjährigen Pressekonferenz „Konjunkturprognose Hessen 2014“ des Hessischen Statistischen Landesamtes (HSL) am 9. Dezember 2013 im hessischen Landtag. In Zusammenarbeit mit der IHK Arbeitsgemeinschaft Hessen, der Arbeitsgemeinschaft der hessischen Handwerkskammern und dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

Hessen der Bundesagentur für Arbeit stellte die Präsidentin des HSL, Dr. Christel Figgenger, die gemeinsame Wirtschafts- und Arbeitsmarktprogno-
gnose für das Jahr 2014 vor.

Laut Gutachten wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Hessen im Jahr 2013 voraussichtlich um 0,8 % (Deutschland: + 0,4 %) gegenüber dem Vorjahr zunehmen. Im Jahr 2014 dürfte die hessische Wirtschaft aufgrund einer wieder anspringenden Investitionstätigkeit und einer Belebung des Außenhandels mit 1,9 % (Deutschland: + 1,8 %) erneut wachsen.

„Eine Konjunkturstütze wird auch im Jahr 2014 der private Konsum sein: Die gute Arbeitsmarktentwicklung, steigende Löhne, eine moderate Teuerungsrate und die sehr niedrigen Zinsen stimulieren die private Nachfrage. Zudem dürfte die schwache Investitionsneigung 2014 endgültig überwunden und darüber die Industriekonjunktur angeschoben werden“, so Frau Dr. Figgenger.

Wie in den Vorjahren war das Interesse seitens der Presse- und Rundfunkvertreter groß, was sich in einer breiten medialen Berichterstattung niederschlug.

Das Presseecho



Hessischer Zahlenspiegel

Bevölkerung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1000	5 993,8 ²⁾	6 016,5	5 997,0	5 999,1	6 000,8	6 017,9	6 018,1	6 019,7	6 022,7
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 894	2 310	1 263	1 836	2 767	669	1 408	1 440	3 186
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,8	4,6	2,5	3,7	5,4	1,4	2,8	2,9	6,2
* Lebendgeborene	"	4 605	4 301	4 160	3 895	4 161	3 468	3 976	3 940	4 718
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,2	8,6	8,2	7,9	8,2	7,5	7,8	8,0	9,2
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	5 105	5 155	5 686	5 018	5 359	5 585	6 060	5 939	4 829
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,2	10,3	11,2	10,2	10,5	12,1	11,9	12,0	9,4
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	16,5	13	15	8	11	22	25	13	16
auf 1000 Lebendgeborene	"	3,5	3,1	3,6	2,1	2,6	6,3	6,3	3,3	3,4
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorenen (-)	"	- 500	- 854	- 1 526	- 1 123	- 1 198	- 2 117	- 2 084	- 1 999	- 111
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 1,0	- 1,7	- 3,0	- 2,3	- 2,4	- 4,6	- 4,1	- 4,0	- 0,2
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	"	16 876	15 906	15 266	15 192	14 378	13 580	14 197	17 110	14 327
* darunter aus dem Ausland	"	8 394	8 272	8 035	7 863	7 640	7 410	7 538	9 220	7 935
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	13 798	13 353	12 472	12 100	11 618	11 455	12 182	13 698	11 410
* darunter in das Ausland	"	5 530	5 446	4 969	4 687	4 846	5 268	5 314	5 905	4 888
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	3 078	2 553	2 794	3 092	2 760	2 125	2 015	3 412	2 917
* Innerhalb des Landes Umgezogene ³⁾	"	17 981	17 817	17 764	17 706	17 108	16 393	17 101	18 904	17 269

Arbeitsmarkt ⁴⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
* Arbeitslose (Monatsmitte)	Anzahl	182 518	178 320	179 905	172 680	172 783	189 714	189 320	181 506	177 936
und zwar										
Frauen	"	87 435	84 392	87 138	82 929	82 849	89 714	90 664	86 475	84 626
Männer	"	95 083	93 928	92 767	89 751	89 934	100 000	98 656	95 031	93 310
Ausländer	"	46 024	46 241	46 593	44 940	45 465	49 294	49 746	48 468	48 384
Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	"	17 474	17 464	19 680	17 714	15 970	21 428	21 462	18 602	16 576
* Arbeitslosenquote ⁵⁾ insgesamt	%	5,9	5,7	5,7	5,5	5,5	5,9	5,9	5,7	5,6
und zwar der										
* Frauen	"	6,0	5,7	5,9	5,6	5,6	6,0	6,0	5,8	5,6
* Männer	"	5,7	5,7	5,6	5,4	5,4	5,9	5,8	5,6	5,5
* Ausländer	"	13,2	13,0	12,9	12,5	12,6	12,9	13,0	12,7	12,6
* Jüngeren von 15 bis unter 25 Jahren	"	5,4	5,3	6,0	5,4	4,8	6,5	6,5	5,7	5,0
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	7 943	6 809	2 473	5 750	7 371
* Gemeldete Arbeitsstellen (Monatsmitte) ⁶⁾	"	38 053	35 553	35 845	35 492	35 189	33 600	33 438	33 357	32 529

Erwerbstätigkeit ⁷⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2011	2012	2011			2012			2013
		30.6.		März	Sept.	Dez.	März	Sept.	Dez.	März
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt ⁸⁾⁹⁾	1000	2 233,4	2 272,3	2 220,7	2 283,7	2 272,5	2 267,5	2 310,9	2 293,9	2 284,6
und zwar										
* Frauen	"	1 006,7	1 027,2	1 005,7	1 030,7	1 029,6	1 027,5	1 046,8	1 043,7	1 041,5
* Ausländer	"	232,4	247,4	226,2	238,5	236,1	242,5	254,6	250,9	255,0
* Teilzeitbeschäftigte ¹⁰⁾	"	458,8	588,8	449,8	588,8	592,1
* darunter Frauen ¹⁰⁾	"	373,7	469,3	368,3	469,3	471,9
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ¹¹⁾										
davon										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	7,9	8,1	7,4	8,2	7,2	7,7	8,3	7,3	7,7
darunter Frauen	"	2,6	2,7	2,4	2,7	2,4	2,5	2,7	2,4	2,5
* Produzierendes Gewerbe	"	563,3	574,7	557,6	573,0	565,9	566,2	584,5	578,0	575,1
darunter Frauen	"	125,3	129,2	124,4	127,4	126,1	126,8	131,5	130,1	129,7
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	"	543,9	554,9	540,7	557,0	558,0	555,9	566,1	555,5	550,4
darunter Frauen	"	239,2	243,0	238,4	245,1	245,5	243,9	248,1	244,7	243,2
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	"	570,0	557,0	563,7	583,5	576,2	577,4	583,9	584,9	586,0
darunter Frauen	"	252,8	256,9	251,8	259,1	257,4	257,8	261,4	263,7	264,0
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	"	548,1	557,0	551,1	561,1	564,0	559,2	567,1	567,2	564,4
darunter Frauen	"	386,7	395,0	388,6	396,0	397,7	396,0	402,7	402,3	401,6

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2) Am 31.12. – 3) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. – 4) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig; die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 5) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen. Beim Nachweis der Merkmale nach Geschlecht sind Fälle „ohne Angaben“ in den „Insgesamt“-Positionen enthalten. – 6) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. – 7) Statistik der Bundesagentur für Arbeit; vorläufige Werte. – 8) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung. – 9) Erstellungsdatum: 01.11.2013. – 10) Wegen Umstellungen im Erhebungsverfahren wird dieses Merkmal bis voraussichtlich Mitte 2013 ausgesetzt. – 11) Abgrenzung nach WZ 2008.

Soziales										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
Leistungsbezug nach SGB II ¹⁾ Daten nach einer Wartezeit von 3 Monaten										
Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	413 081	403 510	404 610	403 321	400 670	411 762	413 048
darunter Frauen	"	211 398	207 435	208 305	207 760	206 498	211 218	212 081
davon										
erwerbsfähige Leistungsberechtigte	"	287 958	280 239	281 627	280 139	277 953	285 751	286 633
nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	"	125 123	123 271	122 983	123 182	122 717	126 011	126 415
darunter unter 15 Jahren	"	117 982	116 289	116 030	116 202	115 816	118 529	118 860

Landwirtschaft										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
Schlachtungen ²⁾										
Rinder insgesamt	Anzahl	3 769	3 471	2 280	2 780	2 874	2 326	2 243	2 417	2 921
darunter										
Kälber ³⁾	"	166	141	136	107	110	75	80	108	135
Jungrinder	"	99	136	53	90	68	85	59	77	96
Schweine	"	46 648	44 763	42 224	42 707	42 749	39 759	42 205	39 761	45 862
darunter hausgeschlachtet	"	1 667	1 423	405	343	638	412	298	351	608
Schlachtmengen ⁴⁾										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	5 926	5 598	5 057	5 314	5 243	4 876	5 089	4 865	5 585
darunter										
* Rinder insgesamt	"	1 130	1 050	723	908	925	749	734	779	934
* darunter										
Kälber ³⁾	"	20	18	17	13	14	10	9	14	17
Jungrinder	"	14	20	8	14	10	12	9	11	14
* Schweine	"	4 290	4 131	3 931	3 983	3 955	3 719	3 941	3 700	4 283
* Geflügelfleisch ⁵⁾	"
* Erzeugte Konsumeier ⁶⁾	1000 St.	14 789	17 263	16 263	18 679	18 681	18 267	17 836	17 858	17 332

Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
* Betriebe	Anzahl	1 373	1 401	1 402	1 403	1 403	1 402	1 400	1 398	1 396
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	351,3	355,8	356,1	358,5	358,7	355,1	357,0	358,9	359,5
* Geleistete Arbeitsstunden	"	45 230	44 907	43 741	46 280	43 856	44 625	46 082	43 775	45 275
* Entgelte	Mill. Euro	1 360,7	1 421,1	1 335,5	1 324,7	1 352,5	1 480,7	1 374,4	1 353,8	1 376,4
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	8 793,9	8 645,4	8 505,2	8 491,8	8 561,9	8 924,9	9 106,1	8 093,8	9 047,8
* darunter Auslandsumsatz	"	4 526,0	4 493,7	4 274,3	4 343,2	4 456,7	4 730,0	4 771,6	4 120,4	4 684,2
Exportquote ⁸⁾	%	51,5	52,0	50,3	51,1	52,1	53,0	52,4	50,9	51,8
Volumenindex des Auftragseingangs ⁹⁾ insgesamt	2010 = 100 % ¹⁰⁾	1,9	- 5,8	- 4,1	- 3,2	- 12,7	10,7	7,9	- 4,6	5,3
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 1,2	- 6,4	- 6,1	- 3,2	- 15,0	- 3,4	6,7	- 1,4	11,2
Investitionsgüterproduzenten	"	7,4	- 6,6	- 4,5	- 5,1	- 17,2	35,7	9,8	- 9,4	10,4
Gebrauchsgüterproduzenten	"	10,4	- 5,4	- 1,5	- 13,6	56,7	- 19,6	- 10,0	- 10,8	- 31,0
Verbrauchsgüterproduzenten	"	3,3	- 2,0	2,6	1,5	- 3,0	- 0,8	8,4	- 4,2	- 12,5
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ¹¹⁾	- 4,0	- 8,5	- 0,1	- 3,8	- 14,7	- 2,4	17,0	9,8	14,8
Maschinenbau	"	10,4	- 7,3	- 14,8	- 3,0	- 14,0	13,6	16,0	2,4	6,7
Kraftwagen und -teile	"	1,5	- 9,8	11,0	- 15,2	- 29,2	- 0,6	22,1	- 27,2	35,7
Herstellung von Metallzeugnissen	"	11,9	- 9,9	- 11,5	- 4,5	- 27,2	3,2	2,5	- 6,3	18,0

Energie- und Wasserversorgung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
* Betriebe ¹¹⁾	Anzahl	112	114	114	114	114	116	116	116	116
* Beschäftigte ¹¹⁾	"	16 143	16 396	16 334	16 468	16 509	16 295	16 273	16 729	16 790
* Geleistete Arbeitsstunden ¹¹⁾	1000 h	2 042	2 025	1 969	2 102	1 968	2 011	2 077	2 018	2 078
* Entgelte ¹¹⁾	Mill. Euro	67,9	70,1	69,9	65,4	65,4	73,6	71,8	69,1	70,0
* Stromerzeugung (brutto) der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ¹²⁾	Mill. kWh	1 244,6	939,0	731,3	608,7	793,0	603,6	651,3	684,8	749,5

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenpiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. – 3) Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 4) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Lämmer, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 5) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. – 6) In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Jungennen-, Bruch- und Knickeiern. – 7) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten; teilweise vorläufige Werte; rückwirkende Aktualisierungen wurden vorgenommen. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. – 8) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 9) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. – 10) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. – 11) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 12) Mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW.

Handwerk ¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2011	2012	2012				2013		
		Durchschnitt		März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
* Beschäftigte ²⁾	2009 = 100 ³⁾	98,0	97,8	96,9	97,1	99,6	97,4	96,1	96,6	98,7
* Umsatz ⁴⁾	2009 = 100 ⁵⁾	105,4	102,9	88,8	103,1	104,4	115,1	82,9	103,7	107,1

Baugewerbe ⁶⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
B a u h a u p t g e w e r b e ⁷⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	49,0	50,3	51,3	51,6	51,5	48,6	49,0	49,6	51,5
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	4 920	4 745	5 365	5 566	5 168	5 023	5 406	5 103	5 168
davon										
* Wohnungsbau	"	2 137	2 061	2 263	2 312	2 158	2 116	2 286	2 187	2 158
* gewerblicher Bau	"	1 472	1 491	1 743	1 765	1 655	1 625	1 709	1 598	1 655
* öffentlicher und Straßenbau	"	1 312	1 192	1 359	1 489	1 355	1 282	1 411	1 318	1 355
* Entgelte	Mill. Euro	115,2	119,1	128,8	128,4	122,8	122,5	133,2	125,1	122,8
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	503,4	513,9	583,4	621,4	596,6	491,9	585,5	560,6	596,6
davon										
* Wohnungsbau	"	168,1	179,2	199,5	220,4	207,4	159,4	217,0	193,8	207,4
* gewerblicher Bau	"	174,9	191,1	213,5	213,2	216,7	190,8	196,4	196,4	216,7
* öffentlicher und Straßenbau	"	160,5	143,6	170,4	187,7	172,5	141,7	172,2	170,3	172,5
Index des Auftragseingangs ⁸⁾	2005 = 100	117,7	126,4	115,7	147,8	124,3	135,1	165,7	116,7	124,3
darunter										
Wohnungsbau	"	138,8	168,8	165,9	164,7	210,7	225,5	253,3	144,7	210,7
gewerblicher Bau	"	148,0	152,3	133,9	179,7	147,1	144,5	164,5	125,9	147,1
öffentlicher und Straßenbau	"	89,3	95,7	88,6	119,4	84,0	103,8	143,2	102,3	84,0
A u s b a u g e w e r b e ⁹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ¹⁰⁾	1000	20,6	21,4	.	.	21,6	22,2	.	.	22,5
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	6 159	6 309	.	.	6 494	6 585	.	.	6 958
* Entgelte	Mill. Euro	162,6	172,9	.	.	173,0	180,4	.	.	182,0
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	720,6	672,8	.	.	687,9	657,7	.	.	721,8

Baugenehmigungen										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	523	530	587	572	451	618	794	591	495
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	464	462	490	517	389	537	671	507	426
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m ³	668	687	854	625	586	808	1 118	853	770
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m ²	123	128	159	115	108	148	212	156	137
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	185 546	191 860	238 058	174 912	164 807	228 110	314 302	246 186	230 623
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	128	127	143	156	110	123	150	149	108
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m ³	1 301	1 043	1 296	976	650	1 047	1 929	836	822
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m ²	193	165	228	166	106	127	319	138	145
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	192 706	175 873	258 726	185 082	109 411	117 449	388 958	153 216	179 413
* Wohnungen insgesamt ¹¹⁾	Anzahl	1 330	1 402	1 676	1 090	1 238	1 502	2 567	1 729	1 648
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen) ¹¹⁾	"	6 602	6 675	8 352	5 818	5 969	7 389	10 874	8 042	7 149

Großhandel ¹²⁾¹³⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
* Index der Umsätze ¹⁴⁾ – real	2010 = 100	108,8	108,9	106,2	105,8	116,5	108,3	110,9	104,4	119,2
* Index der Umsätze ¹⁴⁾ – nominal	"	116,6	115,3	113,4	114,0	122,4	112,6	117,9	111,8	123,8
* Beschäftigte (Index)	"	96,0	100,1	100,0	101,2	101,3	100,9	101,0	101,4	101,9

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Zulassungspflichtiges Handwerk lt. Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten beiden Quartale sind jeweils vorläufig. – 2) Am Ende des Kalendervierteljahres. – 3) Hier: 30.09.2009 = 100. – 4) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). – 5) Hier: Vierteljahresdurchschnitt 2009 = 100. – 6) Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt; frühere Ergebnisse sind weitgehend vergleichbar. – 7) Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u.a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse. – 8) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 9) Bauinstallation und sonstiger Ausbau; Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). – 10) Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 11) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. – 12) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mix-Modell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 13) Einschl. Handelsvermittlung; ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. – 14) Ohne Umsatzsteuer.

Einzelhandel und Gastgewerbe ¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
Einzelhandel ²⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ – real	2010 =100	98,2	100,8	97,3	100,7	97,3	97,4	98,8	97,4	93,8
* Index der Umsätze ³⁾ – nominal	"	101,9	104,1	99,7	103,7	101,0	102,3	103,3	101,7	98,6
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	93,9	105,0	99,5	106,0	99,7	106,3	107,5	107,8	100,2
Apotheken ⁵⁾	"	105,7	105,5	103,2	103,5	100,0	105,6	111,4	105,3	107,4
Bekleidung	"	112,6	103,6	97,3	90,5	109,5	104,8	100,6	95,8	109,4
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ⁶⁾	"	108,8	103,9	100,4	102,9	95,8	94,2	98,2	93,5	94,1
Geräten d. Informations- u. Komm.technik ⁶⁾	"	109,0	102,5	92,2	91,5	96,1	88,7	87,3	89,7	88,5
Versand- u. Internet-Eh.	"	91,8	92,9	89,1	97,1	102,4	60,0	64,4	57,8	64,8
* Beschäftigte (Index)	"	97,1	102,4	101,4	102,5	103,0	100,8	100,9	101,8	101,8
K f z - H a n d e l ⁷⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ – real	"	99,3	112,7	111,0	101,8	112,5	110,3	104,4	101,1	113,6
* Index der Umsätze ³⁾ – nominal	"	105,5	115,4	113,7	104,6	114,9	112,6	106,9	103,6	116,0
* Beschäftigte (Index)	"	98,7	105,4	104,3	106,6	107,1	105,6	105,3	105,9	107,2
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze ³⁾ – real	2005 =100	88,8	101,7	97,3	101,9	113,1	107,2	97,9	100,3	112,6
* Index der Umsätze ³⁾ – nominal	"	98,7	105,2	100,5	105,2	118,3	113,7	103,7	106,3	120,3
darunter										
Hotels, Gasthöfe u. Pensionen	"	107,6	106,2	93,1	92,0	132,6	111,1	88,8	90,1	133,5
Restaurants, Gastst., Imbissst., Cafés u. Ä.	"	92,5	108,0	109,2	114,8	114,3	113,9	110,1	114,5	112,9
Caterer u. sonst. Verpflegungsdienstleist.	"	103,4	99,7	96,7	108,1	106,0	117,2	113,8	115,1	116,2
Ausschank von Getränken	"	85,0	105,3	102,1	104,3	109,9	106,6	98,9	101,4	98,0
* Beschäftigte (Index)	"	98,6	105,2	106,0	107,7	107,4	106,9	105,9	107,6	108,2

Außenhandel ⁸⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt ⁹⁾	Mill. Euro	4 615,8	4 611,8	4 480,6	4 751,1	4 508,0	4 859,0	5 011,9	4 460,6	5 032,4
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	127,5	148,4	127,9	158,2	169,0	143,0	141,3	167,4	214,0
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 398,7	4 357,2	4 170,7	4 422,5	4 157,5	4 526,5	4 684,7	4 141,5	4 642,9
davon										
* Rohstoffe	"	17,1	17,9	16,9	15,3	13,7	14,5	15,1	15,4	14,6
* Halbwaren	"	400,6	353,1	322,7	416,0	345,6	359,2	339,1	285,7	318,4
* Fertigwaren	"	3 981,0	3 986,2	3 831,1	3 991,2	3 798,2	4 152,8	4 330,4	3 840,4	4 309,9
davon										
* Vorerzeugnisse	"	663,2	652,4	636,4	625,3	624,2	662,6	640,9	617,8	572,6
* Enderzeugnisse	"	3 317,8	3 333,8	3 194,8	3 365,9	3 173,9	3 490,2	3 689,5	3 222,7	3 737,4
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	1 205,4	1 293,1	1 255,4	1 305,1	1 217,8	1 292,0	1 404,4	1 326,8	1 334,7
Maschinen	"	566,2	529,6	502,1	535,4	493,2	551,6	535,6	537,2	521,2
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	534,5	455,0	408,2	441,8	382,2	573,0	623,8	370,3	673,6
elektrotechnische Erzeugnisse	"	486,2	470,4	493,6	490,1	434,5	488,3	548,0	461,9	530,7
Eisen- und Metallwaren	"	319,0	303,4	305,4	294,1	303,6	310,9	297,0	277,7	302,4
davon nach										
* Europa	"	3 125,4	3 067,4	2 890,7	3 104,3	3 044,7	3 270,0	3 311,5	2 844,3	3 457,1
* darunter EU-Länder	"	2 673,7	2 575,6	2 393,5	2 578,5	2 554,1	2 822,2	2 820,6	2 335,4	3 002,6
* Afrika	"	91,7	90,7	69,2	86,0	74,6	96,9	76,8	83,9	67,3
* Amerika	"	611,7	649,3	661,0	685,7	593,6	669,4	727,5	696,3	679,4
* Asien	"	744,0	757,2	804,0	808,7	747,7	772,5	854,7	791,3	791,1
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	43,0	46,6	55,6	65,8	46,6	49,4	40,8	43,9	36,9
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ⁹⁾	"	6 321,8	6 490,2	6 820,0	6 506,2	6 340,3	7 107,4	6 848,8	6 349,7	6 758,8
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	250,5	237,2	220,1	211,4	226,0	220,3	230,5	249,8	260,8
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	5 808,0	5 982,1	6 202,5	5 933,2	5 734,7	6 389,6	6 106,8	5 669,6	6 038,1
davon										
* Rohstoffe	"	143,3	230,0	89,8	152,6	108,1	483,2	536,0	460,6	479,2
* Halbwaren	"	791,1	730,0	791,3	745,4	710,8	1 015,3	714,3	671,9	634,0
* Fertigwaren	"	4 873,6	5 022,1	5 321,4	5 035,1	4 915,8	4 891,0	4 856,5	4 537,2	4 924,9
davon										
* Vorerzeugnisse	"	629,5	624,8	653,5	628,2	684,2	629,6	662,8	582,0	612,6
* Enderzeugnisse	"	4 244,1	4 397,2	4 667,9	4 406,9	4 231,7	4 261,4	4 193,7	3 955,1	4 312,3

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mix-Modell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2) Einschl. Tankstellen. – 3) Ohne Umsatzsteuer. – 4) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. – 5) Sowie Fach-einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). – 6) Sowie Hausrat a. n. g. – 7) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 8) Vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und -Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. – 9) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch in den Gesamt-Positionen enthalten. – 10) Ab Juli einschl. Kroatien (EU-28).

Noch: Außenhandel ¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
* Noch: E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ²⁾ davon aus										
* Europa	Mill.Euro	4 007,2	4 096,4	4 213,8	3 728,3	4 091,3	4 668,3	4 595,1	3 980,9	4 457,7
* darunter EU-Länder ³⁾	"	3 437,8	3 415,6	3 443,1	3 109,3	3 447,4	3 528,1	3 566,9	3 155,2	3 501,0
* Afrika	"	189,5	130,1	98,6	144,3	120,1	118,8	97,6	132,7	128,7
* Amerika	"	648,2	715,1	916,5	937,7	613,8	881,3	736,4	894,2	714,6
* Asien	"	1 438,8	1 508,0	1 540,2	1 618,6	1 459,8	1 396,0	1 364,6	1 293,8	1 403,6
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	38,1	40,7	51,0	77,2	55,3	43,0	55,1	48,2	54,2

Tourismus ⁴⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
* Gästeankünfte	1000	1 037	1 086	1 183	1 221	1 318	1 274	1 202	1 240	1 343
* darunter von Auslandsgästen	"	248	270	342	314	329	314	338	329	326
* Gästeübernachtungen	"	2 418	2 497	2 831	2 938	2 967	2 787	2 879	3 007	2 953
* darunter von Auslandsgästen	"	471	519	650	623	635	577	627	662	599

Verkehr										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
Binnenschifffahrt Güterumschlag insgesamt	1000 t	829	855	957	772	756	798	956	876	998
davon	"									
* Güterempfang	"	650	669	791	597	597	623	732	646	774
* Güterversand	"	180	186	166	176	159	175	223	230	224
Straßenverkehr * Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ⁵⁾	Anzahl	30 433	29 525	27 376	26 443	30 444	32 711	29 179	23 689	28 820
darunter										
* Personenkraftwagen ⁶⁾	"	27 009	26 317	23 999	23 115	27 103	29 024	25 426	20 926	25 948
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 913	1 736	1 769	1 703	1 782	2 011	2 017	1 333	1 746
Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	986	976	1 057	1 110	1 050	1 228	1 249	1 023	732
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	419	392	421	422	403	356	372	333	316
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden ⁷⁾	"	2 569	2 485	2 376	2 780	2 611	2 591	2 610	2 557	2 647
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	1 872	1 801	1 759	2 140	1 940	1 940	2 047	1 930	1 933
* getötete Personen	"	22	23	30	34	25	22	21	17	24
* verletzte Personen	"	2 478	2 392	2 334	2 772	2 558	2 528	2 653	2 625	2 563
Linienverkehr der Verkehrsunternehmen ⁸⁾ Fahrgäste ⁹⁾	1000	136 380	136 321	.	.	402 975	483 652	.	.	486 275
und zwar mit										
Eisenbahnen ¹⁰⁾	"	91 904	93 175	.	.	273 908
Straßenbahnen	"	18 389	18 354	.	.	55 560
Omnibussen	"	26 510	25 265	.	.	74 842
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	2 648 899	2 671 866	.	.	8 067 317	9 761 066	.	.	10 084 343
davon mit										
Eisenbahnen ¹⁰⁾	"	2401 498	2426 984	.	.	7 338 516
Straßenbahnen	"	77 660	77 581	.	.	233 899
Omnibussen	"	169 742	167 301	.	.	494 902
Linienfernverkehr mit Omnibussen ⁸⁾ Fahrgäste	1000	66	66	.	.	229	205	.	.	288
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	57 104	55 550	.	.	202 892	168 173	.	.	251 526

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. – 2) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch in den Ingesamt-Positionen enthalten. – 3) Ab Juli einschl. Kroatien (EU-28) – 4) Betriebe ab 9 Betten; einschl. Campingplätzen (Touristik-Camping). Ab Januar 2012: Betriebe ab 10 Betten; einschl. Campingplätzen (Touristik-Camping) ab 10 Stellplätzen. – 5) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 6) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; ab dem Berichtsmonat Oktober 2005 werden auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung, wie Wohnmobile und Krankenwagen, den Pkw zugeordnet. Im Jahresdurchschnitt 2005 sind die Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung von Jahresbeginn an berücksichtigt. – 7) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (i. e. S.) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel. – 8) Vierteljahresergebnisse (März = 1 Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; Unternehmen, die mindestens 250 000 Fahrgäste im Vorjahr befördert haben (ohne Schienenfernverkehr). – 9) Benutzt ein Fahrgast während einer Fahrt mehrere Verkehrsmittel eines Unternehmens, so ist die addierte Fahrgastzahl im Linienverkehr nach Verkehrsmitteln (Verkehrsmittelfahrten) höher als die Fahrgastzahl im Linienverkehr zusammen (Unternehmensfahrten). – 10) Ab 1. Vierteljahr 2013 Unternehmenswechsel aus anderem Bundesland, wegen Geheimhaltung keine weitere Differenzierung.

Geld und Kredit										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
B a n k e n ¹⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. Euro	171 086	168 240	.	.	505 634	513 392
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	"	126 420	123 438	.	.	369 506	376 199
davon										
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	24 928	24 055	.	.	70 571	82 978
Kredite über 1 Jahr ³⁾	"	101 491	99 383	.	.	298 935	293 221
Einlagen und aufgenommene Gelder ²⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	187 443	189 021	.	.	567 071	626 097
I n s o l v e n z e n										
* Insolvenzen	Anzahl	946	845	908	844	784	907	839	793	816
davon										
* Unternehmen	"	140	129	149	126	118	153	138	132	127
* Verbraucher	"	591	511	551	507	477	519	481	451	476
* ehemals selbstständig Tätige	"	181	173	167	167	165	216	200	192	192
* sonstige natürliche Personen ⁴⁾ , Nachlässe	"	34	32	41	44	24	19	20	18	21
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	198 427	303 120	128 931	359 367	118 970	176 401	160 927	103 778	120 735

Gewerbeanzeigen ⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	6 495	6 032	5 844	6 490	5 984	5 890	6 614	5 933	6 205
* Gewerbeabmeldungen	"	5 607	5 877	5 570	5 985	5 023	5 044	6 062	5 013	5 248

Preise										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2011	2012	2012			2013 ^{d)}			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
Verbraucherpreise										
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2010 = 100	109,7	111,8	111,9	112,3	112,3	105,3	105,7	105,6	105,6
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	116,0	120,2	120,2	119,9	119,6	111,7	111,0	110,2	109,9
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	115,0	118,4	118,8	118,6	119,0	105,1	108,1	107,1	106,3
Bekleidung, Schuhe	"	96,9	99,2	93,5	95,8	100,6	104,1	98,2	100,2	105,8
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ⁷⁾	"	112,8	115,4	115,5	115,9	115,9	107,1	107,6	107,6	107,7
* Nettokalmieten	"	107,6	109,2	109,3	109,5	109,6	104,1	104,5	104,5	104,6
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushalts- zubehör	"	102,8	103,1	103,3	103,3	103,4	100,0	99,6	99,7	99,8
Gesundheitspflege	"	107,5	109,6	109,8	109,8	109,8	99,4	99,2	99,2	99,3
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	117,9	120,9	120,8	122,5	122,8	106,8	107,9	107,3	107,4
Nachrichtenübermittlung	"	85,6	84,5	84,5	84,5	84,2	93,7	93,6	93,3	92,9
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	99,9	101,4	103,4	103,5	101,6	102,0	105,4	105,3	102,6
Bildungswesen	"	107,5	104,4	105,3	104,9	103,5	99,7	99,4	100,1	100,1
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	"	111,0	114,2	116,7	116,6	114,7	108,0	107,2	107,4	109,0
Baupreise										
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ⁸⁾	2010 = 100	115,9	118,3	.	118,5	.	.	.	106,3	.

Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
Steueraufkommen insgesamt ⁹⁾	Mill. Euro	3 721,1	3 929,5	3 373,4	3 535,7	4 526,7	5 300,7	3 664,8	2 958,1	4 498,6
davon										
Gemeinschaftssteuern	"	3 558,4	3 345,7	3 138,3	3 371,5	4 380,4	5 173,6	3 421,7	2 746,9	4 325,2
davon										
Lohnsteuer ¹⁰⁾	"	1 491,7	1 538,6	1 557,7	1 507,8	1 356,4	1 530,0	1 540,4	1 436,0	1 364,6
veranlagte Einkommensteuer	"	179,4	210,3	- 79,2	- 15,9	698,3	716,6	- 76,9	- 8,3	715,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	147,2	165,9	342,1	75,7	245,0	488,9	288,1	94,2	78,5
Zinsabschlag ¹⁰⁾	"	234,1	259,1	197,9	239,3	166,5	243,2	249,7	206,2	140,0
Körperschaftsteuer ¹⁰⁾	"	108,8	132,6	- 191,7	41,6	510,9	791,2	74,5	- 487,3	581,0
Umsatzsteuer	"	1 256,9	1 305,8	1 187,6	1 388,4	1 254,2	1 243,1	1 234,6	1 372,4	1 281,9
Einfuhrumsatzsteuer	"	140,2	144,6	124,0	134,5	149,0	160,3	111,3	133,8	164,0

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). – 2) Einschl. durchlaufender Kredite. – 3) Ohne durchlaufende Kredite. – 4) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter. – 5) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. – 6) 2010 = 100. – 7) Und andere Brennstoffe. – 8) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. – 9) Einschl. Gewerbesteuerumlage. – 10) Vor Zerlegung.

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
Noch: Steueraufkommen insgesamt ¹⁾										
noch: davon										
Bundessteuern	Mill. Euro
Landessteuern	"	133,2	141,0	131,4	160,4	146,4	127,1	161,8	210,3	173,3
darunter										
Erbschaftsteuer	"	33,6	29,2	29,7	40,9	31,8	30,6	29,1	27,9	42,9
Grunderwerbsteuer	"	43,2	46,9	44,9	53,1	41,8	49,3	57,0	81,5	66,5
sonstige Landessteuern	"	56,4	64,9	56,8	66,4	72,8	47,2	75,7	100,9	63,9
Gewerbesteuerumlage	"	29,5	31,6	103,6	3,7	0,0	0,1	81,2	0,9	0,0

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2011	2012	2012				2013		
		Durchschnitt ²⁾		März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. Euro	1 827,5	2 016,8	1 226,1	2 212,2	2 020,1	2 608,7	1 284,2	1 995,5	2 145,8
davon										
Grundsteuer A	"	4,4	4,5	4,4	4,2	5,8	3,6	4,5	4,3	6,4
Grundsteuer B	"	188,3	197,5	183,0	189,8	239,3	178,0	191,1	206,0	263,5
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	938,5	1 046,8	857,7	1 228,8	1 049,6	1 050,9	998,9	921,0	1 131,5
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	"	589,1	658,0	158,7	681,9	612,6	1 178,8	69,6	753,6	624,7
andere Steuern ³⁾	"	16,6	20,7	18,2	18,3	27,9	18,3	18,6	21,0	33,9

Verdienste ⁴⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2011	2012	2012				2013		
		Durchschnitt ²⁾		März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
* Bruttomonatsverdienste ⁵⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁶⁾ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	Euro	4 161	4 200	3 662	3 722	3 745	3 788	3 756	3 803	...
und zwar										
* männlich	"	4 445	4 484	3 878	3 943	3 965	4 011	3 948	4 006	...
* weiblich	"	3 513	3 560	3 178	3 223	3 247	3 289	3 307	3 329	...
* Leistungsgruppe 1 ⁷⁾	"	7 808	7 914	6 565	6 640	6 698	6 734	6 731	6 827	...
* Leistungsgruppe 2 ⁷⁾	"	4 847	4 983	4 356	4 401	4 450	4 497	4 443	4 469	...
* Leistungsgruppe 3 ⁷⁾	"	3 288	3 319	2 957	3 020	3 028	3 062	3 047	3 090	...
* Leistungsgruppe 4 ⁷⁾	"	2 603	2 643	2 380	2 450	2 459	2 478	2 419	2 491	...
* Leistungsgruppe 5 ⁷⁾	"	2 112	2 108	1 919	1 970	1 993	2 019	1 993	2 038	...
* Produzierendes Gewerbe	"	4 020	4 143	3 570	3 679	3 703	3 737	3 667	3 733	...
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	"	3 317	3 623	3 240	3 486	3 457	3 467	3 327	3 532	...
* Verarbeitendes Gewerbe	"	4 159	4 297	3 689	3 777	3 806	3 835	3 820	3 846	...
* Energieversorgung	"	4 996	4 870	4 207	4 326	4 269	4 302	4 373	4 472	...
* Wasserversorgung ⁸⁾	"	3 518	3 451	3 086	3 169	3 151	3 198	3 209	3 220	...
* Baugewerbe	"	3 076	3 325	2 910	3 132	3 170	3 198	2 832	3 098	...
* Dienstleistungsbereich	"	4 233	4 225	3 703	3 741	3 764	3 811	3 796	3 834	...
* Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kfz	"	3 810	3 832	3 399	3 423	3 401	3 424	3 416	3 436	...
* Verkehr und Lagerei	"	3 908	3 860	3 407	3 550	3 518	3 536	3 415	3 488	...
* Gastgewerbe	"	2 451	2 411	2 252	2 261	2 246	2 300	2 305	2 351	...
* Information und Kommunikation	"	5 383	5 696	4 760	4 812	4 786	4 839	4 953	4 963	...
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	"	6 900	6 884	5 355	5 350	5 450	5 520	5 562	5 614	...
* Grundstücks- und Wohnungswesen	"	4 719	5 214	4 322	4 368	4 395	4 429	4 727	4 625	...
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	"	5 813	5 156	4 491	4 515	4 518	4 596	4 642	4 747	...
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	"	2 677	2 630	2 394	2 446	2 460	2 522	2 509	2 645	...
* Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	"	3 411	3 486	3 292	3 304	3 353	3 390	3 415	3 415	...
* Erziehung und Unterricht	"	4 145	4 151	4 038	4 036	4 049	4 110	4 096	4 094	...
* Gesundheits- und Sozialwesen	"	3 520	3 577	3 281	3 345	3 375	3 418	3 446	3 462	...
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	"	4 688	3 992	3 615	3 741	3 853	3 635	3 343	3 353	...
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	"	3 637	3 927	3 525	3 572	3 631	3 732	3 462	3 417	...

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. – 2) Vierteljahresdurchschnitte. – 3) Und steuerähnliche Einnahmen. – 4) Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit der Daten mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 5) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni usw., ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten; er ergibt sich als Durchschnitt der Ergebnisse für die Monate März, Juni, September und Dezember. – 6) Einschl. Beamte. – 7) Leistungsgruppe 1 (LG 1): Arbeitnehmer in leitender Stellung; LG 2: herausgehobene Fachkräfte; LG 3: Fachkräfte; LG 4: angelernte Arbeitnehmer; LG 5: ungelernte Arbeitnehmer. – 8) Einschl. Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzung.

Studienbuch Politikwissenschaft

Herausgeben von Manfred G. Schmidt, Frieder Wolf und Stefan Wurster, VI, 569 Seiten, kartoniert, 24,99 Euro, Springer VS, Wiesbaden 2013.

Das Studienbuch behandelt in 20 Kapiteln zentrale Themen der wichtigsten Teildisziplinen der Politikwissenschaft: Politische Theorie und Ideengeschichte, Vergleichende Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen. Dabei werden jeweils die Grundlagen, die Entwicklungslinien und die aktuellen Trends dieser Fachgebiete erörtert. Aus dem Inhalt: *Politische Ideengeschichte und moderne Politische Theorie*: Einführung – Politische Ideengeschichte vor und nach 1789 – Moderne Demokratietheorien – Gerechtigkeitstheorien – Theorien rationaler Wahl – *Vergleichende Politikwissenschaft*: Einführung – Vergleich politischer Systeme – Vergleichende Regierungslehre – Wahlsystem und Wählerverhalten – Parteien – und Verbändesystem – Staatsfinanzen – Neue Formen politischer Steuerung – *Internationale Beziehungen*: Einführung – Vergleichende Außen- und Sicherheitspolitik – Internationale Organisationen – Die Europäische Union – Vom Konflikt zum Krieg – Internationale Klimaschutzpolitik – Internationale Politische Ökonomie.

7525

Der Deutsche Bundestag – 100 Fragen und Antworten

Von Michael F. Feldkamp, 2. Auflage, 231 Seiten, kartoniert, 19,90 Euro, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2013.

Wird im Bundestag anders gelacht? Darf im Bundestag Unsinn geredet werden? Wie verhält sich ein Abgeordneter, wenn er eine Mehrheitsentscheidung seiner Fraktion nicht mitträgt? Seit wann gibt es weibliche Saaldienere? Welcher Abgeordnete kann auf die kürzeste Mandatszeit zurückblicken? Welche Parteien haben bisher für den Bundestag kandidiert? Mit diesen und über 100 weiteren zentralen und teilweise auch amüsanten Fragen und Antworten blickt der Autor in der 2., überarbeiteten und aktualisierten Auflage auf das Herzstück unserer Demokratie, den Deutschen Bundestag. Im Mittelpunkt des vorliegenden, kleinformatig handlichen Bandes stehen die Abgeordneten, die Gremien, die Gebäude, die Verwaltung und die Geschichte des Parlaments. So wird das Parlament nicht nur in Zahlen und Fakten sichtbar, sondern durch den Blick hinter die Kulissen zu einem lebendigen Ort der Demokratie.

7535

Die Haftung bei Urheberrechtsverletzungen im Netz

Zur Reichweite des § 97 UrhG. Schriftenreihe des Archivs für Urheber- und Medienrecht, Band 270. Von Veronika Heid, 217 Seiten, kartoniert, 59,00 Euro, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2013.

Eines der großen urheberrechtlichen Themen der letzten Jahre ist die Frage nach den Möglichkeiten

einer effektiven Bekämpfung der sogenannten Internetpiraterie. Nach Hochrechnungen bis ins Jahr 2015 wird sie für den Verlust von 1,2 Mill. Arbeitsplätzen verantwortlich sein und einen wirtschaftlichen Schaden in Höhe von bis zu 240 Mrd. Euro verursacht haben. Trotz dieser Zahlen und der unbestreitbaren Anstrengungen von Politik und Rechteinhabern ist eine Eindämmung des Phänomens bislang nicht überzeugend gelungen. Der vorliegende Band untersucht die Hintergründe dieses Scheiterns und geht dabei insbesondere der Frage nach, ob und wie die Betreiber der für den Datenaustausch unverzichtbaren Infrastruktur, wie Internet-Access-Provider und Speicherplatzanbieter, stärker als bisher in die Verantwortung genommen werden können. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Untersuchung und der Neubewertung der in Rechtsprechung und Literatur gleichermaßen umstrittenen Störerhaftung.

7536

Deutschland Einwanderungsland

Begriffe – Fakten – Kontroversen. Herausgegeben von Karl-Heinz Meier-Braun und Reinhold Weber, 256 Seiten, kartoniert, 19,90 Euro, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 2013.

Die Themen Migration und Integration haben sich in den vergangenen Jahren dynamisch zum eigenständigen Politikfeld entwickelt. Politik und Wirtschaft, Öffentlichkeit und Medien sind sich einig, dass es sich um zentrale Themen der Zukunft handelt. Es geht um die Zukunft unserer Gesellschaft, um ihren inneren Zusammenhalt, aber auch um die Herausforderung des demografischen Wandels. Die Themen Migration und Integration sind aber nicht nur in aller Munde, sondern zunehmend auch praktisches Politikfeld auf allen Ebenen – ob in Bund, Ländern oder vor allem im kommunalen Bereich, wo sich Zehntausende professionell oder ehrenamtlich mit diesen Themen beschäftigen. Mit dem vorliegenden Band liefern die Herausgeber ein handliches Kompendium, das in kurzen, sachlichen Beiträgen von namhaften Autoren aus ganz Deutschland verlässliche Informationen über mehr als 60 zentrale Begriffe aus dem Politikfeld Migration/Integration liefert. Der Band gliedert sich in die folgenden Hauptkapitel: Grundlagen und Geschichte – Zuwanderergruppen – Wirtschaft und Recht – Gesellschaft und Religion – Integrationspolitik und politische Teilhabe – Begriffe und Kontroversen.

7530

Ergänzungslieferungen

Eingruppierung und Tätigkeitsmerkmale

für Angestellte im öffentlichen Dienst – Bund, Länder, Gemeinden – Kommentar. Von A. Breier, Dr. K.-H. Kiefer, Dr. A. Dassau, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 104. Erg.-Lfg., Stand: Januar 2013, 3896 Seiten in 3 Ordnern) 128,00 Euro; Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, München 2013.

3849

Ambivalenzen der Ordnung

Der Staat im Denken Hannah Arendts. Herausgegeben von Julia Schulze Wessel, Christian Volk und Samuel Salzborn, 250 Seiten, kartoniert, 29,99 Euro, Springer VS, Wiesbaden 2013.

Es besteht kein Zweifel, dass Hannah Arendt den klassischen republikanischen Tugenden des bürger-schaftlichen Engagements, der Partizipation und des politischen Handelns in ihrem Werk eine gewichtige Bedeutung verliehen hat. Ihr politisches Denken lebt von öffnenden Begriffen wie der Natalität, dem Anfang, der Pluralität, der Spontaneität oder der Freiheit des Menschen, etwas beginnen zu können. Und dennoch ist dieses Denken nur ein Teil von ihr und steht in einer konzeptionellen Beziehung zu einem dezidierten Ordnungsdenken, das in der Forschung bislang vernach-

lässigt wurde. Dieses stärker in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung zu rücken, ist das Anliegen des vorliegenden Bandes. Er gliedert sich in die Teile: Zusammenbruch des Nationalstaates – (Un-)Ordnungsdenken – Politische Ordnung jenseits des Nationalstaates. 7531

Ergänzungslieferungen

Hessisches Gleichberechtigungsgesetz – HGIG

Kommentar. Von Dr. Torsten von Roetteken, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Frankfurt am Main, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 47. Erg.-Lfg. vom Oktober 2013, 2444 Seiten in 2 Ordnern) 125,00 Euro; Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Heidelberg 2013. 6749

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes im November 2013

Statistische Berichte und sonstige Veröffentlichungen – kostenfreie Download-Dateien

Die Bevölkerung der hessischen Gemeinden am 30. Juni 2013 (Fortschreibungsergebnisse Basis Zensus 9. Mai 2011); (A I 2 mit A II, A III, A V - hj 3/13); (G)¹⁾

Die Krankenhäuser in Hessen am 31. Dezember 2012; (A IV 2 - j/12)¹⁾

Die Studierenden an den Hochschulen in Hessen im Wintersemester 2013/14 (Vorläufige Ergebnisse); (B III 1/S - WS 2013/14)¹⁾

Weinbestände in Hessen im Jahr 2013; (C II 3 - j/13)¹⁾

Schlachtungen in Hessen im 3. Vierteljahr 2013 (Vorläufiges Ergebnis); (C III 2 - vj 3/13); (K)¹⁾

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Hessen im September 2013 (Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten); (E I - m 09/13)¹⁾

Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im September 2013; (E I 3 - m 09/13); PDF-Format

Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen 2010 bis August 2013; (E I 3 - j/13); PDF-Format

Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Jahr 2012; (E I 6 - j/12); (K)¹⁾

Das Bauhauptgewerbe in Hessen im September 2013; (E II 1 - m 09/13); (K)¹⁾

Jahreserhebung im Ausbaugewerbe in Hessen vom Juni 2013 (Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe); (E III 2 - j/13); (K)¹⁾

Energieversorgung in Hessen im Juni 2013; (E IV 1, E IV 2 mit E IV 3 - m 06/13)¹⁾

Baugenehmigungen in Hessen im September 2013; (F II 1 - m 09/13); (K)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Kfz- und Einzelhandel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz in Hessen im August 2013 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 08/13)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Kfz- und Einzelhandel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz in Hessen im September 2013 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 09/13)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel und in der Handelsvermittlung in Hessen im Juli 2013 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 07/13)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel und in der Handelsvermittlung in Hessen im August 2013 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 08/13)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel und in der Handelsvermittlung in Hessen im September 2013 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 09/13)¹⁾

Die Ausfuhr Hessens im Juli 2013 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 07/13)¹⁾

Die Ausfuhr Hessens im August 2013 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 08/13)¹⁾

Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Juli 2013; (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - m 07/13)¹⁾

Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im August 2013; (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - m 08/13)¹⁾

Gäste und Übernachtungen im hessischen Tourismus im September 2013 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 09/13)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im September 2013 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 09/13)¹⁾

Straßenverkehrsunfälle in Hessen im August 2013 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 08/13); (K)¹⁾

Straßenverkehrsunfälle in Hessen im September 2013 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 09/13); (K)¹⁾

Statistik der Empfänger/-innen von Grundsicherung (4. Kapitel SGB XII) in Hessen 2012; (K I 2 - j/12); (K)¹⁾

Die Erbschaft- und Schenkungsteuer 2012 in Hessen; (L IV 5j/12)¹⁾

Verbraucherpreisindex in Hessen im Oktober 2013; (M I 2 - m 10/13)¹⁾

Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke in Hessen im August 2013; (M I 4 - vj 3/13)¹⁾

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Hessen von 1991 bis 2011 nach kreisfreien Städten und Landkreisen; (P I 4 - j/1991-2011 rev.); K¹⁾

Wasser- und Abwasserentgelte in Hessen 2011 bis 2013; (Q I 6 - 3j/13); G¹⁾

Haushaltsabfälle in Hessen 2012; (Q II 7 - j/12); K¹⁾H

K = mit Kreisergebnissen
G = mit Gemeindeergebnissen

1) PDF-Datei mit Excel-Anhang.



Alle Ausgaben von Staat und Wirtschaft in Hessen finden sich auch als PDF-Datei zum kostenlosen Download auf unserer Homepage unter <http://www.statistik-hessen.de/publikationen/download/492/index.html>